

Christoph Berger

DAS RUSSISCHE DEUTSCHLAND

Eine Bearbeitung der sowjetischen Besetzung Ostdeutschlands

Weißensee **Verlag** 

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Berger, Christoph:

Das russische Deutschland : eine Bearbeitung der sowjetischen Besetzung Ostdeutschlands /
Christoph Berger. - Berlin : Weisensee-Verl., 2001
Zugl.: Berlin, Humboldt-Univ., Diss., 2000
ISBN 3-934479-37-5

Gedruckt auf holz- und säurefreiem Papier, 100 % chlorfrei gebleicht.

© Weisensee Verlag, Berlin 2001
www.weisensee-verlag.de
e-Mail: mail@weisensee-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten

Umschlag: Chili Grafik-Design, Berlin, unter Verwendung einer Abbildung aus
„Duden. Bildwörterbuch Deutsch und Russisch“ (Leipzig 1953) mit
freundlicher Genehmigung des Bibliographischen Institutes GmbH in Leipzig.

Printed in Germany

ISBN 3-934479-37-5

Inhalt

EINLEITUNG.....	1
I	
1 Die Russen kommen.....	17
2 Die deutsche Teilung – was der DDR übrig blieb.....	24
Eine polnische Frage 24 - Das preußische Deutschland 27 - Die Tradition deutscher Mehrstaatlichkeit 30 - Die protestantische Prägung 32 - Die deutsche Spaltung als Spaltung der Arbeiterbewegung 33 - Eine Österreich-Lösung? 34 - Die Akzeptanz der Zweistaatlichkeit 37	
3 Kritik der Sowjetisierung.....	40
Wie die deutsche Selbstbefreiung ausfiel 40 - Ein Sowjetstaat steht nicht auf der Tagesordnung 42 - Einheitswillen, Teilungsgrund: die SED 44 - Der "besondere deutsche Weg zum Sozialismus" kann von Stalin gebahnt gelten 47 - "Stalinisierung": Kritik des sozialdemokratischen Geschichtsbildes 49 - Die gesamtdeutsche Aufgabe der SED 52 - "Sowjetisierung" wider Willen: der Fall Tjulpanow 56 - Dimensionen des sowjetischen Einflusses in Osteuropa 58 - Rußlands deutscher Weg 66	
4 Ein Meer von Stimmen.....	68
5 Über die Russen und über uns Deutsche.....	79
Rudolf Herrnstadt eröffnet eine Diskussion 79 - Das Haus der Kultur der Sowjetunion 81 - Die Aufarbeitung der Kriegsvorgänge 85 - Anfangsprobleme der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft 90 - Zwangsfreundschaft, Gefangenschaft 92 - Von der Eroberung zur Begegnung 95 - Das Niveau der DSF 99	
II	
6 Eins: zwei drei vier – der Aufbau-Befehl.....	105
Winter 1947 105 - Die Befehlsordnung der SMAD 106 - Die Mobilisierung der Gewerkschaften 112 - Die volkseigenen Betriebe im zentralen Plan 115 - Demontagen, Reparationen, Sowjetische Aktiengesellschaften 118 - "Volkskontrolle" und Betriebsgewerkschaftsleitungen 122 - Arbeitsordnung und Arbeitsproduktivität 126 - Vom Akkord zum Leistungslohn 129 - Refa, Taylor, Lenin: der Weg zu richtigen Normen 132 - Besseres Essen! 138	
7 Dreihundertsiebenundachtzig Prozent: Hennecke geht voran.....	141
Die Bedeutung der Kohlenindustrie 141 - Schwierigkeiten im sächsischen Steinkohlenbergbau 142 - Die Herkunft des Hainers Hennecke 156 - Die Arbeitsleistung des Aktivisten Hennecke 160 - Erste Reaktionen 164	
8 „Aktivisten“-Talente auf allen möglichen Wegen.....	168
Haßtiraden, Lobgesänge 168 - Wer ist ein "Aktivist"? 173 - Die Ausbreitung der Aktivistenbewegung 181 - Zweifel (an) der "technischen Intelligenz" 187 - Wer ist ein "Hennecke-Aktivist"? 190 - Die Kosten der Intensivierung 192 - Sinn und Unsinn der Wettbewerbsbewegung 194 - Aktivisten als Avantgarde 198 - (Selbst-)Lob der Aktivisten: die Hennecke-Konferenz 203	

9	Lehrzeit in der Sowjetunion.....	211
	"Stachanow" in Deutschland 211 - Unterscheidung von Hennecke- und Stachanow-Bewegung 214 - Die Vergangenheit der Stachanow-Bewegung 216 - Hennecke in einer Moskau-Delegation 227 - Betriebsbesichtigung, Kulturaustausch, Begegnung mit Stachanow 242 - Besserungsarbeit: der Aktivismus deutscher Kriegsgefangener in sowjetischen lagern 247 - Wiedergutmachung und Heimkehr 257	
10	Lohnforderungen und Leistungszurückhaltung.....	262
	Der Wohlstand der Aktivisten 262 - Übertriebene Prämierung: der progressive Leistungslohn 265 - Probleme der Rentabilität volkseigener Betriebe 275 - Was ist die Norm 280 - Technisch begründet, erfahrungsgemäß 284 - Lohn und Brot 294 - Weiterhin Schwierigkeiten im sächsischen Steinkohlenbergbau 296	
III		
11	Das Aktivisten-Lob der Arbeiter-Regierung	313
	Die Begründung der DDR 313 - Lob dem Aktivisten, Feiern für Alle 314 - Das Bild des Aktivisten 328 - Literatur in Arbeit 331 - Die Aktivistenbewegung ins Kino 334 - Der Staat für die Aktivisten 337	
12	Sowjetische Sensationen.....	339
	Arbeiten für Stalins 70. Geburtstag 339 - Auswertung sowjetischer Arbeitserfahrungen 344 - Der Osten im All 350	
13	Russische Realien.....	356
	Stalinistische Stilisierung 356 - Russische Sprache, schwierige Sprache 363 - Essen, Trinken, Autofahren 373	
14	Die Bewältigung des 17. Juni	380
	Die Präsenz des sowjetischen Militärs 380 - Der Juni-Aufstand als Pugacovscina 383 - Der 17. Juni 1953 in der Arbeitsverweigerungsgeschichte der DDR 391 - Streikverbot, Versammlungspflicht 413 - Die Abschließung der Aussprachen: der "antifaschistische Schutzwall" 1961 421 - Die Betriebsorganisation der Arbeiterklasse 431	
15	Der gewöhnliche Sozialismus.....	439
	Produktionsberatungen 439 - Brigadier und Meister 442 - Weiterhin Schwierigkeiten im sächsischen Steinkohlenbergbau 446 - Selbstnormung, Selbstbetrug 449 - Die Arbeitsorganisation zwischen Wissenschaft und Improvisation 457 - Sozialistisch arbeiten, sozialistisch lernen, sozialistisch leben 465 - Die "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" im realen Sozialismus 474	
SCHLUSS.....		
		485
Anhang.....		
		499
	Transkriptionsregeln 499 - Abkürzungen 499 - Archivalien 500 - Bildnachweis 501 - Periodika 501 - Literatur 502 - Register der Hauptfiguren 530	

EINLEITUNG

"Der erste Einfall ... wird allein dadurch provoziert, daß man engagiert lebt. Danach kommt das Stadium, daß alles, was man tut, liest, hört, sieht und denkt, sich auf den Stoff bezieht, an dem man arbeitet. Der Stoff entwickelt eine Art von Radioaktivität, die alles, auch scheinbar Gleichgültiges, ebenfalls 'aktiv' macht." (Christa Wolf, 1982: 62) Ich habe die Wissenschaft nie als einen von meiner Lebenswelt abgeschlossenen Bezirk betrachten können, daher bin ich an dieses Thema geraten; der von Hans Mommsen (in: Kocka/Sabrow, Hg., 1994: 217) beklagte "vollständige Anheimfall ... der DDR an die Bundesrepublik" steht mir vor Augen, seit ich in (wie man heute noch sagen muß:) Ost-Berlin wohne, ich klage zwar nicht darüber, aber mir begegnet hier alltäglich eine Wirklichkeit, die mit jener der DDR noch zu tun hat, indem sie diese ablöst.

Es gab nichts Eigenes, was die am Ende der DDR wirklich zu Bürgern einer Republik emanzipierten Ostdeutschen dem Vaterland beibringen konnten, das sie doch seit 1989/90 ihr eigenes nennen wollten und durften. Daß "die West-Republik ... den weitreichenden Namen Deutschland" angenommen hatte (Dieckmann, 1995: 443), der bis 1989 "der Realität nicht entsprach und die DDR gleichsam zur abtrünnigen Provinz stempelte" (1997a: 309; vgl. Lepsius, 1993: 199), bezeichnete seither ihr Unvermögen, die personellen und materiellen Ressourcen, welche ihr mit dem Ende der DDR zufielen, von sich aus eigenwertig aufzufassen, ihren Eigenheiten mithin sich selbst bewußt zur Aneignung zu eröffnen. Die Bundesrepublik sah allerdings durch die deutsche Vereinigung ihr darin bisher erfolgreiches westliches Gesellschaftsmodell bestätigt, die Unterschiedlichen vor allem dadurch zu integrieren, daß sie ihnen eine regelmäßige Grundlage zur Kommunikation ihrer Unterschiede herzustellen vermochte.

Daß sie ihr Selbstbewußtsein als Separatbewußtsein herausstellen, könnte aus westdeutscher Sicht alleine den Ostdeutschen anzulasten sein, die sich unterschieden von den Westdeutschen alleine als minder bemittelt vorkommen; seßhaft geblieben, erweisen sie sich als Einwanderer in die Gesellschaft, die als fortgesetzt bundesrepublikanische ihnen doch die vollen staatsbürgerlichen Teilhabe-Rechte darbietet, dieser Gesellschaft gegenüber als Fremde, wenn sie in den "politischen Bereich, ... mit Handeln und Sprechen" sich beschäftigend (Arendt, 1997: 35), einzutreten sich verweigern. Freilich, wo kein Bekenntnis-Zwang besteht, können selbst die als vopolitische festzustellenden Überreste der DDR, da sie die Ostdeutschen als ihre Identitätsmerkmale nicht abstreiten und nicht abstreifen wollten, einer Subkultur zugerechnet werden, die gerade daher nicht mehr bekämpft werden muß, sondern gehegt und gepflegt

werden kann, da ihr Geltungsanspruch uns, die Westdeutschen, nicht zu überwältigen droht. Daher kann man im sozialwissenschaftlichen Diskurs - einer Konzeption von "Ethnizität" als kulturell praktizierter Selbstverständigung einer Gruppe, die sie (und sich) "als Untergruppe einer größeren Gesellschaft" wahrzunehmen erlaubt - "die Ostdeutschen als ethnische Gruppe innerhalb des vereinten Deutschland bezeichnet" finden: "Obwohl sich die Ostdeutschen nicht durch Rasse, Sprache oder Religion unterscheiden, konstituieren sie in der Bundesrepublik Deutschland eine separate Gruppe, die sich weitestgehend selbst reproduziert und territorial fixiert ist, mit machtvollen und emotionalen Bindungen an eine gemeinsame Vergangenheit, gemeinsame Werte, gemeinsame Kämpfe, und im Gegensatz zu einem gemeinsamen 'Anderen'." (Howard, 1995: 120, 119 und 124) Freilich betrachten *wir* das ostdeutsche Kollektiv selber immer als das Andere, uns Fremde, das mit den Überresten der Mentalität, welche es durch die DDR (und diese mit ihm) erworben hatte, den deutschen Einigungsprozeß nur belasten kann, der uns als Erweiterung der BRD gelingen möge (vgl. noch Schröder, 2000: 3).

Aus der westdeutschen Perspektive, ich (ver)mag sie nicht (zu) verleugnen, habe ich mich an diese Arbeit gemacht, denn mich hat das interessiert, was an den Ostdeutschen anders ist; die historische Darstellung ist auch eine rückwärts gekehrte Prophezie, da die Ostdeutschen ein lediglich räumlich abgeschlossenes Forschungsgebiet konstituieren, in dem sich die Auswirkungen der DDR-Geschichte gegenwärtig noch entfalten können. Meine Arbeit ist freilich kein Sproß der blühenden Transformationsforschungslandschaft, die nachzuweisen beschäftigt ist, wie sich die Ostdeutschen bereits ändern haben und immer noch mehr ändern werden müssen, um die (vor ihrer politischen Betätigung) zum Lebensunterhalt hinreichende Beschäftigung erhalten zu können. Im Zentrum der Darstellung stehen, bewegen sich mitunter, Menschen, die in der Gegenwart als solche nicht mehr vorkommen, *Arbeiter* nämlich, die in den verstaatlichten Industrien der DDR lohnabhängig beschäftigt waren, welche *volkseigen* genannt werden durften; wir wollen hören, was sie (uns) zu sagen haben. "[Zu]meist aus kaum noch hinterfragter Theoriesicht und falscher Diszipliniertheit, aber ebenso aus einem ehrlichen Bedürfnis nach einer lebenswerten gesellschaftlichen Alternative, als deren sozialer Träger nur die Arbeiterklasse vorstellbar schien, die sich, den Vorgaben marxistisch-leninistischer Gesellschaftstheorie entsprechend, als nach wie vor produzierende, aber nunmehr auch machtausübende und geistig tätige Klasse entwickeln sollte", so erklärt Evemarie Badstübner-Peters (1993: 195), haben "wir Zeithistoriker [in der DDR] auf unsere Weise zu dieser Verkultung der Arbeiterklasse beigetragen"; den Kult sei fortan durch seine Darstellung bloßgestellt.

"Mit der Sakralisierung aller Aspekte des gesellschaftlichen Lebens, insbesondere der Arbeit und des ökonomischen Bereichs, beraubte der Marxismus die Menschen eines profanen Reservats, in das sie sich in Zeiten der Gleichgültigkeit und verminderter Inbrunst zurückziehen konnten", hat Ernest Gellner (1995: 50) die Ansicht geteilt, daß der überhöhte Kult gewöhnlich verbraucht zusammenbricht; für Charles Taylor (1994: 34) teilte "der Marxismus mit seiner Apotheose des Menschen als Produzenten" hingegen die "Bejahung des gewöhnlichen Lebens" mit "unserer heutigen 'bürgerlichen' Politik ..., der es in so hohem Maße um Probleme der Wohlfahrt geht". Gleichviel, gescheitert ist das DDR-Regime, weil es nicht glaubwürdig, unter vor (und von) der Allgemeinheit zu rechtfertigenden Kosten, das Gemeinwohl herstellen konnte - dies darf festgestellt werden, ohne damit einen Anwendungsfehler der Marx zitieren-

den Herrschaftsideologie nachgewiesen zu haben. "Mit dem Entstehen sozialistischer Produktionsverhältnisse verliere die Arbeit ihren vormaligen Zwangs- und Ausbeutungscharakter und werde dadurch von einer '*Last zur Lust*' " - ob diese von der DDR im Verständnis der sie Beherrschenden (der Arbeiter idealerweise) dazustellende "Grundthese ..., daß sich mit der Veränderung der institutionellen Grundordnung des Gesellschaftssystems auch der Charakter der Arbeit geändert habe" (Belwe/Klinger, 1986: 64), sich hier legitimerweise noch auf Marx berufen dürfe, muß uns nicht weiter interessieren.

"In der DDR äußert sich Loyalität vor allem in der ausreichenden, die Produktion aufrechterhaltenden Arbeitsmotivation." (Rytlewski/Sauer/Treziak, 1987: 251) Ihre Selbstdarstellung als "*Arbeitsgesellschaft*" (Kohli, 1994: 38; vgl. auch Arendt, 1997: 13, 59 und 194ff; Kurz, 1991: 11ff; Engler, 1999: 198f) soll freilich nicht dem Deutungsmonopol der die Arbeit anordnenden (und dies marxistisch rechtfertigenden) Herrschaftseliten, welche die Legitimations- und Integrationserzählungen dazu ausgearbeitet haben, überlassen bleiben, sondern durch die arbeitenden Menschen selber vollzogen erscheinen und damit nachvollziehbar werden. Die "Verbindung von Strukturanalyse und Sozialpsychologie, ... eine strukturelle Phänomenologie, in der die scheinbaren Antipoden eine Synthese eingehen, die die Selbstausslegung der Akteure objektivierend erschließt", die der Soziologe Wolfgang Engler (1992: 140) für die Analyse der DDR-Gesellschaft unabdingbar hält, kann daher im Folgenden nicht hergestellt werden; die Sozialstrukturforschung bleibt nämlich ausgeblendet, da deren Daten von den Menschen in ihrem Aktionsradius nicht erfahrbar sind, die wir darin sich über ihre Arbeit verständigend beobachten wollen. "Sprache ist Teil jener sozialen Praxis, die Herrschaft produziert - Sprache ist ihrerseits geprägt von Herrschaft", schreibt Alf Lüdtke (1997a: 13): "Nur ein Element dieser Wechselbeziehung sind sprachliche oder visuelle Propaganda-Strategien 'von oben' bzw. rhetorische Künste von (Partei- wie Staats-)Führern'. Entscheidend sind die Aneignungen im und durch alltäglichen Sprachgebrauch - bei den Herrschenden ebenso wie bei denen, die sich jenseits der Kommandohöhen von Staat, Ökonomie oder Kultur finden." Die Herrschenden alleine können den von ihnen gewünschten Gesellschaftszustand nicht herbeireden, ohne die gegenwärtig in der Gesellschaft, wo die Menschen (sich) zusammenhalten, zur Rede stehenden Probleme anzuhören; wie sie ihnen daraus ihre Lebenserwartungen abnehmen wollen und können, entspricht der Art ihres Herrschaftsanspruchs. Die *von oben* angelegte Konstruktion sozialer Kohärenz, die zum Charaktermerkmal der Herrschaftsordnung erklärte materielle und ideelle Ausstattung des Industriebetriebs, wird von der Wirklichkeit zu unterscheiden sein, in der die von den Menschen (*unten*) an ihrem Arbeitsplatz behandelte und besprochene Situation die Integration der Gesellschaft stattfindet; alle Widersprüche müssen dabei nicht den Unterdrückten angelastet werden, um die unter deren Herrschaft leidenden Mühseligen und Beladenen ins moralische Recht zu setzen; manche Übereinstimmungen, die sich zwischen ihnen auch feststellen lassen werden, müssen von den Akteuren, ob sie sich *oben* oder *unten* befanden, gar nicht erwünscht und erkannt worden sein. Insofern soll der Einwand gegen die mir in mancher Hinsicht (auch der linkssentimentalen Herkunft) vorbildlich erscheinende Arbeit von Axel Bust-Bartels (1980) über "Herrschaft und Widerstand in den DDR-Betrieben" nicht geltend gemacht werden können: "Hier wird über eine emotionale und moralische Identifikation mit den Arbeitern diesen zugleich eine politische Interessenlage unterstellt, die weitgehend dem - intellektuellen

- Denken des Verfassers entsprungen ist", nämlich seiner Vorstellung einer Emanzipation der Arbeiterklasse, die auch in Westdeutschland noch nicht verwirklicht sei (Straßburger, 1981: 1089). "Für die Arbeiter kommt" hier nach der Analyse von André Gorz (1983: 62) längst "nicht mehr in Betracht, sich innerhalb der Arbeit zu befreien, die Arbeit zu beherrschen oder Macht im Rahmen der Arbeit zu gewinnen" - heute nicht weniger als vor fünfzehn Jahren ist die "Krise" der westeuropäischen Arbeiter-"Klasse" damit zu erklären, daß es ihren Angehörigen "nicht mehr darum [gehen kann], Macht als Arbeiter zu erobern, sondern darum [gehen muß], Macht zu erobern, um nicht länger als Arbeiter funktionieren zu müssen". Wir wünschen ihnen von der Arbeit emanzipiert zu werden, da wir ihnen sich durch die Arbeit zu emanzipieren nicht zumuten mögen.

Wir wollen nicht erwarten, daß es "genügt ..., heute die Bourgeoisie davonzujagen, um morgen in den hinterlassenen oder mit der unter dem Kapital 'fortgeschrittenen Technik' neu erbauten Fabriken von aller Herrschaft, Ausbeutung, Entfremdung freie, der Individualität der Produzenten förderliche Arbeit zu leisten" (Bahro, 1977: 166f); wir wollen diese Erwartung, ihre Enttäuschung folglich, lediglich zur Sprache bringen, wie sie in der DDR zum Ausdruck gebracht worden ist - in Handlungen eher als durch die Sprache, die einen "taktischen Charakter" besaßen, wenn man nach Michel Certeau (1988: 24 und 89) die "Taktik ein Handeln aus Berechnung, das [zunächst] durch das Fehlen von etwas Eigenem bestimmt ist", nennt. Einer Konzeption von "Herrschaft" als "sozialer Praxis" folgend, lassen sich "*Kristallisationskern[e]* eines proletarischen Gegenmilieus zu den offiziellen Machthierarchien" im Handeln von Arbeiter-Kollektiven herausfinden (Lindenberger, 2000: 5f; vgl. 1999: 21ff).

Dem Vorhaben, die kollektiven Imaginationen der Gesellschaft an gründlicheren Äußerungen als den herrschaftsideologisch zurechenbaren, durch oberflächliche Rituale verkörpertten Ausdrucksformen festmachen, nämlich in den als Lebensäußerungen wahrnehmbaren Selbstdarstellungsweisen der arbeitenden Menschen auffinden zu wollen, die diese Gesellschaft wirklich ausmachten, mag der Defekt des "Intellektuellen" nachzusagen sein, der jenen Menschen leichthin solche Eigenschaften wünschen mag, die zu erfüllen ihm selber - von deren mühevoller Reproduktionsarbeit dispensiert - versagt geblieben ist; dem Ostdeutschen, seinem Untersuchungsobjekt, andichtend, "daß die Mauer ihn und sein Volk vor der entfesselten westlichen Konsumgesellschaft beschützte", während dieser sich in Wirklichkeit bemühte, dem westlichen Konsum-Standard nahe zu kommen, zeichnete der westdeutsche Intellektuelle das Wunschbild seiner selbst (Herzinger/Stein, 1995: 73 und 76). Entfernt vom wirklichen Leben, neigt der Wissenschaftler dazu, dies einfache Leben in die Form zu bringen, es für gewöhnliche Menschen annehmbar zu halten. Die Einwohner der DDR erscheinen dann als Probanden eines einmaligen sozialen Experiments.

Daß "viele ... inzwischen als unabdingbares und einzigartiges Schicksal einer stalinistischen DDR gilt", was gar nicht bloß ihrem eigenen System-Charakter, der Präntention als Arbeiter-Staat, zuzurechnen ist, hat Michael Geyer (1994: 127) festgestellt; auch Rainer Lepsius (in Pirker u.a., 1995: 102) ist "sehr dagegen, das DDR-System zu exotisieren und zu sagen, das Zugrundegegangene war ein historisch auslaufendes Modell, nur noch von historischem Interesse". Was hier im Folgenden also der DDR zugeschrieben wird, muß nicht unbedingt ein Spezifikum von deren Gesellschaftsform sein; alleine die DDR ist der Gegenstand unserer Untersuchung, der Vergleich zur Bundesrepublik darin nicht angelegt. Vor der voreiligen Schlußfolgerung, allen Defizi-

ten der DDR-Diktatur die Vorteile der westdeutschen Demokratie ablesen zu wollen, sei hiermit also pauschal gewarnt; hier wie dort ist nicht jedem gesellschaftlichen Phänomen seine Begründung durch das politische Regime nachzuweisen (gewesen). Daß sich der westdeutsche gesellschaftliche Integrationsmodus dem ostdeutschen 1989 wirklich als überlegen erwies, bedeutet noch lange nicht, daß damit *alle* der Kohäsion der DDR-Gesellschaft (sie willensstark einfordernd oder auch nur ungewollt auslösend) förderlich gewesenem Zusammenhänge überwunden seien - in dem Sinne, hier aufbewahrt zu sein, sind sie in dem vereinigten Deutschland noch aufgehoben, das offiziell seine Verbindungen zur DDR so vehement bestreiten muß, wie sie (immer schon) anzunehmen (gewesen) sind. Im Folgenden soll die Geschichte der DDR also nicht der Zielperspektive ausgerichtet erscheinen, mit dem Fall der Mauer gefälligst zu ihrer Abschaffung gelangen zu wollen; "das vom Bundesverfassungsgericht aus der Präambel der Verfassung entwickelte Wiedervereinigungsgebot" (Hacker, 1994: 14), dessen die Existenzberechtigung der DDR bestreitenden normativen Gehalt man anerkennen mag, in die methodische Grundlegung einer Geschichte des ostdeutschen Staates einzubeziehen, vereitelte die realistische Einschätzung solcher Existenzbedingungen, die zur vorübergehenden Stabilität der DDR beitragen konnten; den Herrschenden und auch Teilen der Gesellschaft bedeutete die Erhaltung des Staates ein Gebot, nicht nur mit den im westdeutschen Grundgesetz vorgelegten Normen, sondern vor allem den in der westdeutschen Gesellschaft ausgelebten (ideellen und materiellen) Werten, konkurrieren zu können. Daß die DDR diese Konkurrenz nicht aushielt, wird am Ende nicht zu leugnen zu sein; daß sie sich von Anfang an nicht zu halten versprach, ist damit aber nicht gesagt. Im Lichte einer Wiedervereinigungsrhetorik und -praxis, welche die ganze DDR als null und nichtig erscheinen ließ, hat Hans Mommsen (in: Kocka/Sabrow, Hg., 1994: 217) seiner von Heinrich August Winkler (1997: 48) stets zurückgewiesenen "These von der 'Bi-Nationalisierung' Deutschlands" also noch ihre Verwirklichung gewünscht: "Es sollte nicht übersehen werden, daß - wäre es gelungen, diesen Prozeß der inneren Nationsbildung innerhalb der DDR etwas weiter zu bringen - der vollständige Anheimfall ohne irgendwelche größeren Widerstände von seiten der DDR an die Bundesrepublik nicht eingetreten wäre."

Freilich wünschte Mommsen (in: Kocka/Sabrow, Hg., 1994: 216f) der DDR die Eigenwertigkeit, sich von ihrer ersten Existenzbedingung lösen zu können; zur Rettung der "sozialdemokratischen" Tradition hielte der deutsche Demokrat es für "gut ..., die Geschichte der DDR auch unter dem Gesichtspunkt aufzuarbeiten, was die äußeren Zwänge, insbesondere seitens der dominanten Sowjetunion, die ein einer modernen westlichen Gesellschaft nicht angemessenes Entwicklungssystem gewaltsam übertrug, gewesen sind, die zu dieser Deformation [des Sozialismus] geführt haben". Andere Sozialwissenschaftler finden es maßgeblich "für die Beurteilung der sozialen Eigenständigkeit" der DDR, "ob sie ein bloßer Abklatsch des sowjetischen Gesellschaftsmodells war" (Mayer/Diewald, 1996: 9). Was ihr die Sowjetunion mit auf den Weg gab, wurde gemeinhin nicht für erfolgversprechend gehalten. "Das historische Grunddilemma des Sozialismus", den Ingrid und Manfred Lötsch (1992: 98) in der DDR vorfinden, "bestand darin, daß er aus einer Art Laune der Weltgeschichte heraus dort entstand[en war], wo so gut wie alle Voraussetzungen fehlten: neben dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte weitere unerläßliche Bedingungen wie politische Kultur, Fähigkeit des zivilisierten Umgangs mit sozialen Konflikten und politischen Meinungsverschiedenheiten ... - kurzum all das, was sich mit dem Oberbegriff der 'civil

society' erfassen läßt". Daher ist Ostdeutschland (freilich zuerst durch den Nationalsozialismus) in einen Gesellschaftszustand zurückgestoßen worden, den in Deutschland für abgeschafft zu halten schon einmal gute Voraussetzungen anzunehmen gewesen waren: die sowjetische Besetzung, so geht die weit verbreitete Interpretation, hat die Ostdeutschen den (am besten sozialdemokratisch) zivilgesellschaftlichen Entwicklungspfad einzuschlagen gehindert, den zu begehen den Westdeutschen als nachhaltige Auseinandersetzung mit ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit begreiflich zu machen war. Während die demokratisierten Deutschen inzwischen den Nationalsozialismus als Fremdherrschaft abstreifen konnten, blieben die sowjetisierten einer fremden Gewalt unterworfen, die sich daher der nationalsozialistischen als ebenbürtig erwies, ihren (eben antisowjetisch mobilisierbaren) Freiheitswillen entmutigen zu wollen - daher also auch scheiterte. "Von der fast fünfzigjährigen Präsenz der UdSSR im östlichen Mitteleuropa blieb außer ökologischen Schäden, Soldatenfriedhöfen und Ehrenmälern nichts zurück, was als spezifisch russische Kulturleistung für die Zukunft hätte aufbewahrt werden können", heißt es bei Dietrich Geyer (1997: 274). "Meine Ansicht, daß nicht in Jahrzehnten zerstört werden könne, was sich in Jahrhunderten gebildet hatte, fand ich", erinnert sich Günter de Bruyn (1996: 256), "darin bestätigt, daß ... die politische Einbindung in den kommunistischen Osten keine Russifizierung zur Folge gehabt hatte und der Blick der DDR immer ... auf den freieren und größeren Teil Deutschlands gerichtet war".

Angesichts der "Schwierigkeiten der Transformation", Westdeutsche zu werden, sind dem Politologen Steinbach (in: Kocka/Sabrow, Hg., 1994: 231) allerdings Zweifel gekommen, ob es den Ostdeutschen den gesellschaftlichen Zustand der DDR so einfach abzustreifen gelinge, wie er ihnen angeblich nur übergestülpt war: "Gibt es eine 'Veröstlichung' des Bewußtseins, gibt es eine 'Sowjetisierung' der Wertvorstellungen, so wie es mit der Westbindung eine Amerikanisierung des Bewußtseins gegeben hat?" Aus westdeutscher Sicht gerät diese Frage zu der Vorstellung, der eigene zivilisatorische Status sei daher bedroht, daß die an der gesamtdeutschen politischen Willensbildung beteiligten Ostdeutschen nun noch hergebrachten Wertvorstellungen verhaftet blieben. "Sie befürchten also", ließ sich der Kollege Baring (1991: 51) aus der Reserve locken, "die Gefahr der Veröstlichung, der Ver-Ostung ...?" - "Ja ..., eine gewisse Verwahrlosung, die Proletarisierung der Stadt", antwortete der West-Berliner. Solche Furcht wäre nur ein guter Ratgeber, wenn sie vernünftig begründet wäre. Wir befürchten also nichts, sondern versuchen etwas zu begründen: Die unter sowjetischem Einfluß entstandene und bestehende DDR konnte auch Systemeigenschaften ausbilden, die den sie ausfüllenden Menschen anerkennenswert erschienen sind, die sie sich daher selber aneignen konnten; nicht jede dieser Eigenschaften war auf den diktatorischen Charakter des Herrschaftssystems oder die Intentionen seiner Protagonisten zurückzuführen; was die Gesellschaft in der DDR kennzeichnete, ist weiterhin also nicht darauf zu beschränken, nur in dieser einen Diktatur vorkommen zu können.

Am Anfang der folgenden Darstellung steht die Frage nach solchen Eigentümlichkeiten, die dem von *den Russen* okkupierten Teil Deutschlands, unseres Vaterlandes (leider), dazu *verhelfen*, als eigenständig gelten zu können - die also heute noch (zum Leidwesen vieler Westdeutscher und noch mehr Westberliner) als Besonderheiten der Ostdeutschen hervorstechen, die ihre Integration in die westliche Republik komplizieren können - *Teil I* nähert sich dieser Problematik an: Wieso mußten die Russen die Deutschen zuerst zur Freundschaft zwingen (*Kapitel 1*), welche Möglichkeiten, die ihr

die sowjetischen Besatzer nicht verwehrt, vermochte dann jedoch die ostdeutsche *Staatsführung* zu ergreifen, um zu einer für die *Gesellschaft* und durch sie überzeugungsstarken Selbstdefinition zu gelangen (*Kapitel 2*)? Wieso mußte die (gerne *Sowjetisierung* genannte) sowjetische Besetzung der Selbstbestimmung der Ostdeutschen im Wege stehen, auf welche Weise, in welchem Ausmaß tat sie dies (*Kapitel 3*)? All diese Probleme, die zunächst in der Diskussion (mit der wissenschaftlichen Forschung auftreten, sollen in der folgenden Darstellung nicht mehr ausführlich verfolgt werden, freilich als ihr Hintergrund präsent bleiben. Das *Kapitel 4* führt die in den vorigen Kapiteln angedeuteten methodischen Ansätze weiter und präzisiert sie im Hinblick darauf, das der Arbeit zugrunde liegende Problem bewältigen zu können, wie Öffentlichkeit zur Darstellung zu bringen sei in einem Staat, dessen veröffentlichte Meinung vordergründig die Affirmation der herrschenden Partei bedeutete. *Kapitel 5* leitet mit einem ersten Anwendungsversuch ihrer Darstellungsweise zum *Teil II* der Arbeit über, in dem sie vollends zur Ausführung gelangen soll.

Die in eine dichte Quellenlage verstrickte Narration beginnt mit der Darlegung der mit der Arbeitsordnung auch die Lebenshaltung der Menschen betreffenden institutionellen Voraussetzungen, die von und im Namen der sowjetischen Besatzungsbehörde bereitet und daher zu rechtfertigen waren (*Kapitel 6*). Ein Arbeitsheld (*Kapitel 7*) wird seinen Kollegen vorgestellt (*Kapitel 8*), um ihn im angeblich vergesellschafteten Betrieb einer guten Gesellschaft zu versichern, ihm sie zu sichern. Die Kollegen können freilich ohne Mühe begründen, warum sie ihm nicht (erfolgreich) folgen - was sie sollen, müssen sie nicht tun: einem Vorbild, das aus Moskau kommt, läßt sich nicht einfach nacheifern, nur zwanghaft, wie deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion erfahren können (*Kapitel 9*). In den Betrieben der sowjetischen Zone ist aber von einer militärischen Disziplinierung nicht zu reden: *Kapitel 10* führt das Scheitern des staatsbetrieblichen Vorhabens vor, durch Lohnanreize berechenbare Leistungssteigerungen der Arbeiter zu erreichen - die Belegschaften bestimmen ihren Leistungsstand selber: ein Anzeichen der im Folgenden immer wieder aufscheinenden informellen Macht, sich den Mangel an (durch die Gewerkschaften) institutionalisierter Macht auszugleichen.

Emblematisch, mit bestimmten Bedeutungen versehene (und versehentlich andere Bedeutungen annehmende) Ereignisse aufgreifend, führt *Teil III* die in der Erzählung des Hauptteils angelegte Problematik fort. Die Begründung des ostdeutschen Separatstaates ist kein Erfolg der sowjetischen Deutschlandpolitik (*Kapitel 11*). Der DDR endlich ihre sozialistische Ordnung zu erklären (*Kapitel 12*), bringt die Sowjetunion um die Profite, die ihr die Verbindung mit der gesamtdeutschen Wirtschaft versprochen hätte. Die Reichweite der Ideologie ist durch die Art ihrer Durchsetzung beschränkt; russische Realien, deren Nutzwert und Anmutungsqualität ein deutsch-sowjetisches Zweckbündnis erfolgreich hätten symbolisieren können, sind in der Lebenswelt der DDR kaum aufzufinden; alleine was in der Sowjetunion an aus Rußland rückständigen Eigenschaften hätte überwunden sein sollen, mag uns die Ostdeutschen ihren östlichen Nachbarn verwandt erscheinen lassen (*Kapitel 13*). Daß der Zusammenhalt der DDR-Gesellschaft keinem freiwilligen Zusammenschluß gleichkommt, wird ihr der 17. Juni 1953 bestätigen, an dem die Präsenz der russischen Militär-Macht auf die Gewaltbarkeit zurückkommen muß, mit der sie am 8. Mai 1945 angekommen war; dabei ist das scheinbar (eben durch das Eingreifen der Russen) einzigartige Ereignis nur der Extremfall einer weiter reichenden Konfliktgeschichte, welche die Ar-

beiter in den VEB mit ihren deutschen Vorgesetzten austragen (*Kapitel 14*). Am Ende, im *Kapitel 15*, wird - durch eine Kontinuitätsbehauptung von den fünfziger zu den achtziger Jahren übertrieben - das Arrangement zu besichtigen sein, in dem die bestehenden Konflikte um Arbeitsleistung und -lohn leidlich aufzulösen waren; wenn die Bildung der nach sowjetischem Muster bezeichneten Brigaden die betrieblichen Sozialverhältnisse stabilisierte, dann wirkte sie sich nicht zu der aus dem Bewußtsein der Arbeiter abrufbar erklärten Steigerung der Arbeitsproduktivität aus - bewußt finden wir sie, von maroden Produktionsmitteln abhängig beschäftigt, nicht besser zu arbeiten befähigt als die Russen, deren Regime sie diese rückständigen Arbeitsverhältnisse verdankten.

Seit *die Russen* im Namen des Sozialismus, den *die Deutschen* einmal getragen hatten, ihre Herrschafts- und Gesellschaftsverhältnisse auf die SBZ und DDR übertragen haben, ist vom Sozialismus in Deutschland nicht mehr gut zu reden - den einen erscheint er nun restlos diskreditiert, während andere Deutsche seine theoretische Reinheit bewahrt finden, da er praktisch falsch ausgeführt worden sei. Die Auffassung, daß der Sozialismus von den Russen schlecht gemacht worden sei, müssen wir hier nicht begründen; alleine die Motive der Menschen, die sie für begründet hielten, sind von Interesse: viele Deutsche suchten damit die im Sozialismus erfahrene Wirklichkeit zu bewältigen, der gut erinnerlich ihr eigener Irrtum zugrunde lag - am Anfang war Hitler, nicht Marx. "Marx had never envisaged the implausible prospect of creating communist society in a post-Nazi state governed by an imposed regime after total military defeat", darf mit Mary Fulbrook (1995: 57; vgl. Niethammer, 1994: 101) behauptet werden, um dann auch den der deutschen Geschichte zukommenden Anfang zu bemerken, der mit dem Namen Lenin zu bezeichnen ist. Die "historische Tatsache, daß das sozialistische System nie durch interne Kräfte in einem entwickelten kapitalistischen Land installiert worden ist", finden wir mit János Kornai (1995: 30) nicht erst nach 1945 in Ostdeutschland vor, sondern schon seit 1917 in jenem Reich, welches dieses sich nun gefügig (in seinem Namen sozialistisch) machen konnte; "in klarem Widerspruch zu dem, was Marx angenommen hatte", ist der "Sozialismus ... nicht zuerst in Ländern, in denen der Kapitalismus überreif ist und das Seinige getan hat, um die Produktivkräfte zu entwickeln" (27), entstanden.

"Marx betrachtete es als selbstverständlich, daß die sozialistische Ordnung zunächst in den am weitesten entwickelten kapitalistischen Ländern entstehen würde." (Kornai, 1995: 20) Hier würde nämlich durch "die Ballung des Kapitals in wenigen Händen ... die Proletarisierung der übrigen Gesellschaft und die Pauperisierung des Proletariats am weitesten fortgeschritten" sein. Die "Revolution des Proletariats [würde] von den entwickelten kapitalistischen Ländern und nicht etwa von einem rückständigen Agrarland wie Rußland ausgehen", erwartete er also (Winkler, 1997: 27). "Und doch gab es auch für Marx einen dialektischen Zusammenhang zwischen Rückständigkeit und Revolution. In den vierziger Jahren hatte er dem rückständigen Deutschland die Mission zugewiesen, die proletarische Revolution zwar nicht zu beginnen, aber doch zu vollenden, und das damit begründet, daß die Umwälzung in Deutschland gerade wegen seiner Rückständigkeit besonders gründlich sein müsse." (27) Ein halbes Jahrhundert später durften die Marxisten in Rußland die Chance entdecken, durch die (ihnen) eigene Revolution erst auch die westeuropäischen Arbeiter-Massen der revolutionären Kraft zu erinnern, die anzuwenden sie im wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus entwöhnt worden waren. "Das Industrieproletariat dieser Staaten kann - jedenfalls auf

Grund seiner *materiellen* Lage - nicht mehr ohne weiteres als potentieller Träger revolutionärer Veränderungen angesehen werden" (Fetscher, 1980: 162), war dort - mit dem Bürgertum erfolgreich - die Festigung des Kapitalismus durch seine Mäßigung wahrzunehmen (so zitiert Winkler, 1997: 19, den "marxistische[n] Theoretiker Rudolf Hilferding"): "Die konterrevolutionären Wirkungen der Arbeiterbewegung haben die revolutionären Tendenzen des Kapitalismus geschwächt." Hätten die Anhänger des Kommunismus sich, Rußland betreffend, mit der Prognose einverstanden erklärt, die der Begründer dieser Lehre, die sie für die Wissenschaft vom gesetzmäßigen Gang der Geschichte hielten, einmal von sich gegeben hatte, daß das "industriell entwickeltere Land ... dem minder entwickelten nur das Bild der eignen Zukunft" vorführe (Gerschenkron, 1985: 122; Hildermeier, 1987: 589), wäre auch im Zarenreich die proletarische Revolution, die ihm jetzt erst das zum "Sozialstaat" (Bracher, 1987: 73) entwickelte kapitalistische Regime nicht übertragen wollte, später nicht zu erwarten gewesen. Freilich hatte Marx selber - von der sozialrevolutionären Terroristin Vera Sassulitsch nach der Chance befragt, die solidarische russische Dorfgemeinde (*obščina*), die augenscheinlich "das Archaische mit dem Zukünftigen, die ursprüngliche Gemeinschaftlichkeit mit dem Sozialismus, verband", vor der (ansonsten schöpferischen) Zerstörung durch den Kapitalismus zu bewahren - zugegeben, "daß die Entwicklung eines rückständigen Landes gerade wegen seiner Rückständigkeit in entscheidenden Aspekten grundlegend von der eines fortgeschritteneren Landes abweichen kann" (Hildermeier, 1987: 581; Gerschenkron, 1985: 122; vgl. auch Geyer, 1962: 8ff; Berlin, 1981: 281f und 307f; Beyrau, 1993: 21f). Den Bauern durften die Revolutionäre das Land überlassen, um alleine das Zentrum des Staates zu erobern, der den Kapitalismus tragend seine Entfaltung gehemmt hatte. Der Marxsche Nachlaß-Verwalter Engels äußerte also "die Überzeugung, daß dort 'die Avantgarde der Revolution zum Schlagen kommen wird'. ... Rußland sei 'einer der Ausnahmefälle, in denen es einer Handvoll Leute möglich ist, eine Revolution zu machen'", schrieb er an Sassulitsch (zit. nach: Winkler, 1997: 27). "Worauf es ihm ankam, war, daß das rückständige Rußland den Mangel des entwickelten Westens, das Fehlen einer revolutionären Situation, ausglich und eben dadurch die Revolution im internationalen Maßstab auslöste." (27) Aber während am Ende des Ersten Weltkriegs in Rußland die kommunistische die - zur Erklärung der Niederlage des Zarenreiches und also Überwindung seiner Rückständigkeit gegenüber dem Westen angefangene - bürgerliche Revolution überwältigte, wollte das Bürgertum in Deutschland aus Furcht vor dieser Revolution selbst seine eigene nicht vollenden. Die deutsche Sozialdemokratie blieb noch am Klassenkompromiß hängen, um die Arbeiter (auch) zu (Besitz-)Bürgern zu emanzipieren, während die russischen Kommunisten die Bauern mit den Arbeitern schon als herrschende Klasse in Anspruch nahmen, das Bürgertum (samt seiner Wirtschaftsgesinnung) zu ersetzen, den Zarismus als Herrschaftsform abzulösen.

Rußland blieb alleine die Revolution, und es blieb mit ihr alleine - der Makel der Rückständigkeit blieb an dem neuen Regime hängen, es konservierte sie, wie es sie behandelte, die russische Erbschaft sah man also seinem Sozialismus an: in der Autokratie entstanden zu sein, die dadurch, "daß die Macht in einem sehr hohen Grade in der Hand des Zaren zentralisiert war und daß es kein entsprechendes Gegengewicht sozial autonomer Gruppen gab, die dem Zaren hätten Widerstand entgegensetzen können" (Bendix, 1960: 178), den Durchbruch nicht nur zur zivil-, sondern auch zur industriegesellschaftlichen Moderne längst nicht geschafft hatte. "Die ökonomische Ent-

wicklung hing fast völlig von der Initiative der Regierung ab. ... Diese Zentralisierung aller Initiative in der Hand des Zaren und die Unterdrückung aller von der Zentralgewalt unabhängigen Gruppeninitiative verwandelte den Kampf zwischen den sozialen Klassen in einen Zustand, in dem der grundbesitzende Adel sowie die Kaufleute und die Fabrikanten darum rangen, vom Zaren Privilegien ... zu erlangen" (180); dabei hatten sie es "nicht leicht, die Arbeiter zu behandeln", denn die "russischen Fabrikarbeiter von 1861 waren ... hauptsächlich ungebildete Bauern"; die "russischen Bauern waren bekannt für ihre Dickköpfigkeit, die teilweise darauf zurückzuführen war, daß sie traditionsgemäß auf Intervention von oben hofften" (Rimlinger, 1967: 257f) - "der Russe ist minderwertig, von gemeiner Gemütsart, der Trunkenheit und Faulheit verfallen, ohne Intelligenz, unfähig, Eisenbahnen und Maschinenfabriken ohne fremde Hilfe zu betreiben, Rußland - ein Koloß auf tönernen Füßen" (Geyer, 1986: 156), so hatten die Deutschen schließlich das Zarenreich, der Physiognomie seines Volkes gleichend, darnieder liegen sehen. Man kann dieses Stereotyp noch einem in der *Berliner Zeitung* vom 16./17. November 1996 veröffentlichten Rückblick zum zweihundertsten Todestag der Zarin Katharina II. entnehmen: Das eigentlich träge, gelegentlich wilde Volk zu beherrschen, "scheute sie vor gewaltsamen Mitteln nicht zurück. Völkserhebungen wie der von Pugatschow geführte Bauernaufstand von 1773/74 ließ sie blutig niederschlagen" - die Regierungsgeschäfte währte sie von den adligen Gouverneuren und Beamten so gut besorgt, wie diese ihr "blühende Landschaften" vorführten: "Fürst Grigori Potemkin beeindruckte sie durch die berühmt-berüchtigten Potemkinschen Dörfer." Die Stärke der Herrschaft war hier an ihrem Aufwand zu messen, sich zu behaupten.

Die (populär)historiografische Exkursion soll deutlich gemacht haben, daß Rußland (gerade) noch in der Gestalt der Sowjetunion von Westeuropa unterschieden gelten konnte, *weil* es die Revolution benötigt hatte, um die rückständigen Verhältnissen (in den Menschen) zu überwältigen. Sein sozialistisches System behandelte eher die Schwächen Rußlands, als es das durch Marx begründete universelle historische Programm abhandeln konnte. "Lenins eigentliches Werk liegt ... in jener 'Korrektur' des Marxismus, die seiner Ansicht nach nötig war, um ihn den russischen Verhältnissen anzupassen, in der Aufstellung eines neuen revolutionären Programms, das mit dem Sozialismus des Westens im Grunde nur mehr wenig gemeinsam hatte", schrieb ein westlicher Rußlandreisender, der Schweizer Fülöp-Miller (1926: 56ff), in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts; in "Rußland ..., wo keine ... entwickelte Industrie vorhanden war und daher auch der Weg evolutionärer Entwicklung über die Kapitalkonzentration und die bürgerliche Organisation hinweg zum Sozialismus nicht beschritten werden konnte", bestand die "einzige Möglichkeit für das Proletariat, zur Herrschaft zu gelangen, ... in dem gewaltsamen Umsturz, in der Revolution"; der "Leninismus" mußte naturgemäß auch durchaus andere Kräfte zu seiner Unterstützung heranziehen, als der Sozialismus des Westens, da er die Befreiung des Landes von der Feudalherrschaft nicht geduldig einem heranreifenden Bürgertum überlassen, sondern sie ohne dessen Hilfe sogleich selbst durchführen wollte. Im Gegensatz zu den Menschewiken hatte also [der Bolschewik] Lenin seine Verbündeten außerhalb der westlich orientierten Intelligenz gesucht und war damit folgerichtig zu einer Anlehnung an das asiatische Bauerntum gelangt. ... Im Bunde mit der geknechteten russischen Bauernschaft sollte zur gleichen Zeit der Kampf gegen den Feudalismus und gegen die Bourgeoisie geführt werden, um nach schließlicher Überwindung dieser beiden Gegner die ge-

meinsame proletarische Herrschaft der Arbeiter und Bauern aufzurichten". "Durch die Einbeziehung des Bauerntums in die proletarische Revolution mußte der Bauer selbst proletarisiert und damit zugleich 'verwestlicht' werden", fürchtete der Konservative (Fülöp-Müller, 1926: 59) freilich die Zerstörung "der angeblich urslawischen Kollektivgesinnung", welche slawophil interpretiert der "geschichtlichen Bestimmung" Rußlands gehörte (Hildermeier, 1987: 570); "das ziemlich primitive Verlangen, den Westen zu imitieren", welches dagegen die Westler hervorbrachten, erschien gerade so "authentisch national", wie es sich am "als Mythos phantasierten Westen orientiert[e]" (Groys in: Kabakow/Groys, 1991: 69) - die für den Westen redeten, bevormundeten das russische Volk, welches eben nicht zum Westen gehörte.

Der Erfolg des Sozialismus mußte wohl dadurch auf Rußland begrenzt, dem übrigen Europa nicht vermittelbar erscheinen, daß es hier das Volk nicht zu seinen Aussichten befragen gewollt und gekonnt hatte - jedenfalls nicht seine (für) unmündig gehaltene Mehrheit. "Die nachfolgende Entwicklung wurde maßgeblich durch die Tatsache bestimmt, daß die Bolschewiki die Macht in einem 'rückständigen Land' ergriffen hatten, in dem die zur Basis des Bolschewismus auserkorene Arbeiterklasse der Industriestädte soziologisch nur eine untergeordnete Rolle spielte. Auf eine 'Diktatur des Proletariats' in Rußland konnte sich insoweit nur eine zu despotischen Maßnahmen entschlossene Elite berufen" (Ennker, 1996: 87); Lenins "Entwurf einer zu Gehorsam und Disziplin verpflichteten Funktionärstruppe, die die Sozialdemokratie 'alten Schlags' ersetzen sollte, hatte sich nicht als allgemeiner Typ einer revolutionären Arbeiterpartei präsentiert, sondern eher wohl als Methode der wirksamsten Anpassung an die polizeilich ungesicherte Wirklichkeit unter der Autokratie" (Geyer, 1962: 345), und sie blieb nach der Revolution solch eine die Partizipation der Bevölkerungsmehrheit ausschließende Organisation, um den Staat zu beherrschen. Daß der "Umsturz vom Oktober [1917] ... ein[em] Coup d'état" gleichsah, durfte zwar der russischen Defizienz, als "politisches Subjekt ... ein empirisches Proletariat" zur Revolution nicht tauglich zu finden, zugemessen werden (Malia, 1994: 125ff) - und doch war es nicht zu leugnen, daß die russischen Revolutionäre sich eine Potenz aneigneten, die im Westen lag, in Deutschland jedenfalls, das sich darin vom weiteren Westen unterscheiden mochte: den Staat, der das Wohlergehen seiner Angehörigen (lange nicht Bürger) sicher stellen sollte. Da die deutsche Sozialdemokratie den Weg zur westlichen Bürgergesellschaft einschlug, vertraten die Kommunisten (so nannten sie sich eben noch) "die staatssozialistische Illusion", in Rußland "Lenin, der den kriegswirtschaftlichen Planstaat des deutschen Kaiserreiches geradezu zum Vorbild der heraufdämmernden Sowjetökonomie erklärte, wenn nur eine andersgeartete soziale Macht sich seiner bediene" (Kurz, 1991: 43). "Hier haben wir das 'letzte Wort' moderner großkapitalistischer Technik und planmäßiger Organisation, die dem *junkerlich-bürgerlichen Imperialismus unterstellt* sind. Man lasse die hervorgehobenen Wörter aus, setze an die Stelle des militärischen, junkerlichen, bürgerlichen, imperialistischen Staates ebenfalls einen Staat, aber einen Staat von anderem sozialen Typus, mit anderem Klasseninhalt, den Sowjetstaat, d. h. einen proletarischen Staat, und man wird die *ganze* Summe der Bedingungen erhalten, die den Sozialismus ergibt. Sozialismus ist undenkbar ohne großkapitalistische Technik, die nach dem letzten Wort modernster Wissenschaft aufgebaut ist, ohne planmäßige staatliche Organisation, die Dutzende Millionen Menschen zur strengsten Einhaltung einer einheitlichen Norm in der Erzeugung und Verteilung der Produkte anhält" - Lenin (zit. nach: Kurz, 1991: 44f) nahm als "konkretes

Beispiel des Staatskapitalismus ... Deutschland" an, während dieses Vorbild an Effizienz "in der Stalinära dann Amerika repräsentierte" (Bahro, 1977: 117): "Die amerikanische Sachlichkeit ist jene unbezwingliche Kraft, die keinerlei Schranken kennt noch anerkennt, die mit ihrer sachlichen Beharrlichkeit alle wie immergearteten Hindernisse hinwegfegt, die jede einmal begonnene Sache unbedingt bis zum Ende durchführt, selbst wenn es eine kleine Sache ist, und ohne die eine ernste aufbauende Arbeit undenkbar ist", begeisterte sich Stalin (zit. nach Schütz, 1977: 119), damit die Nachfolge Lenins ergreifend (vgl. Stites, 1989: 149; Schlögel, 1995: 190).

"Die Legende preist Lenin als den Machthaber eines riesigen Reiches, der nach der Absendung eines Briefes an irgend ein ihm unterstelltes Amt sogleich selbst telephonisch anfragte, ob das Schriftstück auch eingetroffen sei" (Fülöp-Miller, 1926: 53) - Lenin war aus Deutschland in das russische Reich zurückgekommen, auf die deutsche Art konzentrierend es ordentlich zu machen. "Ein geistreicher deutscher Sozialdemokrat der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts bezeichnete die *Post* als Muster sozialistischer Wirtschaft. Das ist durchaus richtig. Gegenwärtig ist die *Post* ein Betrieb, der nach dem Typ des staatskapitalistischen Monopols organisiert ist. Der Imperialismus verwandelt nach und nach alle Trusts in Organisationen ähnlicher Art. Über den 'einfachen' Werkträgern, die schufteten und darben, steht hier die gleiche bürgerliche Bürokratie. Doch der Mechanismus der gesellschaftlichen Wirtschaftsführung ist hier bereits fertig vorhanden. Man stürze den Kapitalisten, man breche mit der eisernen Faust der bewaffneten Arbeiter den Widerstand dieser Ausbeuter, man zerschlage die bürokratische Maschinerie des modernen Staates - und wir haben einen von dem 'Schmarotzer' befreiten technisch hochentwickelten Mechanismus vor uns, den die vereinigten Arbeiter sehr wohl selbst in Gang bringen können." Lenin (zit. nach: Kurz, 1991: 43f) hat mit der Sowjetunion Deutschland überholen wollen - es ist also, so mißgestaltet wir es finden mögen, auch unser eigenes Projekt (vgl. Niethammer, 1994: 101; Bahro, 1977: 263), das wir an die Russen losgeworden sind, die wir noch die Anstrengungen übertreiben sehen, die wir selber nicht mehr nötig haben. Lenins "real goal", hat Nina Tumarkin (1983: 63) bemerkt, hieß "transforming Russia into something new, ... rooting out Oblomovs and replacing them with Faustus" - die Wiederkehr dieses Mythos (keine Lüge) wird 1945 in Deutschland eintreten, die Deutschen werden freilich die Russen nicht als ihresgleichen, sie vielmehr in der Vergangenheit zurückgeblieben ansehen, da sie zu ihrem Gegenbild zu erklären waren.

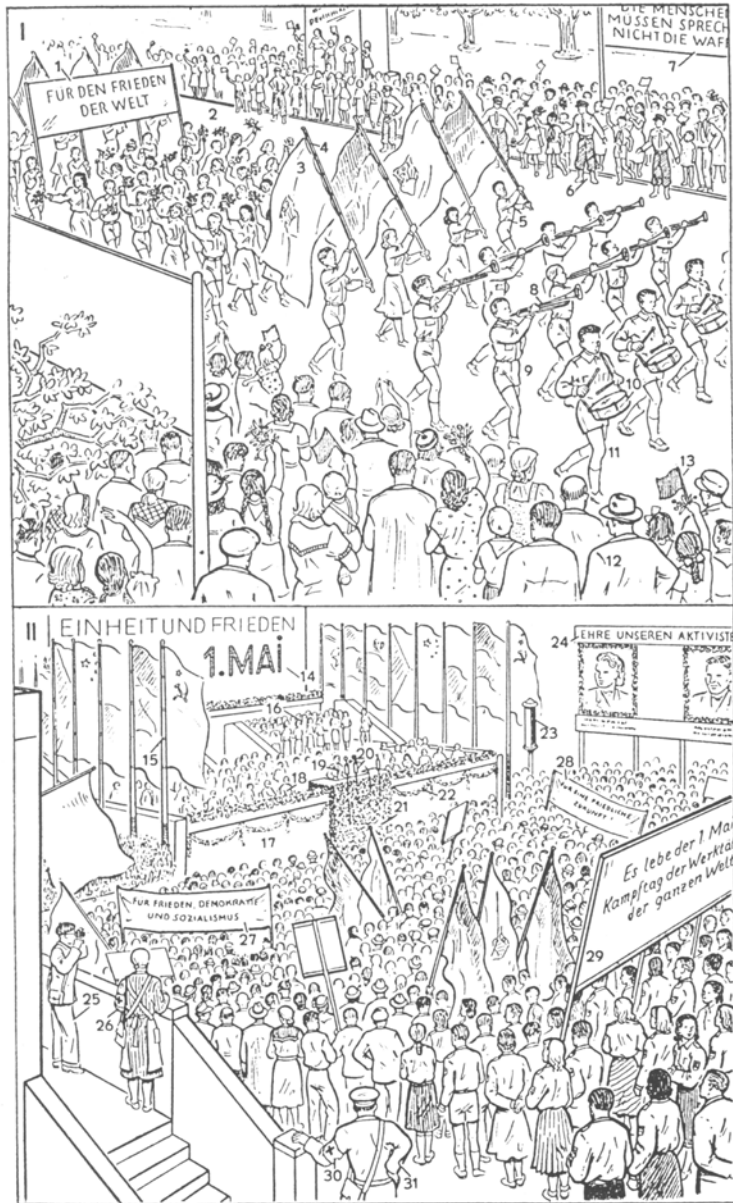
"Oblomow ... ist zum mythischen Sinnbild eines 'elementaren russischen Zuges', einer Seite des russischen Menschen schlechthin geworden; dieser sei ein Faulpelz ... und tue nichts so gern, wie vom Nichtstun ausruhen", muß er sich von dem "Deutsche[n] Stolz" sagen lassen, der (was auch Faust gerne sein mochte:) als "Vertreter der Arbeit, des Wissens, der Energie, mit einem Wort der Kraft" gilt - in dem Roman von Iwan Gontscharow, welcher "die Gefahren seiner Anlage" durch ihre Darstellung zu überwinden suchte: "Gontscharow ... befreit sich selbst von der in ihm lauenden Langeweile durch die Niederschrift eines Romans, den er selbst nicht erleben darf oder kann" (Rehm, 1963: 31-34 und 76; vgl. auch Stites, 1992: 172; Hingley, 1978: 18; Koch-Hillebrecht, 1977: 199) - oder muß: "Oblomow besitzt die unverhältnismäßige Einbildungskraft des Faulen", die Voraussetzung, sein Leben als Roman zu gestalten (wenn er sich nicht "zu der bequemen ... Überzeugung durchgerungen [hätte], seine produktive Kraft sei nicht für die Feder bestimmt"), denn immerhin vermag er sich auszudenken, "wie er sich dann einrichten wolle und wie gut es ihm dann gehen wer-

de, wenn erst dies und jenes getan wäre", aber "weniger ..., daß er dies und jenes tun sollte. Dadurch aber, aus seiner passivischen Natur, aus seiner 'Stagnation' und 'Unbeweglichkeit', wird der Untergang Oblomows unaufhaltsam. ...

Es ist ein stiller, gleichwohl erschütternder Untergang an sich selbst, an der grenzen- und ziellosen Weite seines müßiggängerischen Wesens, seines dahinträumenden, dann mehr und mehr schläfrigen, animalisch vegetierenden, apathischen Nichts-Tuns." (Rehm, 1963: 33 und 73) "Im Reiche der Zeitvergeudung, der völligen Apathie, inmitten jener Menschen, wie sie in Gontscharoffs Roman 'Oblomoff' so überaus anschaulich geschildert sind", so hat Fülöp-Miller (1926: 68) das russische Autostereotyp zitiert, "mit Hilfe einer orientalistisch-trägen Bureaucratie, wollte Lenin eine hyperamerikanische Arbeitsorganisation erschaffen, in der nicht ein Quentchen Energie nutzlos vergeudet werden sollte. Er wollte in Rußland, unter russischen Menschen die menschliche Arbeit nach den neuesten wissenschaftlichen Methoden organisieren, er hat in Moskau ein Institut zur psychotechnischen Erforschung der menschlichen Arbeitskraft eingerichtet, die Gründung einer 'Liga' zur Ausnützung der Zeit bis auf die letzte Sekunde veranlaßt". Den russischen Revolutionären, die um die unfaßbare Ausdehnung des Riesenreiches wissen, wird "Amerika ... zum Synonym für einen ganzen Komplex von Trends, die aus dem rückständigen Agrarland eine Industriemacht machen sollen", schreibt Karl Schlögel (1995: 190): für "die Machbarkeit von allem, der Kampf gegen Unpünktlichkeit und Schlendrian, die überragende Bedeutung von Maschine und Technik". So unerträglich Lenin die lange Weile war, so rasch wollte er sie überwinden.

"Leicht zu denken" war es für einen Deutschen, "daß die Nonchalance dieser Menschen aus dem Osten im Verhältnis zur Zeit mit der wilden Weiträumigkeit ihres Landes zusammenhängt. Wo viel Raum ist, da ist viel Zeit, - man sagt ja, daß sie das Volk sind, das Zeit hat und warten kann" (Rehm, 1963: 151, zitiert Thomas Mann) - dieses Stereotyp behielt seine Wirkung jenseits der Revolution, deren Verwalter lange Zeit mit der übrig gebliebenen Rückständigkeit zu kämpfen hatten: "Die Russen' denken in großen räumlichen und zeitlichen Dimensionen." (Lehmann, 1986: 124, lokalisiert dieses "Stereotyp" bei in Rußland gefangenen deutschen Wehrmachtssoldaten) Daß in der Sowjetunion der zwanziger Jahre zur "rationelle[n] Ausnützung der Zeit ... unter der Leitung Gastjeffs eine besondere Organisation mit dem Namen 'Zeitliga' " geschaffen wurde, konnte die Diagnose des Volkscharakters bestätigen, der damit zu behandeln war: "Gastjeff ließ eine Reihe von geradezu militärischen Orders an die Mitglieder der Liga ergehen, in denen es etwa hieß, jedes Mitglied müsse sich eine Uhr anschaffen und beständig danach streben, seine Zeit richtig einzuteilen. ... Jedes Mitglied der Liga hat nicht nur die Pflicht, selbst pünktlich zu sein, sondern auch auf die Pünktlichkeit der Anderen zu achten, wodurch allmählich das ganze Produktionsleben in neue Bahnen gelenkt, vor allem aber das einzelne Individuum von Grund auf reorganisiert werden soll" (Fülöp-Miller, 1926: 274f; vgl. Tatur, 1979: 66ff; Süß, 1985: 121ff). Solchem Gewaltapparat, der ihre Arbeitstüchtigkeit erzwingen sollte, gab der westliche Beobachter bei den Russen wenig Chancen, sich zur Selbstzwangapparatur auszubilden. "Der phlegmatische und passive Russe, der mit völliger Apathie allen Ereignissen rings um ihn gegenüberstand, war gänzlich ungeeignet, sich, den kommunistischen Forderungen gemäß, in eine 'Menschenmaschine' zu verwandeln und sich als Umgebung ein überamerikanisches Maschinenmilieu zu schaffen", heißt es bei Fülöp-Miller (1926: 271) - wir verlassen die Wirkungsgeschichte der Stereotypenbildung, die mit

den vorstehenden Ausführungen wenigstens angedeutet sein sollte. Was nun zählt, ist diese Wirklichkeit: das Regime, welches sich (mit Amerika) 1945 Deutschland als überlegen erweist, beweist den Deutschen nun seinen (sie einst selber auszeichnenden) Ordnungssinn, indem es ihnen die neue Zeitrechnung einführt - bis zum 17. Mai 1945 galt in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands wirklich die moskauer Zeit (vgl. Naimark, 1995: 255; Bonwetsch/Bordjugov/Naimark, Hg., 1997: XI), und darüber hinaus sollten die Deutschen sich daran gewöhnen, daß das russische Reich hier seine Bestimmung verwirklichte.



I Die Demonstration

- 1 das Transparent: Für den Frieden der Welt
- 2 die Marschkolonne
- 3 die Fahne, das Banner
- 4 die Fahnenstange
- 5 der Fahnenträger
- 6 der Ordner
- 7 das Transparent: Die Menschen müssen sprechen, nicht die Waffen
- 8 die Fanfare
- 9 der Fanfarenbläser
- 10 die Trommel
- 11 der Trommler
- 12 der Zuschauer
- 13 das Fähnchen

II Die Kundgebung

- 14 die Losung: Einheit und Frieden — 1. Mai
- 15 der Fahnenmast
- 16 der Sprechchor
- 17 die Tribüne
- 18 der Präsident
- 19 der Redner
- 20 das Mikrophon
- 21 das Rednerpult
- 22 die Girlande
- 23 der Lautsprecher
- 24 die Aufschrift: Ehre unseren Aktivisten!
- 25 der Pressephotograph, Reporter, Berichterstatler
- 26 die Gesundheitshelferin
- 27 das Transparent: Für Frieden, Demokratie und Sozialismus!
- 28 das Transparent: Für eine friedliche Zukunft!
- 29 das Transparent: Es lebe der 1. Mai, der Kampftag der Werktätigen der ganzen Welt!
- 30 die Armbinde
- 31 der Gesundheitshelfer

Ergänzungen s. S. 54

I Демонстрация

- 1 транспарант: За мир во всём мире
- 2 походная колонна
- 3 флаг, знамя
- 4 древко знамени
- 5 знаменосец
- 6 распорядитель
- 7 транспарант: Народ должен решить свою судьбу, а не оружие
- 8 фанфара
- 9 фанфарист
- 10 барабан
- 11 барабанщик
- 12 зритель
- 13 флажок

II Манифестации, демонстрации

- 14 лозунг: Единство и мир — Первомай
- 15 мачта знамени
- 16 ансамбль для хоровой декламации
- 17 трибуна
- 18 президент
- 19 оратор
- 20 микрофон
- 21 ораторский пульт
- 22 гирлянда
- 23 громкоговоритель, репродуктор
- 24 надпись: Слава нашим активистам!
- 25 фотограф, репортёр
- 26 медсестра
- 27 транспарант: За мир, демократию и социализм!
- 28 транспарант: За мирное будущее!
- 29 транспарант: Да здравствует первое мая, день борьбы трудящихся всего мира!
- 30 повязка
- 31 санитар

Дополнения см. стр. 54

1 Die Russen kommen

Daß im Mai 1945 die Uhren mitten in Deutschland moskauer Zeit anzeigten, wies immerhin auf eine neue Einstellung der Deutschen hin, die freilich nicht mit der Einsicht zu verwechseln war, damit einer Zeitrechnung inne zu sein, die ihnen ihre vergangene Zeit abzusetzen erlaubte. Es mochte nur wenigen Deutschen als ein Vorschub begreiflich sind, daß die Russen sie in ihre (nicht nur zwei Stunden) fortgeschrittenere Zeitzone einzubeziehen veranlaßten; viele wollten wohl schlafen, solange es noch dunkel war, und sich statt vom Bannstrahl des Kommunismus von der Morgenröte wecken lassen, die in ihrer Natur lag. Gleichviel: daß das Licht aus dem Osten kam, war schwerlich zu leugnen - ob es uns in Zukunft (er)strahlen oder (ver)blenden werde, blieb die deutsche Frage.

Der Osten war uns Deutschen anders nahe gekommen, als wir es uns je vorstellen wollten. Wir wollten unsere Zukunft dort gestalten, indem wir das Unerfüllte jener unermeßlich weiten Landschaften (vgl. Schröder, 1991: 312), in das wir seit jeher unsere Projektionen gelegt hatten, indem wir auch ihren Rückstand an historischer Zeit, erledigten, nämlich für unsere Rasse ausmäßen und mit ihr ausfüllten, die die dort siedelnden minderen Rassen aufzuräumen befugt und imstande sei. Nun aber sah das "Volk ohne Raum" (Volkman, 1994: 231), als das uns die Nazis zu diesem Ausbruch gen Osten formieren konnten, sich (numerisch dezimiert) nicht nur in den 1918 und erst recht 1939 unvorstellbar engen Raum zwischen Rhein und Oder zurück geworfen, sondern auch auf den zivilisatorischen Status, den es sich im Rußland-Feldzug eingeholt hatte; das "Bild niedrigsten sozialen Lebensstandards: angefangen von den erbärmlichen Behausungen und verlausten Wohnungen, von den verahrlosten Straßen, verdreckten Dörfern bis zur tierischen Stumpfheit ihres ganzen Daseins", welches, von Goebbels perhorresziert, deutschen Soldaten in Rußland mit den Russen vor Augen getreten war, wie sie es eilfertig nach Hause zu berichten hatten (Latzel, 1995: 454), konnte 1945 als eine Beschreibung der darniederliegenden Heimatfront gelten. Daß die Deutschen sich schließlich die Russen - deren quasi anthropologische Minderwertigkeit und daher strukturelle Unterlegenheit plausibel zu finden sie nicht dem als Wissenschaft verkleideten Rassenwahn der Nazis folgen, nur in den in ihrem kollektiven Gedächtnis beweglichen Vorstellungen über die Russen befangen sein mußten - nicht unterwerfen konnten, sondern durch sie unterworfen wurden, mußte 1945 nicht einmal den Glauben an ihre nicht erst von Hitler vorgesehene Bestimmung erschüttern, sondern nur die Gewißheit, dieser Bestimmung, das Land vor dem (asiatischen) Osten einzudämmen, Herr zu werden; nun fielen sie eben (und gefielen sich bald) als Opfer

unter ihre(r) Bestimmung, da sie sich der groben Gewalt russischer Horden ausgeliefert sahen, der mit der vermeintlich eigenen subtileren Intelligenz nicht beizukommen schien; im Abwehrkampf gegen den massiv überlegenen Feind schien zuletzt nur noch der Appell an die Instinkte zu fruchten, die jenem zuzuschreiben waren. Da sich die Schlacht um den Osten schließlich auf das eigene Land zurückgezogen hatte, waren die Deutschen dem Osten anheimgefallen.

Das Kulturgefälle, welches sie durch ihre Herrschaft dort auffüllen wollten, drohte den Deutschen nun vom Osten her abgetragen zu werden. Was den Deutschen mißlungen war: die zur selbständigen Staatenbildung vermeintlich unfähigen Völker unter ihre Hegemonie zu zwingen (vgl. Camphausen, 1994: 274), vollzogen die Russen erfolgreich (nach), indem sie das nach Westen verschobene Slawentum in Staaten gossen, die ihnen als Schutzschild und Vorratsraum zugleich dienen sollten. Preußen war am Ende auf seine slawischen Stämme und Wurzeln zurückgeschnitten; statt ihre Grenze gegen den Osten selber setzen zu können, bekamen die Deutschen sie also, wie es sich ihnen (besonders vom Westen aus) bald darstellte, mitten ins eigene Land gesetzt.

Freilich, in einer durch die vom Nationalsozialismus okkupierte deutsche Ideologie präformierten Geschichtsphilosophie kann die Geschichte nicht restlos aufgehen, nicht den Menschen, die - nicht nur als Getriebene, Verwirrte, Verschobene, sondern auch als sie Bewegende - an ihr beteiligt sind, schon gar nicht dem Historiker: er sucht deren handlungsleitende Motive anders aufzufinden, als sie sich in den Autosuggestionen der historischen Akteure, Verbrecher zumal, darstellen mögen. Wo es das Handeln nach Folgen zu beurteilen gilt, die gegen vorgeschobene Motivlagen nicht mehr abzuwägen sind, stößt die Ideologiegeschichte an ihre Grenzen. Die "Erkenntnis, daß es ein allgemein verbindliches und präzise konturiertes Rußlandbild auch im totalitären NS-Staat nicht gegeben hat" (Wette, 1994: 55), daß beispielsweise nicht jeder Lehrer seine Schüler unbedingt den vorgegebenen ideologischen Richtlinien unterzog (vgl. Volkmann, 1994: 247), daß dann auch eine Zeit lang aus tagespolitischen Gründen ein strategisch friedfertiges Verhalten gegenüber den Russen zu legitimieren war (vgl. Hillgruber, 1986: 46f; Weißbecker, 1994: 30-33), bewahrt uns vor der kurzschlüssigen Folgerung, daß das deutsche Volk jederzeit und uneingeschränkt für das Kriegsziel seiner Führung zu begeistern gewesen sei. Der deutsch-russische Nichtangriffsvertrag mochte in den Augen vieler Deutscher tatsächlich - wenn auch nur aufgrund stereotyper Vorstellungen über die Russen, deren Unberechenbarkeit nun gebändigt sei - als die dauernde Prävention vor dem Krieg an der zweiten Front erschienen sein (als welche ihn übrigens auch die Führung der Sowjetunion einschätze und den deutschen kommunistischen Emigranten einzuschätzen beibringen konnte); die nationalsozialistischen Strategen hielten es also für nötig, ihnen den Angriff als Vorwärtsverteidigung zu erklären, die dem von den bekanntermaßen heimtückischen Russen beabsichtigten Vertragsbruch gerade noch zuvorkommen könne, obwohl der Pakt für sie selber nur eine taktische Verrenkung auf dem Weg zum Ziel, nämlich die Prävention für den Krieg zur rechten Zeit gewesen war. Während für die Mehrzahl der Deutschen die Verstellung der Russen entdeckt, ihr Betrug aufgedeckt schien, ging für die eingefleischten Rasse- und Lebensraum-Ideologen die Zeit ihrer eigenen Verstellung zu Ende: Goebbels (zit. nach: Wette, 1994: 55; Pietrow-Ennker, 1990: 345) konnte "die antibolschewistische Walze" ganz einfach wieder auflegen, da die Deutschen dazu aufgelegt waren, die Abwehr gegen die damit verbundenen "Schreckensvorstellungen"

- Suggestionen, die durch die von der rassistischen Propaganda applizierten "affektiv hochgeladene[n] Chiffren" wie " 'jüdisch-bolschewistisch', 'asiatisch-jüdisch', 'asiatische Barbarei' oder 'moskowitzisch-asiatisch' " zu wecken waren (Jahn, 1991: 50) - in den Angriff umzusetzen, der den Feind - in diesen Vorstellungen - vernichten sollte. In einem Krieg, der - gemäß "der radikalen, rassenideologisch geprägten Konzeption Hitlers" (Hillgruber, 1986: 44) - "von Anfang an als Vernichtungskampf ... unter Außerachtlassung des Kriegsvölkerrechts" zu führen war (Streim, 1995: 569; Wilhelm, 1991: 171; Schröder, 1991: 319; Boll/Safrian, 1995: 273), wurden selbst die Soldaten, die im Umgang mit dem Gegner, der als Todfeind zu behandeln war, so etwas wie eine Standesehre behaupten wollten, in den Sog der Vernichtung und Selbstvernichtung hineingerissen; überlebten sie, dann hatten sie gemordet, zumindest dem Morden zugehört oder davon gehört - ohne die Aussicht, sich widersetzen zu können, wollten sie aufs Überleben setzen; wollten sie sich folglich noch Soldat nennen, hatten sie das Erlebte, Gesehene, Gehörte zu verleugnen - sich im Grunde selber (aus Bequemlichkeit) zu anonymisieren, wie es den zur Versklavung oder Vernichtung preisgegebenen Russen und Juden (durch ihre Grausamkeit) geschah.

Das Verhalten an der Front läßt sich also, wo es noch individuell zurechenbar ist, nicht einfach aus den zuerst eindeutigen, sich im Laufe des Krieges verwischenden Vorgaben der nationalsozialistischen Ideologie ableiten; es handelt sich vielmehr um subjektive Entgrenzungserlebnisse, die nicht einmal aus dem in einer terroristischen Diktatur gesammelten (ob moralisch-emotional oder kalkül-rational ausgestatteten) Erfahrungsraum schöpfen konnten: Deformationen, gegen die freilich nur andere als vom Nationalsozialismus übermittelte Ideologien etwas ausrichten gekonnt hätten. Die überlieferten Zeugnisse von Soldaten machen "deutlich, daß der Begriff 'Härte' zur Kennzeichnung der Kämpfe in Rußland unzureichend ist. Die Kämpfe waren nicht einfach nur 'hart', sondern von äußerster Brutalität, sie bedeuteten ... einen Rückfall in die tiefste Barbarei" (Schröder, 1991: 315); es war freilich der Krieg der Deutschen, der jene Brutalität mit sich brachte, die sie so barbarisch empfanden, wie sie sie erleiden mußten: "Gemäß dem Schema einer self fulfilling prophecy stießen die Invasoren überall auf eine Realität, die genau ihren ideologischen Erwartungen entsprach." (320) "Die Wirklichkeit hat nicht korrigierend auf sie gewirkt, sondern scheint nur die schlimmsten Feindbilder der Propagandaschreiber ... bestätigt zu haben" (Wilhelm, 1991: 194); das Bild, das die Gegner in ihren Augen annahmen, war freilich das Spiegelbild ihrer selbst; jene hielt man stets für " 'verhetzt', während man von der eigenen Verhetzung nichts wußte" (Schröder, 1991: 320). Das war die Verinnerlichung des Feindbildes: daß man es selbst ausbildete. Aber nicht nur die Soldaten, die der Vorstellung aufsaßen, "daß sie genau an dem ideologischen Feldzug gegen den 'jüdischen Bolschewismus' beteiligt seien, den Hitler selbst immer schon als unausweichliche Notwendigkeit erkannt habe", "glaubten ... immer stärker, daß die Wirklichkeit, der sie in Rußland begegneten, deren Richtigkeit tatsächlich bestätigte" (Bartov, 1991: 335). Die nationale "*Volksarmee*" (339) des Zweiten Weltkrieges schloß ja auch Teilnehmer der deutschen Arbeiterbewegung ein, Parteigänger der linken Weimarer Systemgegner, die sich den Russen auf ganz andere Weise hätten nähern sollen denn als Teilhaber dieser "riesige[n] soziale[n] Einheit, die zuallererst durch die Verpflichtung der nationalsozialistischen Sache gegenüber zusammengeschweißt" schien: "*Hitlers Armee*" (336). Daß sie ihren "starken Glauben an Hitler als großen politischen und militärischen Führer" feierlich beeidet hatten, hinderte viele Soldaten, sich dem Geg-

ner zu ergeben, als ihnen die Niederlage schon eindeutig vor Augen stand; noch jene, die dagegen aus der Einsicht in die Aussichtslosigkeit ihres Kampfes auf dem Felde diese Konsequenz zogen - mochten sie auch nicht mehr "ideologisch begründeten deklamatorischen Erklärungen" zugänglich (Heider, 1994: 178), sondern nurmehr von der nackten Realität, der schieren Überlegenheit des Gegners beeindruckt sein - waren in den stereotypen Vorstellungen befangen, deren sich die nationalsozialistische Ideologie bedient hatte, da sie die "russische Dampfwalze" (zit. nach: Hillgruber, 1986: 28; vgl. Volkmann, 1994: 242) zu überrollen drohte. Die Russen erfüllten das Cliché noch, wenn sie den Krieg gewinnen sollten; ihren Sieg bändigen zu können, schien - realistisch betrachtet - die letzte Möglichkeit *deutscher* Politik zu sein. "Das Bild von der asiatischen Gefahr war [so] tief verinnerlicht", daß selbst (keineswegs bloß kommunistische) Überläufer zum (von deutschen Kommunisten betreuten) Nationalkomitee "Freies Deutschland" sich darum sorgten, "wie zu verhindern sei, daß in Gestalt der Roten Armee asiatische Völkergruppen nach Mitteleuropa vordringen" würden (Heider, 1994: 186). Die Ansippung an eine annehmbare Traditionslinie interessengeleiteter deutsch-russischer Kooperationen (vgl. Heider 1994: 176 und 185) konnte wohl nur politisch Vorgebildeten gelingen; dem einfachen Landser konnte höchstens sein Überlebenswille empfehlen, sich den Russen zu ergeben.

In der Regel freilich kämpften deutsche Soldaten bis zum bitteren Ende für Führer und Volk; in die Hände der Russen zu fallen galt ihnen als Todesurteil: jedenfalls als Ausschluß aus der deutschen Volksgemeinschaft, wenn nicht überhaupt aus der Gemeinschaft der Lebenden. Nachdem sie gelebt hatten, damit Rußland sterbe, durften sie nun sterben, "damit Deutschland lebe" - so ließ sich das durch die 6. Armee in Stalingrad vollbrachte "Opfer" für alle Zukunft konservieren, sei es auch nur in der Erinnerung an seine sogenannte Sinnlosigkeit (Boll/Safrian, 1995: 261). Da sie gefallen waren, fiel auch ein Schleier über die Spur der Vernichtung, die sie in das überfallene Land eingestampft hatten.

Die Erinnerung an das *normale Leben* ließ sich nur gegen den Krieg in Betracht ziehen; allein die Zerstörung dieses Lebens mochte noch dem Feind anzulasten sein, sei es auch nur dem russischen Winter, mit dem die Rote Armee rechnen konnte. Daß sich der Kampf, welcher im Feindesland erfroren war, auf die eigene Heimat zurückzuziehen begann, sollte jeder Deutsche seit der Niederlage von Stalingrad wissen; mit der Rede vom *totalen Krieg* wurde ein ganzes Volk auf den Überlebenskampf heiß gemacht, der für jeden Einzelnen den Einsatz seines Lebens bedeuten sollte. Der langwierige Kampf um die Grenzbastionen Ostpreußens konnte von der Propaganda als "Demonstration deutschen Gemeinschaftswillens" ausgegeben werden (zit. nach: Henke, 1995: 126); "Hunderttausende hoben dort, von der sprichwörtlichen 'Russenangst' beflügelt, in kurzer Zeit zehn bis 20 Kilometer vor der Reichsgrenze ein Grabensystem aus, das selbst von der Wehrmacht als nützlich angesehen wurde", den sogenannten "Ostwall", der dem russischen Vormarsch vorübergehend hinderlich sein konnte. Noch "der erste Einbruch der Roten Armee in den östlichen Teil Ostpreußens im Oktober 1944 ... wurde als ein vorübergehendes Ereignis ... betrachtet" (Hillgruber, 1986: 28). Der Ort Nemmersdorf, den die deutschen Truppen zurückgewinnen konnten, wurde der Propaganda ein "Begriff dafür, was die deutsche Bevölkerung zu erwarten hatte, wenn 'die Dämme brechen' würden" (19): das dort aufzunehmende "Bild des Entsetzens von vergewaltigten und ermordeten Frauen und Kindern" (denen offenbar keine Männer beistehen konnten [vgl. Kuby, 1965: 311]) sollte die Ansicht unterstüt-

zen, daß allen Deutschen "im Falle einer Überflutung durch die Rote Armee ...[solch] ein grauenvolles Schicksal drohte" (Hillgruber, 1986: 65). Die "Propagierung des Stereotyps von den 'Horden aus dem Osten' erhielt neues ... Gewicht, als dem nationalsozialistischen Regime anstelle der Vermittlung von Siegesgewißheit nur noch die Stärkung des deutschen Widerstandswillen[s] blieb" (Pietrow-Ennker, 1990: 348). Als dieser Wille mit den Dämmen im Osten gebrochen war, strömte ein Heer von Flüchtlingen nach Mitteldeutschland, das sich vor jener "Lawine von Vergewaltigungen, Plünderungen, Demütigungen, Zerstörungen und Grausamkeiten der erobernden Truppen der Roten Armee im Osten" hergetrieben wußte, welche ihm von der Propaganda schon "als eine überwältigende Vorerwartung" beigebracht worden und nun von der Wirklichkeit - erfahren "im eigenen Erleben oder durch Berichte" belegt - bereits bestätigt war und dauernd eingeholt zu werden drohte; die Deutschen, welche zum letzten Abwehrkampf motivierbar waren, schienen damit zu den Opfern der Gewalttaten präpariert zu sein, die sie statt aufzuhalten auf sich gezogen hatten (Niethammer, 1990: 127). Als die "Opfer jener bestialischen Unberechenbarkeit, die ...[wir] als subhumane Kehrseite slawischer Dumpfheit und Emotionalität" annahmen (127), verlangten wir den Russen die zu sein ab, als die wir uns sie immer vorstellen mochten. Dabei verlangten sie uns genau die zu werden ab, als die wir *sie* uns eben in Rußland vorgestellt hatten: nur als Opfer konnten sie sich *uns* also vorstellen, so nahmen wir ihre Rache an (vgl. Bartov, 1991: 196; Foitzik, 1999: 52f).

"Der Ruf 'Die Russen kommen' wurde zum Schreckensfanal im ganzen Osten. Natürlich hatte das mit Rache zu tun, die die Soldaten der Roten Armee jetzt für die von Deutschen 1941 bis 1944 auf sowjetischem Boden begangenen Verbrechen übten" (Hillgruber, 1986: 35), das wußten die Deutschen, welche sich den Meldungen von der Front nicht verschlossen hatten. Daß sie jetzt Opfer werden konnten, bedeutete auch eine Entlastung von ihrer eigenen (Mit-)Täterschaft, nicht unbedingt die Anerkennung begangener Schuld, eher die Hinnahme erlittenen Schicksals. Der Krieg erschien nun gleichsam als eine Verstrickung der verfeindeten Völker, in der jeder Täter und Opfer zugleich sein konnte, am Ende immer nur Opfer war; dafür war *Stalingrad* paradigmatisch geworden, daß es die Hölle schien, in der es nur noch Verdammte gab: als Tote oder vom Anblick des Todes Gezeichnete hat man sich die (und den) Russen gleich gemacht. Als von ihrer Erinnerung an erlebtes Grauen Getriebene sah man sie diesen Druck entladen: "die Abreaktion des ungeheuren Aggressionsstaus, der sich bei den russischen Soldaten angesammelt hatte, führte, als man sich nun auf deutschem Boden befand, zu einer Welle von Vergewaltigungen" (Glaser, 1995: 64). Noch heute läßt sich die Darstellung des Eroberungszuges der Roten Armee kaum anders begreifen denn als Reflex (und nicht Reflektion) auf die Rationalisierungsversuche der damals von ihr Überfallenen, welche die Präsenz einer überwältigenden *Masse* von *Russen* mit der eingeschliffenen Vorstellung eines unkontrollierbaren Naturereignisses (Sturm, Lawine, Welle, Flut) kurzschlossen. Die Invasoren ließen ihren Emotionen und Trieben natürlich freien Lauf, da sie nicht imstande (und willens) waren, sie einzudämmen: "ohne besondere Befehle vernichtet der bolschewistische Mensch alles, was seiner sowjetischen Erfahrung unbekannt ist", hieß es in einer Analyse der Wehrmacht vom Frühjahr 1945 (zit. nach: Zeidler, 1996: 153). "Die Rotarmisten waren berauscht vom Sieg, waren berauscht vom Erlebnis der westlichen Zivilisation - und sie waren im buchstäblichen Sinn berauscht ...: zwischen Trunkenheit und Gewalttat bestand in der Regel ein Kausalzusammenhang." (Kuby, 1965: 314) "Nach diesem Bild", welches

sich durch viele Einzelschilderungen verdichtet, "ähneln 'der Iwan' entweder einem betrunkenen Gewalttäter mit mongolischem Raubtiergesicht oder einem uniformierten Menschenaffen, der Radfahren will und es nicht kann, der einem Auto Fußtritte versetzt, wenn es nicht fährt, der Federbetten aufschlitzt und sich in den Federn wälzt und einen Mann mit 'Professor' anredet, wenn in dessen Wohnung zwanzig Bücher stehen" (298). Das deutsche Überlegenheitsgefühl gegenüber den Russen konnte sich im Frühjahr 1945 also als Mitgefühl behaupten: dadurch, daß man ihnen als sozusagen Minderbemittelten möglichst verständnisvoll entgegentrat, eben von oben herab, wie berichtet wird: "Wenn Berlinerinnen sich in den oberen Stockwerken hoher Häuser versteckten, waren sie vor Vergewaltigungen ziemlich sicher: in der Mehrzahl waren die Sowjetsoldaten in einstöckigen Holzhäusern aufgewachsen; hohe Steinhäuser kamen ihnen unheimlich vor." (Kuby, 1965: 299; vgl. Naimark, 1995: 115) Das Kulturgefälle zum Westen schienen sie nicht so schnell erklimmen zu können.

Wer mithin seine Einsicht in den offenbarten Volkscharakter der Russen bewahrte, also Rücksicht auf ihre (vermeintlichen) Eigenschaften nehmen konnte, mochte wohl nicht sicher, aber wahrscheinlich ihren kaum berechenbaren Plünderungs-, Beschlagnahme- und Verschleppungsaktionen (schlimmstenfalls der Deportation nach Sibirien) entgehen, ja sogar bald zu einem trickreichen oder verschmitzten Umgang mit ihnen gelangen, sich gar mit ihren plumpen Annäherungsversuchen oder unbeholfenen Vertrauenserweisen anfreunden können: "oft ist man [dann] über ihre Emotionalität und Hilfsbereitschaft überrascht, zugleich erscheint aber ... die Kluft zu ihrer Primitivität unüberwindlich" (Niethammer, 1990: 126). Als Russen sind sie liebenswert wie Kinder oder Tiere. Persönliche Beziehungen zu Sowjetbürgern, welche (als Zwangsarbeiter) die Deutschen bislang nur auszubeuten gelernt hatten, konnten sie 1945 vor allem dadurch auch emotional befriedigen, daß sie politisch und ökonomisch profitabel waren. Man mußte sich damit abfinden, daß die Russen Deutschland mittelfristig beherrschen wollten; sie als Besatzungsmacht anzuerkennen, hieß dabei nicht, sie für dazu befähigt zu halten. Viele Deutsche glaubten in der ersten Nachkriegszeit, ihr Arrangement mit den Russen zu deren Beeinflussung ausnutzen zu können. Sie wollten sie wohl immer noch für Fremde halten, dabei aber nicht mehr ihre Unberechenbarkeit fürchten müssen.

Durch das, was im Osten geschehen war, wurde die "Identifizierung mit den ... Siegern - und das hieß ja ...: mit der Sowjetunion, mit der Roten Armee - ... undenkbar" (Hillgruber, 1986: 23f); mit ihnen auszukommen mußte dennoch möglich sein - den Deutschen sollte das von Deutschen beigebracht werden. Am 30. April 1945 landete wenig östlich der Oder ein Flugzeug, dessen Passagiere sich nicht als Invasoren begriffen; es waren zehn deutsche Kommunisten, welche die Mission zu erfüllen trachteten, ihre Landsleute davon zu überzeugen, "daß die Sowjetunion den deutschen Antifaschisten und Demokraten nach der Zerschlagung der Hitler-Armee selbstlos helfen würde, ein neues demokratisches Deutschland aufzubauen" (Leonhard, 1990: 418). An diesem 30. April 1945 hatte Hitler ihr ideologisches Programm erfüllt - freilich auf seine Weise: im Horizont seiner Ideologie hatte sich der Präventivkrieg gegen das von den Russen getragene bolschewistische System gelohnt, indem er bewiesen hatte, daß die Deutschen ihn zu gewinnen nicht wert waren - da sie noch dem Kapitalismus unterworfen waren, der sich im faschistischen Krieg endgültig ausgewirkt hatte, wie es die Kommunisten sicher (vorher)gesehen hatten (vgl. Furet, 1996: 286f). Kein Deutscher mehr konnte Führer dieses Volkes sein; Hitlers Vorsehung lag am Ende

darin, daß der Bolschewismus über es kommen würde. Hobsbawm (1995: 225) bemerkt: "Der wirkliche Effekt von zwölf Jahren Nationalsozialismus war übrigens, daß nun weite Teile Europas der Gunst und Gnade der Bolschewiken ausgeliefert waren" - darunter der Teil Deutschlands, den man früher Mitteldeutschland nennen konnte. Die Bolschewiken, die deutschen Kommunisten mit ihnen, hatten jetzt zu beweisen, daß sich ihre Gegenwart in Deutschland nicht zu dem Unheil auswirkte, das Hitler in ihnen stets verkörpert sah.

Wir Deutschen haben die Russen in unser Land gezogen; daß dies unsere Rettung, nicht unser Verderben sei, hatten jene Kommunisten uns (als Demokraten) klar zu machen - sich darum zu sorgen, für uns eine Geschichte mit den Russen zusammen zu bekommen, die als ein Versprechen für die Zukunft aufzunehmen wäre. Wir hätten das Ende des Krieges als eine Befreiung begreifen können, wenn wir die Sieger ihn auch *für* uns gewinnen gesehen hätten. Doch die Russen schienen zuerst nur als Sieger *über* uns hier zu sein.

2 *Die deutsche Teilung – was der DDR übrig blieb*

Während seit Herbst 1944 im Westen eine nach der anderen deutschen Stadt der anrückenden amerikanischen Militärmacht zur Besetzung übergeben wurde, nahmen die Russen den deutschen Osten in Besitz, indem sie die verängstigte oder verhetzte Bevölkerung austrieben. "Jede Stadt, jede Siedlung, jede Landschaft, die die deutschen Truppen beim Zusammenbruch der Ostfront im Winter 1944/45 aufzugeben gezwungen waren, war in einem ganz elementaren Sinne für immer für Deutschland und für seine deutschen Bewohner verloren", klagt Hillgruber (1986: 62); seiner Aussichtslosigkeit wegen schreibt er dem Ringen der ostdeutschen Bevölkerung um die Heimat eine tragische Größe zu; den Westmächten aber wirft er den Kleinmut vor, die Gebiete östlich der Oder und der westlichen Neiße dem unmittelbaren Herrschaftsbereich der Sowjetmacht überlassen zu haben, faktisch also den (territorialen) Verhandlungsgrundsatz von Teheran und noch Jalta preisgegeben zu haben: mit der "Berliner Deklaration" vom Juni 1945 beschlossen die Alliierten, nicht mehr das Reich in den Grenzen von 1937, das lediglich der von Hitler in seiner Vorkriegszeit unternommenen (damals von ihnen hingenommenen) Einverleibungen entledigt war, sondern ein stärker beschnittenes Deutschland als ganzes ihrem Besatzungsregime zu unterstellen (Schwengler, 1995: 188f); die Ostgebiete waren längst der polnischen Verwaltung übergeben oder zu russischem Territorium erklärt und mit den Menschen aufgefüllt worden, die ihrer weit östlicheren Heimat entwurzelt worden waren.

Die seit dem Kriegseintritt der USA auf den alliierten Gipfelkonferenzen koordinierte Deutschlandplanung wurde im Hinblick auf den deutsch gewordenen Osten also von der durch die Kampfhandlungen eingetretenen Faktizität überholt, die sie eigentlich zu bändigen trachtete; die Festlegung von Besatzungszonen, durch die sich die Alliierten ihre Verantwortung für das Deutsche Reich teilen wollten, hatte bezwecken sollen, "die Besetzung nicht den Zufälligkeiten des Eroberungsstandes am Tage der Kapitulation zu überlassen" (Eschenburg, 1985: 39). Daß dabei das "westliche Interesse ... über Nordwest- und Süddeutschland" nicht hinausging (Hillgruber, 1986: 61), war freilich dem Part geschuldet, der den Angloamerikanern aus geographischen Gründen bei der Niederschlagung des Reiches zufiel. So war der Macht, die Deutschland unter großen Opfern vom Osten her erobert hatte, dort mehr zuzugestehen als die Einrichtung von Soldatenfriedhöfen; der Wille der Russen, das Land, aus dem die Deutschen fast restlos ausgetrieben waren, vom Osten her neu zu besiedeln, wurde akzeptiert. Nordostpreußen konnte somit wie die Gebiete, die Stalin mit dem Pakt von 1939 in sein russisches Reich eingegliedert hatte, zum traditionell (ost)slawischen

Siedlungsraum (zurück)erklärt werden, der nun endgültig dem deutschen Drang nach Osten entzogen sei (vgl. Schulze Wessel, 1995: 343ff).

Die Abtrennung der Ostgebiete konnte als eine deutsche (im Kern preußische) Teilung aus unserem Bewußtsein treten, da sie die Möglichkeit der Einheit der übrigen zwei Drittel Deutschlands begünstigte; das Rest-Territorium, auf dem sich die vertriebenen mit den übrigen Deutschen vereinigten, wurde zur restlosen Projektionsfläche alliierter Ordnungsvorstellungen und deutscher Zukunftsentwürfe. Die Teilung dieses Landes tauchte seit 1945 in der politischen Programmatik keiner großen deutschen Partei auf, und die Alliierten waren schon am Tag der deutschen Kapitulation von einstigen Aufteilungsabsichten weit entfernt gewesen; freilich stellte der "deklarierte Verzicht Stalins auf eine 'Zerstückelung Deutschlands' ... nicht die Gebietsabtrennung im Osten in Frage, sondern bezog sich ausschließlich auf die innere Neuordnung der vier Besatzungszonen" (Schulze Wessel, 1995: 348). Die Erfüllung des Verlangens, "Deutschland für die Zukunft unschädlich zu machen" - so die Zielvorstellung des sowjetischen Außenministers Molotow 1943 (zit. nach: Eschenburg, 1985: 38), die als Linie der sowjetischen Nachkriegsplanung gelten kann (vgl. Laufer, 1995: 311, 317, 319, 327 und 331) -, wollten alle drei als eine Gemeinschaftsaufgabe wahrgenommen wissen, wobei ihnen die jeweils eigenen Pläne für und Ansprüche gegen dieses Deutschland als Ganzes durchzusetzen wichtig war; Demokratisierung war das gemeinsame Vorhaben gewesen, das sich dann allerdings als sowjetischer Gesellschaftsentwurf anders auszuwirken drohte als es im westlichen Verfassungsverständnis angelegt war (vgl. Eschenburg, 1985: 47; Geyer, 1985: 55). Die vierten, die in den Kreis der Sieger aufgenommen worden waren, die Franzosen, von denen mancher Deutschland so sehr liebte, daß er sich mehrere davon wünschte, ließen von ihrem Begehren nach einem eigenen Stück Deutschland erst vollends ab, als das Auseinandertreten der Demokratievorstellungen sie eindeutig an die Seite der Angloamerikaner zwang.

Als es um Freiheit oder Gleichheit, Republik oder Diktatur ging, schieden sich die Geister. Als Funktion dieses Systemkonflikts erklärt der Ideengeschichtler Nolte (1985: 559) die Teilung Deutschlands für "so unvermeidlich, wie nur je ein historisches Ereignis unvermeidlich war", da die "USA und die Sowjetunion ... lebenskräftige Systeme und authentische Ideologie-Staaten" waren, als sie in Deutschland aufeinander trafen. Diese Ansicht kann die Analyse der Genese der deutschen in der europäischen Teilung nicht ersetzen, sondern nur einen Austragungsmodus des Weltkonfliktes verdeutlichen: seine ideologische Rechtfertigung zog der Westen daraus, daß er die Kriegskoalition mit der Sowjetunion beendet fand, als er sie selber die Prinzipien, um derentwillen er ihr gegen Hitler beigestanden war, nicht nur im Innern, sondern auch nach außen - gegen Staaten, die Hitlers Opfer gewesen waren - mit Füßen treten sah. Mit der Sowjetunion mußte er damit ganz Osteuropa vorläufig für das Projekt einer in freiheitlichen Nationalstaaten organisierten Weltverfassung verloren geben; die Revision der Einsicht, "daß die Sowjetunion als Hauptlasttragende des Krieges [nicht nur] nicht aus den Grenzen von 1941 zurückgedrängt werden könne" (Schulze Wessel, 1995: 331), sondern sich auch einen ihr vorgelagerten Einflußbereich in Ostmittel- und Südosteuropa organisieren dürfe (vgl. Meissner, 1995: 11; Hacker, 1983: 142-162), hätte tatsächlich einen Krieg bedeutet, den niemand zu führen bereit war; als Resultat ihres Sieges über Hitler war der Sowjetunion die Beherrschung Osteuropas nicht mehr streitig zu machen.

Wenn es ein Land gab, dessen Hoffnungen, seiner historischen Zwangslage zu entkommen, damit enttäuscht wurden, so war dies Polen; die polnische Republik, die ihren alten Osten an die Sowjetunion verloren zu geben hatte, wurde zwar mit Gebieten im Westen entschädigt, um sich wenigstens annähernd in die territoriale Größe der Zwischenkriegszeit zurückversetzt zu sehen. Doch während Churchill, der diese ostmitteleuropäische Landkarte zusammen mit Stalin gezeichnet hatte, sich dabei Polen als einen selbständigen Staat in einem europäischen Mächtegleichgewicht vorstellen mochte, suchte Stalin die befreiten Polen aus ihrer Furcht vor einem möglichen deutschen Revanchismus an die Seite der Sowjetunion zu bringen und später zu zwingen. Daß die Sowjetunion (mit der dazu installierten kommunistisch dominierten polnischen Regierung) in der Folgezeit für das überwiegend antirussisch und antikommunistisch, vielmehr westlich und freiheitlich gesinnte polnische Volk als Garantmacht des polnischen Staates auftreten konnte, welche dem fortbestehenden deutschen Gebietsanspruch auf die neuen polnischen Westgebiete entgegenwirkte, ist durch das prononcierte Festhalten der Adenauer-Regierung an dieser Rechtsposition gewiß nicht behindert worden; da Adenauer, während er "gerne auf das polnische Beispiel" verwies, um sein "Vertrauen in das Überleben einer einheitlichen Nation" zu demonstrieren (Gotto, 1974: 37), einer deutschen Einheit das Wort redete, welche die polnische Westgrenze zu tangieren drohte, konnten die Polen sich nicht sicher sein, in einer freien gesamtdeutschen Regierung eine Fürsprecherin ihrer nationalstaatlichen Integrität erwarten zu können. Daß vielmehr die Regierung der DDR sich ihnen als deren Garantin vorstellen konnte, als sie bereits 1950 in der Annahme ihrer Rechtsposition als Nachfolgerin der Reichsregierung für ganz Deutschland die Oder-Neiße-Linie (unter deutlichem sowjetischem Druck und erheblicher Erklärungsnot gegenüber auf ihrem Gebiet untergekommenen Umsiedlern und anderen Nationalbewegten) als "Staatsgrenze" mit Polen vertraglich markierte (Schwengler, 1995: 187; vgl. Dieckmann, 1992: 36; Nolte, 1985: 213), kennzeichnet den Zwangscharakter der Nachkriegsordnung, in der Polens Eigenstaatlichkeit lag - eine Paradoxie der Nachkriegsgeschichte: "Vor allem um der Sicherung dieser Grenze willen war die DDR, als ein ihr vorgelagertes Glacis, ... gegründet worden" (Dieckmann, 1992: 156, vgl. 164) - eine Festung freilich, welche die Polen eher, als sie vor einer realen westlichen Bedrohung zu schützen (vgl. Gotto, 1974: 87), an der Ergreifung der im Westen liegenden Versprechungen des liberalen Systems hinderte, denen sie ständig (im Anblick ihrer Geschichte) zu erliegen drohten. Friedrich Dieckmann (1991: 333; vgl. 1995: 419; 1999: 9) will dies der DDR als ihre historische Aufgabe zugestanden wissen: die Bundesrepublik zur Anerkennung der "europäischen Nachkriegsgrenzen" gebracht zu haben, unter Absehung der innerdeutschen Grenze, die sich dann nämlich erledigte, als wir uns zu dieser Anerkennung durchringen konnten; durch ihre Absicherung der territorialen Integrität Polens hätte die DDR damit immerhin die Voraussetzung für deren politische Ausfüllung geschaffen, die erst durch die europäisch-deutsche Einigung einsetzen konnte.

Die deutsche Teilung im Medium der historischen polnischen Teilungen verstehen zu wollen, taugte nicht viel. Nicht nur daß die Polen sich unter dem Druck der Fremdherrschaft immer einig blieben, eine Nation zu sein, in Deutschland sich aber zwei eigenständige Integrationsmodelle ausbildeten, welche die Deutschen einander entfremdeten, ließ sich gegen die Analogie vorbringen; mehr noch war die Gegenwart Polens, das mit den Ostdeutschen und durch die DDR von seiner Selbstbestimmung

abgeschnitten war, kein Argument für die Einheit Deutschlands, die nur in Freiheit erstrebenswert erschien. Die polnische Frage war seit 1945 erst territorial (leidlich) gelöst; politisch harnte sie der Lösung der deutschen Frage und mit ihr des politisch-ideologischen Weltkonflikts. Die deutsche Frage ist bis 1990 auch eine polnische geblieben; dieser Zusammenhang war durch die alliierten Nachkriegsplanungen angelegt worden.

Wenn Hillgruber (1986: 62) die Westmächte einer "Überschätzung der Rolle ..., die Polen in der Nachkriegszeit würde spielen können", anklagte, so manifestierte er immerhin das Ende der jahrhundertelangen deutschen Polenpolitik, die eine preußische war. Deutschland, Preußen zuerst, ist nach dem Zweiten Weltkrieg durch (und mit) Polen, so hat es Stalin mit Hilfe der Westmächte durchgesetzt, zum Objekt der Politik geworden, die es bis zu diesem Krieg selber betrieben hatte; wenn die Aufteilung Polens allerdings die Stabilisierung eines zum hegemonialen Interessenbereich erklärten Terrains durch Beschneidung seiner partizipatorischen nationalen Selbstorganisation bedeutet hatte, so ließ sich die Auflösung Preußens gerade damit begründen, daß dieser Staat sich nie durch das Maß politischer Partizipation seiner Bürger selbst bestimmt und deshalb die Behauptung seiner Staatlichkeit in der Beherrschung Deutschlands und der ganzen (europäischen) Welt zu verwirklichen gesucht habe. Aber da Rußland sich selber nie als Nation sicher sein konnte (vgl. Geyer, 1997: 278), sondern als Imperium sein reaktionäres Staatsverständnis mit militärischer Gewalt über die Völker Osteuropas auszubreiten suchte, war das negative Preußen-Image - "seit jeher Träger der Reaktion und des Militarismus in Deutschland" gewesen zu sein (zit. nach: Bracher, 1987: 96) - dort gar nicht besonders virulent gewesen; es war der Westen, der Preußen jener Rückständigkeit bezichtigte, die das russische Reich selber im Grunde noch bis zur Gegenwart zu prägen schien. Die Beendigung der Staatlichkeit Preußens, welche die Angloamerikaner noch 1947 formell festzuschreiben drängten, barg in den Augen Stalins ihren Anspruch, das restliche Deutschland unter Wegfall dieses Ballastes nach ihrem, dem westlichen Muster in Ordnung zu bringen (vgl. Schulze Wessel, 1995: 340f); so stimmte er ihr schließlich nur dadurch zu, daß er sich sein Reich (abgesehen von dem territorialen Zuwachs ostpreußischer Gebiete) strategisch alleine an die Stelle zu setzen versprach, die vormals Preußen in Deutschland und zusammen mit Rußland in Polen ausgefüllt hatte. Preußen hatte sich durch die Aufteilungen Polens im 18. Jahrhundert "in die russischste Epoche seiner Geschichte [ein]geführt" (Zernack, 1981: 1620); jetzt war es vollends russisch geworden. Preußen hatte sich gleichsam in Rußland durchgesetzt: es war nun nicht mehr nötig, um Polen zu beherrschen

Wollte man diese Überlegungen weiter spinnen, dann könnte man beobachten, ob die russisch besetzte Zone Deutschlands, nachdem sie ihre gesamtdeutsche Sendung zu erfüllen gescheitert war, sich in ihrem engeren Gebiet darauf konzentrierte, ein preußisches "Staatsmodell" (Willoweit, 1981: 267) auszubilden; die DDR war immerhin der Teil Deutschlands, der in der Mark Brandenburg Reste des preußischen Staatswesens barg, dazu in ihrem Teil Berlins das administrative Zentrum der ehemaligen Hauptstadt. Aus dem Umgang des kommunistischen Staates mit den verschiedenen Schichten preußischer Geschichte, die als Denkmale präsent und als schriftliche Zeugnisse überliefert, folglich neuen Inszenierungen und Zitierweisen verfügbar waren, war also Einiges abzulesen über den veranlaßten Umgang mit der Tradition, die nach der Misere der deutschen Geschichte aus ihrem Erbe zu übernehmen war; zwi-

schen der Sprengung des Berliner Stadtschlusses und der Neuaufstellung des Denkmals Friedrichs *des Großen* Unter den Linden (vgl. Dieckmann, 1992: 217, 22 und 191), ließ sich eine Verlaufsgeschichte ausmachen, die freilich den Schluß offen ließ, ob die DDR ihre Identität mit Preußen (gut) gefunden habe. Immerhin konnte man Anknüpfungspunkte an eine russisch-deutsche Allianz in der Geschichte des preußischen Staates auffinden, welcher die Befreiung vom napoleonischen Joch, dabei von einer französischen Besetzung Berlins, der Waffenbrüderschaft mit den zarischen Heeren zu verdanken hatte: *Tauroggen* war die Konvention dafür (vgl. Schulze Wessel, 1995: 100-107, sowie 373).

Die Fokussierung der Frage, was die DDR von Preußen hatte, auf die ideologische Programmierung von oben, ließ freilich das weite Feld offen, in dem ihr Erfolg oder Scheitern liegen konnte: um den Stellenwert der offiziell propagierten Preußen-Rezeption für das Eigengewicht dieses Staates ermessen zu können, müßte man die Einstellungen seiner Bürger, Mecklenburger und Sachsen auch, obstruieren, welche mit dem Programm der Staatspartei etwas anzufangen hatten; wollte man in ihnen, dem Preußen-Cliché gemäß, nicht nur die Untertanen erkennen, die sich dem zu fügen bereit waren, was ihnen angeordnet wurde (vgl. Garton Ash, 1995: 282), so blieb, die Vehemenz und Permanenz der Anordnungen, welche angestrengt wurden, als Hinweis darauf anzusehen, daß es Grenzen des (Ein-)Verständnisses zu überwinden oder nur zu überdecken galt, die in der fehlenden Identifizierung der Staatsbürger mit dem ihnen zugemessenen Status lag: Objekt von Erziehungs- oder Disziplinierungsmaßnahmen zu sein. "Bei Anstrengungen denkt man gern an Preußen." (Thadden, 1987: 118) Sinnig und auch sinnlich faßbar also schien die Analogie zu Preußen, wie sie womöglich ihre Partei-Elite verstand oder fühlte, in der Konzeption der Herrschaftsausübung und den mit ihr in Vollzug tretenden Ordnungsvorstellungen der DDR zu werden. Der Maßstab Preußens scheint dann freilich im Rückblick gerade kein Stabilitätsfaktor für den Oststaat gewesen zu sein; abgesehen davon, daß dort wohl höchstens "die negativen Züge" des preußischen Charakters, "der harte, zuweilen schneidende Zug des Staates, seine Neigung zu übermäßiger Anspannung seiner Kraft, seine Verbindung mit gewissen herrschenden Schichten einer überalterten östlichen Gesellschaftsstruktur" (Scheuner, 1981: 72), aufzufinden wären, würde man "seiner Eigentümlichkeit als einer staatlichen, nicht aber nationalen, einer eher dynastisch, aber nicht volksmäßig fundierten Macht" (Scheuner, 1981: 32; vgl. Dieckmann, 1992: 23) wegen die Kohäsionskraft dieses Staatswesens heute für schwach erachten, da es kein Verfahren nationaler Willensbildung durch die Partizipation der Staatsbürger ausgebildet hat. Wenn man vom "roten Preußen" der DDR sprach, dachte man der "kommunistischen Diktatur" gerecht zu werden (Bracher, 1987: 115; vgl. Faulenbach, 1995: 253; Fulbrook, 1995: 31; Thadden, 1987: 152), welche ihren Bürgern die Freiheit der Wahl der Lebensweise und der damit verbundenen politischen Orientierung beschneidete, also durch schiere militärische Gewalt, auch noch russische Bajonette, Rückstände aus der Geschichte konservierte, welche (während sie die westdeutsche Gesellschaft etwa an der Seite Frankreichs längst überwunden hatte) die polnische Gesellschaft immer noch bedrücken mußten. Die DDR war wohl, als sie Polen anerkannt hatte, was ihre Rolle im europäischen Staatensystem angeht, nicht mehr Preußen; aber indem sie ihr Land gewissermaßen noch mit Rußland einzwängte, konnte sie den Polen doch "als jenes Preußen, das der politische Erbfeind war" (Koch-Hillebrecht, 1977: 226), erscheinen. Den Westdeutschen, die mit der Präsenz der Russen im anderen Teil Deutschlands

Bedrohungsvorstellungen assoziierten, mochte die DDR als durch das Militär gehaltener Staat vorkommen, der als Preußen erinnerlich war; die Anlehnung an die westliche Welt bewahrte sie davor, wiederum von dem rückständigsten Teil Deutschlands überwältigt zu werden.

"Die preußischen Modernisierungsanstrengungen sind ein Produkt von Preußens Rückständigkeit" gewesen: die Verspätung der Industrialisierung und der Nationalstaatsbildung in Deutschland mußte vom preußischen Autokratismus wettgemacht werden, dem eine Parlamentarisierung seines politischen Systems daher als hinderlich erschien, mag der Sonderwegs-Historiker beklagen (Puhle, 1980: 24, vgl. 36f); von DDR-Historikern hingegen konnte das Modell der Reichsgründung als "Revolution von oben" durchaus affirmiert werden (Brinks, 1992: 278 und 281ff). Das "genuin linke Muster der Preußen-Rezeption, nämlich die radikale, emanzipative Preußenkritik", wie sie einst ein Marx vertreten hatte, war bereits durch Lenin außer Kraft gesetzt worden, der - bei aller Kritik an der Gesellschaftsverfassung Preußens - im Groben den preußischen "Weg einer staatsbedingten ökonomischen Entwicklung ... als Vorbild für die planvolle Modernisierung Rußlands" ansehen wollte (Schulze Wessel, 1995: 282f): die Volksmassen mußten sich erst einmal als proletarische Armee formieren lassen. Der Ansicht der DDR als "einer homogen durchorganisierten Produktionsgesellschaft" (Geyer, 1994: 131) war die Einsicht vorausgesetzt, daß ihr Gesetz der Selbsterhaltung das eines "permanenten militarisierten Zwanges" sei (129): der Kommunismus, der vom russischen Militär nach (Ost-)Deutschland zurückgebracht worden war, ist damit der "russischen Verwandlung in eine bürokratische Modernisierungsdiktatur" unterlegen (Niethammer, 1994: 114).

Die These, daß Preußen und Rußland einander strukturell so ähnlich gewesen seien, daß die DDR dadurch - unter russischer Besetzung an preußische Ordnungsvorstellungen anknüpfend - stark zu machen gewesen wäre: freilich nicht als Republik, die bloß mit den preußischen Sekundärtugenden ihrer Bürger rechnen mochte, sondern in der Tat als Diktatur, die ihrem Volk diese Tugenden als ihre eigene Lebensversicherung anerziehen wollte - diese These wirklich zu behaupten, würde die gesamtdeutschen Ambitionen der DDR, da sie gegen die unter den westlichen Lebenswandel (und das darunter liegende Normensystem) gefallenen Rest-Deutschen nicht durch Werbung, sondern nur durch Gewalt durchzusetzen gewesen wären, für unwirklich, jedenfalls illusionär, erklären; ein *preußisches Deutschland*, welches die DDR repräsentierte, wäre in Deutschland nach 1945 als Integrationsmodell und -macht nicht auszudenken, würde vielmehr vollends als (spezifisch *östlicher*) Separatstaat erscheinen: Rückzugsgebiet einer im Westen vergangenen Form und Idee des Staates. Nicht einmal mehr als eines unter mehreren deutschen Ländern war hier Preußen akzeptiert, da es erfahrungsgemäß den deutschen Föderalismus durch seine Stärke nur schwächen konnte; seine Tilgung von der Landkarte, die 1945 auch im Osten stattfand, wo es von Provinzen ersetzt wurde, war mithin als Bedingung eines künftigen Bundesstaates (wenn nicht bloß Staatenbundes) zu verstehen. Der seit 1949 gewöhnlich als Leiden am Vaterland konservierte Tatbestand, daß Deutschland die kommenden Jahrzehnte nur als territorial- und verfassungsstaatlich unbestimmte Idee, nicht aber als ein einheitlicher Nationalstaat zu existieren in der Lage war, konnte zunächst einmal als eine Normalität der deutschen Nationalgeschichte begrifflich sein, die jedenfalls nicht auf das *Dritte Reich* hinwies. In der Tat ist die Tradition der deutschen Mehrstaatlichkeit in das Selbstbewußtsein der westdeutschen Teilnation und die Verfassung ihres Staates

eingegangen; der Ostzonen-Staat aber meinte bald seine Zusammensetzung aus Ländern verleugnen zu müssen, da diese sich eher als gesamtstaatliche Orientierung im Rahmen des westdeutschen Verfassungsverständnisses auszuwirken drohte (vgl. Naimark, 1995: 299) denn als Element seiner Selbständigkeit als Kernstaat (vgl. Kreuzberger, 1996: 163).

Die DDR als "Saxoborussische Sozialistische Republik" (Dieckmann, 1992: 23, vgl. 1991: 201) wahrzunehmen, hieß gerade nicht, ihre innere Verfassung als föderale annehmen zu können, vielmehr eine Tiefenschicht auszugraben, die nicht nach einem freien Zusammenschluß aussah; zudem fand die Auffassung, daß sich in Ulbrichts DDR unter "sächsischer Dominanz" die Gestalt eines "sächsisch-preußischen Zwangsbündnisses" herausgebildet habe (Dieckmann, 1992: 24), allenfalls in der Herkunft des Mannes, der über zwei Jahrzehnte lang die politische Szenerie des Oststaates beherrschte, eine Bestätigung, nicht in seiner Ausstattung: die Idee, die DDR als einen sächsisch beherrschten Separatstaat (womöglich mit der Hauptstadt Leipzig) zu inszenieren, wollte Ulbricht nicht kommen - eher mag sein Regime gerade gegenüber den Sachsen (und der Stadt Leipzig) als die Rache an denen begreiflich sein, die für ihn nie freiwillig zu haben waren (vgl. Stern, 1963: 41; Dieckmann, 1991: 50). Die DDR mochte sich sächsisch anhören, da jene Sprachfärbung, die ihren Süden prägte, durch eine durchaus politisch gesteuerte Migration sich auch im Norden festsetzen konnte: die Präsenz des Sächsischen in dem Berlin, das als Hauptstadt der DDR fungierte, verweist schließlich auf den Zentralismus, der sich schon in der preußischen Geschichte ausgewirkt hatte. Der preußisch-sächsischer Antagonismus löste sich in einem Staat auf, den ein Sachse von der preußischen Hauptstadt aus regierte; die Sachsen waren zur Autokratie gezwungen, durch Preußen russisch geworden.

Aber Ulbricht wollte die DDR nicht wie einen (russisch besetzten) preußischen Separatstaat aussehen lassen; sie sollte schlicht, einfach und überzeugend deutsch erscheinen, da sie die Gestalt des ganzen Deutschlands präbendieren wollte. Die Separierung Deutschlands in zwei Staaten ihrerseits als Föderalisierung zu bezeichnen, hieß diese Teilstaaten als Hervorbringungen eigenständiger, sicher nicht mehr dynastischer Linien, sondern demokratisch-partikularistischer Bewegungen zu begreifen; jedoch lag nicht einmal (wie noch unter Napoleon) ein strategisch notwendiges Interesse vor, sich im Zaum haltende Partikularstaaten zu installieren: die deutschen Teilstaaten stellten sich als eher taktisch notgedrungene Resultate der europäisch-atlantischen Großmachtpolitik heraus. Die Behauptung, daß Adenauer auf der einen wie Ulbricht auf der anderen Seite diese Politik betrieben hätten, die zwei deutsche Staaten ergab (vgl. Bender, 1989: 146ff, und 1996: 149ff; Dieckmann, 1992: 156), ist also ziemlich absurd; gleichwohl gelang es beiden auf ihre je eigene Weise, die Grenzen des jeweiligen Teilstaates als Rahmen ihres politischen Handlungsspielraums bzw. diktatorischen Verfügungsraumes zu akzeptieren und auszufüllen.

Der Wille und die Überzeugungskraft, mit denen der Bonner Kanzler den "nicht von Rußland besetzte[n] Teil Deutschlands" (zit. nach: Loth, 1994: 217; vgl. auch Dieckmann, 1999: 10) als eigenen Staat zu begründen vermochte, hat man gerne einer Renaissance seiner rheinisch-separatistischen Gesinnung der zwanziger Jahre zugeschrieben, welche die Anlehnung an Frankreich der Zugehörigkeit zu Preußen vorzog (vgl. Griffith, 1981: 75). Mit Teilungskonzeptionen, die (sich) mehrere Staaten an die Stelle des das europäische Staatengefüge zu schwer belastenden Deutschen Reiches

einrichten, dabei jedenfalls den preußischen Kernstaat jenseits der Elbe (freilich auch diesseits der Oder) belassen wollten (vgl. Eschenburg, 1985), mochte er 1945 noch gerechnet haben; aber daß Frankreich, kein Alliiertes der ersten Stunde, allein zu schwach war, das Rheinland an sich zu ziehen, da die Sowjets und auch die Amerikaner (sich) einen deutschen Einheitsstaat zu bewahren trachteten, dessen territoriale Integrität im Westen gesichert sein sollte, war rasch einzusehen; da es überdies den Briten genügte, den preußischen Staat durch die Abtrennung der Ostgebiete niedergeschlagen zu wissen, war ein Preußen einbindendes System deutscher Mehrstaatlichkeit nicht mehr in Erwägung zu ziehen. Adenauer war Realist genug, um zu erkennen, daß sich vom Westen aus Deutschland als ein Staat nur durch die Hilfe der von den USA geführten Mächte wieder aufrichten ließ, gerade weil die Sowjetunion ihrerseits darauf bestand, ein Zugriffsrecht auf das gesamte übrige deutsche Territorium und seine Ressourcen zu besitzen, das sie sich zunächst auch nicht dadurch abhandeln ließ, daß ihr sein östlicher Teil uneingeschränkt und endgültig als Beutestück zugestanden blieb. Erst als sich das Ziel der USA, das ganze Deutschland innerhalb eines ungeteilten Europas ihren welthandelspolitischen Optionen verfügbar zu halten, als in ganz Deutschland und Europa akzeptierter Anspruch herausstellte, da autochthone kommunistische Bewegungen sich so gut wie nirgends selbständig durchsetzen konnten, reduzierte die Sowjetunion ihre machtpolitischen Ambitionen, die zuerst noch als sicherheitspolitische Erfordernisse verständlich schienen, auf die Stabilisierung jenes Terrains, das sie der deutschen (faschistischen) Vorherrschaft entrungen hatte (vgl. Loth, 1989: 27-73); daß aus diesem *Zwischeneuropa* kein Transitorium zwischen Ost und West, sondern ein militärisch und ideologisch an die Sowjetunion geketteter Schutzschild gegen den Westen wurde, konnte dieser immerhin noch als ideellen Erfolg verbuchen, den Beweis der Attraktivität durch Universalität seines (Normen-)Systems, das die Sowjetunion zu fürchten hatte. Die ihr vom Westen im Verlauf von 1943 bis 1945 zugestandene Eingrenzung der als traditionell russisch zu begreifenden Interessensphäre konnte diese Furcht nicht beschwichtigen; die Sowjetunion ließ auf der Linie, die in Jalta - dies wurde zur "beherrschenden Kurzformel für die Teilung Europas" (Garton Ash, 1995: 14) - vorgezeichnet wurde, einen "Eisernen Vorhang" nieder (Hoensch, 1977: 29; Nolte, 1991: 334) - das Symbol der Unfähigkeit, ihre ideelle und erst recht wirtschaftliche Kraft, die durch Stalins Kollektivierung zurückgeschnitten und durch Hitlers Krieg verbrannt worden war, der offenen Konkurrenz mit den westlichen Angeboten aussetzen zu können, die als Magnet zu wirken begannen.

Daß Adenauer, der die in Westdeutschland realisierte Option deutscher Politik verkörpert, bereit war, die Freiheit eines großen Teils der Deutschen, die sie nur an der Seite des Westens, in scharfer Abgrenzung von den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen der Bolschewisten, erfahren sollten, der Einheit aller Deutschen vorzuziehen, die also nur in den vom Bolschewismus (voraus)gesetzten Grenzen wirtschaftlicher und politischer Freiheit stattfinden hätte können, war zuerst seiner Überzeugung von der normativen Stärke des westlichen Systems zu verdanken, die durch politische Partizipation durchzusetzen war. Anstatt durch die Abtrennung der linksrheinischen Gebiete das Land zwischen Rhein und Elbe dem Druck der Veröstlichung preiszugeben, welcher von der sowjetischen Zone ausging, schien ihm durch die Zugehörigkeit des Rheinlandes (und Westfalens) zu einem deutschen Einheitsstaat die Anbindung der übrigen von den Russen unberührten Teile Deutschlands an den Westen gewährleistet zu sein. Diesen Entwurf als *rheinisches Deutschland* zu bezeichnen,

wäre nur insofern legitim, als er das rheinische (zumal katholische) Element im Gesamtstaat wohl gerne (auf Kosten der preußisch-protestantischen Reichsteile) gestärkt sah: Nordrhein-Westfalen ist in formaler Hinsicht das Preußen der Bundesrepublik geworden, des ersten deutschen Staatsgebildes übrigens, in dem die Katholiken einmal wieder die Protestanten majorisieren konnten. Trotzdem: in der Etablierung des Weststaates ist die Politik Adenauers nicht teleologisch beschlossen gewesen; er hielt dieses katholisierte Deutschland nicht für vollends saturiert, solange die thüringischen, sächsischen und nordostelbischen Gebiete - alle mehrheitlich protestantisch - nicht dazu gehören durften (wenngleich ihm letztere als eine Art deutsches Sibirien vorkommen mochten) (vgl. Griffith, 1981: 79; Loth, 1994: 217).

Daß dort ein *protestantisches Deutschland* übrig geblieben sei, war jedenfalls in den fünfziger Jahren noch anzunehmen; die staatliche "Doppelpolitik von gleichzeitiger Ausgrenzung und Einbeziehung" (Pollack, 1994: 159) erreichte jedoch mit der Zeit ihren Zweck, die Kirche so oder so zu marginalisieren - sie schoß über ihren Zweck hinaus, indem sie die meisten Menschen von jeder Art von Kirchen-Gläubigkeit entwöhnte; "Formen einer besonderen DDR-angepaßten Religiosität, etwa eines Glaubens an den Sozialismus und an die Werte des Fortschritts und des Humanismus" (415f) sind empirisch nicht zu erheben gewesen. "Vielmehr verlor offenbar die Weltanschauungsdimension insgesamt an Bedeutung." (421) Die "zur theologischen Transzendierung der Situation" neigende Kirche (181) adressierte ihre Anliegen nicht mehr an die zu (auf die Bewältigung ihrer "lebenspraktische[n] Probleme" [420] konzentrierten, "sozialer Ordnung und Sicherheit" [423] zugeneigten) Pragmatikern oder Materialisten gewordenen Durchschnittsbürger, sondern an den Staat, der diese dazu gemacht und somit von ihr entfremdet hatte. "Wenn ... die theologischen Überlegungen nur noch auf die Frage ausgerichtet sind, wie die Herausforderungen der Gegenwart bewältigt werden können, beeinträchtigt das nicht nur die Autonomie der Umweltwahrnehmung der Kirche, sondern auch die Selbständigkeit ihrer theologischen Selbstvergewisserung." (331) Die Kirche korrespondierte über ihre ethischen Postulate mit dem Staat, den sie vorfand und befähigt zu finden suchte, diese zu erfüllen: das hieß "Kirche im Sozialismus" (Pollack, 1994: 288ff). Selbst wenn man somit die als obrigkeitsfixiert charakterisierte Haltung der evangelischen Kirche in der DDR einer spezifischen Tradition des Protestantismus in Deutschland zurechnen mochte, ließ sich daraus keine Charakterisierung der Gesamtgesellschaft der DDR ableiten; die Mehrheit ihrer Bürger konnte mit den Alltag transzendierenden Sinnangeboten nichts anfangen; so wird auch die in den achtziger Jahren unternommene Luther-Rezeption, durch welche sich die SED eine "Pflege gewisser obrigkeitsstaatlicher Affinitäten" (und auch "eines Arbeitsethos") versprechen mochte (Brinks, 1992: 253), nur von der Kirche, nicht vom Volk als Appell zur Bündelung der Kräfte für ihre Systemziele verstanden worden sein - dem Volk, darin war die SED einmal durchschlagend erfolgreich gewesen, war der Glaube ausgetrieben worden, sich an Luthers Vorbild aufrichten zu können.

Als Günter Gaus davon sprach, wir lebten "als Nation unter den Kriterien einer Konfessionsspaltung" (Gaus, 1983: 71), spielte er zwar auf die Zeit der Religionskriege an, als sich in Deutschland "die Gegensätze, welche für ganz Europa kennzeichnend waren, zu einer solchen Stärke ... [auswuchsen], daß sie das gesamtstaatliche Leben ... zerstörten" (Nolte, 1985: 24f); aber er nahm nun einen Gegensatz von Glaubenswahrheiten an, die sich nicht im jeweiligen religiösen Bekenntnis manifestierten,

sondern in den unterschiedlichen lebensweltlichen Einstellungen ausbildeten. Da ihre Bürger die DDR als den gemeinsamen "Platz ... für Lebensfreude, Erfolgsgefühle, Glück" annehmen konnten (Gaus, 1983: 71), etablierte sich dort drüben gleichsam ein Alltagskommunismus, der mit den Zumutungen der verordneten Ideologie umgehen konnte, indem er ihre realen Auswirkungen seinen anerkannten Daseinsbedürfnissen möglichst als Zuwendungen anzubequemen versuchte; das aus diesem Umgang mit dem Kommunismus hervorgegangene "allgemeine, breite Bewußtsein der Menschen in der DDR, das *Reaktionen von Klassenlosigkeit* erkennen läßt" (90), konnte dem westlichen Beobachter als ein zurückgebliebenes *deutsches* erscheinen (vgl. 170f), das im amerikanisierten, individualisierten und hedonisierten, Westen verloren gegangen war.

Das Modell der "Konfessionskämpfe" (Nolte, 1985: 394), welche massenhafte Konversionen möglich oder erforderlich machten, ließ sich freilich kaum auf eine Auseinandersetzung übertragen, die man im Auseinanderfallen der im jeweiligen Systemzusammenhang erfahrenen Lebensweisen und erwarteten Lebenschancen, also Erfordernissen des Weiterlebens, kristallisiert sah. Wenn man für die Ostdeutschen also ein Arrangement mit der vorherrschenden Wirklichkeit annahm, konnte man die auffälligen Abweichungen Einzelner vom kollektiv getragenen Lebensmuster als Anpassungsschwierigkeit behandeln, denen immerhin die Flucht in den Westen als Ausweg blieb. Den Grenzübertritt hingegen als selbstbewußte Konversion zu interpretieren, hieß die Grenze zur Scheidelinie der Ideologien zu erklären, von denen nur die eigene den Menschen seinem in der freien Wahl auffindbaren Lebens-Glück überließ. In dieser Dramatisierung nahm jeder, der die DDR floh, für sich die Entscheidung zur Wiedervereinigung wahr, deren normativer Kern im Westen lag; die drüben Zurückgebliebenen konnte man dann nur den Zwängen des diktatorischen Regimes ausgeliefert, nicht eigene Möglichkeiten der Lebensgestaltung wahrnehmen sehen - die Delegitimierung des östlichen Systems schloß die Mißachtung der Menschen ein, die in ihm sich zurecht zu finden suchten.

Die Modellierung der deutschen Teilung im Verlauf des "Kalten Krieges" (Nolte, 1985: 31 und 577), ihre Reduktion auf den in vielerlei Gestalt zu veranschaulichenden ideologischen Systemgegensatz und dadurch ihre Überhöhung, erlaubte beiden deutschen Teilstaaten, sich voneinander abzusetzen und voreinander abzuschirmen, ohne sich vom Ziel der deutschen Einheit als Ideal distanzieren zu müssen; beide nahmen für sich in Anspruch, Deutschland so darzustellen, wie es sein sollte. Je härter die Gegensätzlichkeit und damit die Eigenstaatlichkeit beider Regime sich verfestigte, desto stärker war der Wille zur deutschen Einheit herauszustellen; daß die Einheit nicht realisierbar war, bestätigte ihre ideelle Gültigkeit. Die Ausdehnung der westlichen Staats- und Gesellschaftsverfassung stieß im Osten auf eine Grenze (und umgekehrt), so behauptete (sich) der Anspruch auf die deutsche Einheit. Friedrich Dieckmanns (1995: 442f) elegante Konstruktion der Teilstaaten als "Gegengründungen" zum Bismarck-Reich: "primär von eben den ... Kräften getragen ..., die ... [jenes] zu seinen inneren Feinden erklärt hatte, Katholizismus und Sozialismus", dürfte mithin nicht als die Unterstellung zu verstehen sein, beide hätten partikuläre Systemziele gegen den deutschen Einheitsstaat verfolgt; vielmehr sind beide auf ihre je eigene Weise dafür eingetreten, die Gestalt des Reiches mit ihrer jeweiligen universalen Idee menschlicher Integrität und gesellschaftlicher Integration auszufüllen. Dabei konnte man es allerdings

plausibel finden, von zwei sich bekämpfenden Gestalten des Sozialismus zu reden, die in den beiden deutschen Staaten ihre Repräsentanzen gefunden hatten; in der deutschen Zweistaatlichkeit ließ sich der letzte Ausdruck der Spaltung der Arbeiterbewegung erkennen, so daß der Weststaat (selbst unter christdemokratischer Regierung) als ein *sozialdemokratisches Deutschland* zu bezeichnen war, während im Osten das *kommunistische* vorzufinden war. Der Westen ist darin erfolgreich gewesen, den Kommunismus "auszugrenzen" (Gaus, 1983: 32), solange die Kommunisten in Ostdeutschland ihr in der deutschen Nationalgeschichte angelegtes Werk zu vollbringen behaupteten (vgl. Nolte, 1985: 29). Die vom Kommunismus befreite deutsche Arbeiterbewegung konnte in der deutschen Bundesrepublik mit dem bürgerlichen Staat versöhnt werden; die Sozialdemokratie ist hier nicht nur als parlamentarische Kraft, sondern als politisches Prinzip ein Bestandteil der Verfassung des Gemeinwesens geworden. Der aus Deutschland einst der Welt versprochene, in Rußland verwirklichte, nun allein mit Rußland in einer sogenannten deutschen demokratischen Republik zurückgebliebene Kommunismus erzwang dort die Teilnahme der ihm zugewachsenen, kaum mehr als Bürger zu bezeichnenden Deutschen an einem demokratischen Zentralismus, der in Wirklichkeit ihre freie Willensäußerung unterdrückte.

Die Brüder und Schwestern in der Sowjetzone hätten ihre freie Wahl immer für den Westen getroffen, dessen Prinzip sie war; Adenauer betrachtete die Wahl deshalb als die Voraussetzung der Wiedervereinigung, die er sich von den Russen nicht abhandeln lassen wollte; die pankower Machthaber erkannte er als Verhandlungspartner nicht an, da sie nicht als vom Volk gewählte Repräsentanten gelten konnten. Solange "die Sowjetzone in der Hand Sowjetrußlands ein Faustpfand war" (zit. nach: Gotto, 1974: 8, vgl. 27), mußte mit Moskau über das Schicksal der Zonenbewohner zu verhandeln sein, denen es versagt war, selber ihre Stimme als Staatsbürger zu erheben. Adenauers Deutschlandpolitik erschien folglich weniger als national bornierte Wiedervereinigungspolitik denn als Teil einer Außenpolitik, die sich Handlungsoptionen ausrechnete, welche die internationale Konstellation eröffnete; aus einer Position der Stärke, die im Bündnis mit dem Westen lag, suchte Adenauer der Sowjetunion, deren Herrschaft über Osteuropa er anerkannte, eine begrenzte Entspannung einzuhandeln. Da die Bewohner der Ostzone von ihrer ideellen und materiellen Bindung an den Westen nur unter Druck abzubringen seien, müsse mit einem Zerfall der Zone, ihrem Abfall an den Westen durch Auswanderung oder Aufstand gerechnet werden, der die Auflösung des gesamten sowjetischen Blockes signalisieren könnte (vgl. Gotto, 1974, 90). Ein unter westlichen Bedingungen vereinigt Deutschland würde dagegen eine stabile Grenze gegen den Osten bilden: es hätte kein Interesse mehr, ein anderes Land zum Westen hinüber zu ziehen; die Sowjetunion könnte ihre Weltmachtambitionen auf die ihrem Machtbereich verbliebenen ostmittel- und südosteuropäischen Länder konzentrieren.

Adenauer war zu einer "Burgfriedenspolitik" bereit, welche die Sowjetunion erst einmal ruhigstellen sollte; für die deutsche Ostzone zog er dabei einmal die "Österreich-Lösung" in Betracht; die DDR sollte, so schlug er 1958 überraschend der Sowjetregierung vor, ohne der Bundesrepublik und damit der westlichen Militär-Allianz inkorporiert zu werden, im Innern ein nach westlichen Maßstäben freiheitliches System etablieren dürfen; damit wäre "in der Lösung der deutschen Frage ein Zwischenstadium" eingeschoben worden; "Adenauer war also bereit, *eine Verbesserung des politischen*

Status quo gegen eine Verfestigung des territorialen Status quo einzuhandeln, die das Risiko einer endgültigen Teilung Deutschlands in sich barg" (Gotto, 1974: 37). Es ist kein Zufall, daß Adenauer diese transitorische Lösung nicht mit dem Begriff der "Finnlandisierung" (Bender, 1989: 230; Hassner, 1984: 318) - ein Prozeß, der für die osteuropäischen Länder attraktiv erscheinen konnte, um ein durch die außen(wirtschafts)politische Rücksichtnahme auf sowjetische Interessen begrenztes Maß an innenpolitischer Autonomie zu erreichen - kennzeichnete, sondern mit dem (Vor-)Bild belegte, das Österreich seit 1955 bot. Österreich hatte eine deutsche Geschichte, das machte noch sein Wunsch deutlich, nach Hitler unabhängig von Deutschland zu sein.

Die Zweite Republik verbat sich (anders als die Erste) von 1945 an jegliche Assoziierung an das deutsche Staatsgebiet; den zum Überfall umgedeuteten Anschluß von 1938 erklärte sie zur Scheidelinie gegenüber Deutschland, nämlich Ausgangspunkt des (in der Moskauer Deklaration 1943 bestätigten) Willens zur Eigenstaatlichkeit; die im Staatsvertrag von 1955 eingegangene Verpflichtung zur immerwährenden Neutralität, welche einem inneren Bedürfnis der Österreicher entsprechen mochte, untermauerte die Unabhängigkeit, da sie Österreich nun vollends von der deutschen Frage löste (vgl. Lepsius, 1993: 237f). Österreich war anders, darauf legte 1955 auch Adenauer Wert, denn die "Neutralisierung" (durch einen neuen *Rapallo*-Vertrag) sollte als Option für das ungeteilte Deutschland nicht in Frage kommen (Griffith, 1981: 106; vgl. Gotto, 1974: 11f). Von der Modellierung allein des russischen Teils Deutschlands zu einem zweiten Österreich erwartete sich Adenauer hingegen die Stabilisierung der Westbindung der Bundesrepublik; da er die Ostzone für dem westlichen Politik-Entwurf vorläufig entzogen hielt, suchte er ihr wenigstens ein Transitorium zu eröffnen, dessen Ausgang freilich ungewiß erschien: wäre es der Zone erlaubt, ihre innere Ordnung in freier Entscheidung selbst zu gestalten, könnte sie, statt das Verfassungsmodell des Weststaates abzubilden, im Einverständnis mit Rußland eine Eigenstaatlichkeit ausbilden, welche sie dem Gebot der Wiedervereinigung entfremdete. Dies allein wäre für Österreich die Lösung gewesen, die es der DDR als Vorbild empfohlen hätte: nicht mehr deutsch in dem Sinne zu sein, dem Geltungsanspruch deutscher Zentralstaatlichkeit unterworfen zu sein.

Aus einer westdeutschen Sicht, welche die Freiheit der Einheit vorzog, konnte die Republik Österreich quasi als eine gelungene DDR erscheinen, die uns bei aller freimütig behaupteten Eigenständigkeit nicht unbedingt als Ausland vorkommen mußte, vielmehr dem eigenen Kulturkreis zuzurechnen war (vgl. Erdmann, 1989: 34 und 87), da sie sich wirtschaftlich und kulturell von der Bundesrepublik penetrieren ließ. Die in Österreich öfters auffallende Präention, "das bessere Deutschland" zu repräsentieren (Erdmann, 1989: 77), war als Kompensation der längst eingetretenen kulturellen Hegemonie (West-)Deutschlands zu interpretieren, mit deren Abwehr auch die DDR beschäftigt war. Wenn der zweite deutsche Staat - besonders auf seine als Kulturleistung propagierte Friedens- und Sozialpolitik - der bessere zu sein behauptete, verstand er diesen Anspruch jedoch nicht als residualen, sondern als integralen; Österreich suchte seine Kultur (als die wahre deutsche) gegen Deutschland zu behaupten, die DDR wollte durch ihre Kultur ganz Deutschland für sich einnehmen. Nachdem ihr gesamtdeutsches Werben aber im Westen zwanzig Jahre lang auf taube Ohren gestoßen war, ja ihr eigenes Volk sich die Vereinigung nur umgekehrt als Anpassung an den Westen vorstellen wollte, ging die DDR dazu über, die Einheit der deutschen Na-

tion zugunsten der Entwicklung einer eigenen sozialistischen Nationalstaatlichkeit zurückzustellen; nun wäre auch in ihren Augen die Österreich-Lösung einsetzbar gewesen. Die wohlfahrtsstaatliche Orientierung, welche die Sozial- mit der Wirtschaftspolitik in Einklang zu bringen versprach, konnte aber, anders als im Falle Österreichs, das Eigengewicht der DDR nicht stärken, da die Parteiraison der SED keine ökonomisch vernünftige Bilanzierung und politisch-partizipatorische Kontrolle erlaubte; ein konkordanzdemokratisch legitimierter korporatistischer Interessenausgleich, die Sozialpartnerschaft also, fand im etatistischen (damit doch eher preußischen) Ostdeutschland keine Grundlage, da die Staatspartei die Artikulation divergierender gesellschaftlicher Interessen unterbinden wollte. Die gewisse Lähmung, Trägheit oder Melancholie der Zustände, zufälligen Lebenshaltungen und gemüthlichen Arbeitseinstellungen, die man (samt dem Witz, der darin lag) in der DDR wie in Österreich reichlich impressionistisch (meinetwegen sympathisch) wahrnehmen konnte, taugten nicht dazu, ihr etwas Österreichisches beizubringen: "das gespannte System der parteistaatskapitalistischen Mobilisierungsdiktatur" mußte sich durch eine derart "entspannte Gesellschaft" bedroht vorkommen (Nolte, 1985: 414). Die "Überlebenskunst" ihrer Bewohner - wie einst jene des braven Soldaten Schwejk gegenüber seiner österreichischen Obrigkeit? (Jaworski, 1987: 72; Gaus, 1983: 168) - konnte das Regime in Ostdeutschland nur provisorisch (improvisierend), nicht prospektiv (identifikatorisch) stabilisieren, da sie seine Systemziele offenbar dementierte.

Die Staatsform der DDR verwies auf jenes Preußen, das 1866 mit Österreich auch dessen Lebensweise aus dem deutschen Reich zu drängen getrachtet hatte; ihren Staatszweck aber gewann die DDR 1945 wie das Österreich, das als Ostmark wieder darin eingeschlossen war, aus der Emanzipation von dem durch Hitler zur Explosion getriebenen großdeutschen Reich, das nun als preußisch militarisiertes zu verwerfen war. Allein die Bundesrepublik trat insofern das Erbe des preußischen Deutschlands an, da ihr "Voraussetzungen, Inhalt und Konsequenzen des Nationalsozialismus" - von der DDR "universalisiert" und von Österreich "externalisiert" - zur Bearbeitung überlassen blieben (Lepsius, 1993: 232). Die DDR suchte sich von jenem falschen Deutschland abzusetzen, in dem der Hitler, den die Österreicher dorthin losgelassen hatten, weiter wirksam sein konnte; so blieb die Last der deutschen Geschichte im kapitalistischen Westdeutschland präsent. Uns Bundesdeutsche aber drückte diese Last, wenn wir uns (mühsam) ins Gedächtnis riefen, daß wir zwar als Westdeutsche nach dem Krieg die Diktatur in Freiheit überwinden konnten, als Deutsche aber unser Vaterland so lange nicht befreit glauben durften, wie es unseren Landsleuten im Osten versagt blieb, die Einheit in Freiheit zu wählen; daß die Österreicher, im Angesicht einer gültigen Tradition, ihre Eigenständigkeit behaupten konnten, stand nicht zur Disposition. Das Zugeständnis der Sowjetunion, die DDR dürfe sich als ein weiteres Österreich begründen, wäre einer Rücknahme des Hegemonialanspruches gleichgekommen, den sie als ihr realhistorisch erworbenes Recht verstand - da Österreich für die Sowjetunion nicht freiwillig zu gewinnen war, hatte sie ihren Teil Deutschlands überhaupt unter ihr Regime gezwungen (vgl. Erdmann, 1989: 13); aber auch der Bundesrepublik Deutschland wäre kein gering zu schätzender Abstrich an ihrem transzendentalhistorisch behaupteten Rechtstitel zugemutet worden - sie hätte die Staatsbürger der DDR als Österreicher dem westdeutschen "Alleinvertretungsanspruch" entwachsen lassen müssen, wonach die Vereinigung selbstverständlich nach dem Muster der Bundesrepublik zu erfolgen hatte (Hacker, 1994: 91).

Da die Deutschen in der DDR unter sowjetischem Einfluß letztlich einem Gewaltregime untertan blieben, konnten wir im Westen auf unsere Wiedervereinigung schwören; wir versprachen ihnen, zu uns zu gehören, solange das ihnen untersagt war. Da sie sich kaum zu Gehör bringen konnten, mußten wir nicht auf sie hören; ihre Abstimmung für die Einheit erneuerte sich für uns alleine durch die Bewegung derer, die sich in den Westen absetzten. Jene, die im Osten zurückblieben, waren gezwungen, mit dem Regime zurande zu kommen, das sie dazu zwang. Die Teilung wurde also als die gewaltsam behauptete Abtrennung des DDR genannten Gebietes wahrgenommen. "Die Bundesrepublik war der Kern des künftigen Deutschland, und die Sowjetzone ... Deutschlands Irredenta." (Nolte, 1985: 327) Die Betonierung der Staatsgrenze 1961 bewies, daß das östliche Regime den ihm untertanen Teil des Volkes nur unter Zwang davon abhalten konnte, sich in der offenbar attraktiveren Ordnung einzufinden, in welcher der größere Teil dieses Volkes sich im Westen zuhause fühlte; die Mauer, die der östliche Teilstaat aufstellte, hielt im Bewußtsein der Deutschen die Nation zusammen, welche der westliche Teilstaat erfolgreich darstellen konnte, so glaubten wir. Für die DDR aber sollte der 13. August 1961 die innere Staatsgründung abschließen; anstatt vom Erfolg des Westens, der dessen Aggressivität, nicht Attraktivität demonstrierte, eingenommen zu werden, sollten die DDR-Deutschen in die Pflicht genommen werden, ihrem eigenen Staat zum Erfolg zu verhelfen. Das Thema der DDR blieb die Suche nach dem Grund dieses Staates, der sich nun erst einmal selbst genug sein wollte. Der systematisch hergestellte Kontrastbezug zur Westrepublik, die es (national- und sozialpolitisch) zu überbieten galt, war von ihrer informellen Idealisierung als "Vergleichsgesellschaft" (mit einer "Referenzkultur") (Lepsius, 1993: 216 und 202) dauernd unterlaufen worden; als Konsens der herrschenden und der volkseigenen Meinung kam jetzt heraus, daß der Westen jedenfalls (so oder so) nicht zu erreichen war. Die Leistung des Regimes wäre es nun gewesen, der DDR die Selbstreferentialität beizubringen, in die sich dieser Konsens einbeziehen ließ; dazu hätte es ihren Bewohnern allerdings gestattet sein müssen, sich als Bürger (politisch) einzubringen.

Nachdem also seit 1961 überhaupt keine Volksbewegung aus dem Osten mehr für das Ziel der Einheit eintreten konnte, schwang sich der Westen vollends dazu auf, als Sachwalter der unterdrückten Landsleute aufzutreten. Solange Adenauer den gesamtdeutschen Anspruch des Weststaates gegenüber Moskau durchzusetzen gesucht hatte, waren die Ostdeutschen dem ostberliner Regime unterworfen worden. Davon ging die neue Ostpolitik aus; die Bundesregierung wollte sich nun für das Volk der DDR einsetzen, nämlich die diesem verloren gegangene Handlungsmacht durch ihre Verhandlungen mit den Machthabern ersetzen. Ihre Politik "mochte für die ... Menschen in der DDR gemacht werden, aber man konnte von diesen nicht erwarten, daß sie ihren eigenen Staat veränderten" (Garton Ash, 1995: 268). Alleine der Staatsführung wollte man Veränderungen zutrauen, wenn ihre Furcht vor der westlichen Vereinnahmung dem Vertrauen in die eigene Souveränität gewichen sei - jene Furcht, die sie die Mauer erbauen ließ, wollte man bei ihr abgebaut wissen: die Ostdeutschen würden dem Westen anheim fallen (vgl. Garton Ash, 1995: 222 und 262). Durch die "Anerkennung de facto, aber nicht de iure" (Griffith, 1981: 244), behauptete die Bundesregierung mithin das Zwangsverhältnis zwischen Herrschern und Beherrschten in der DDR (vgl. Garton Ash, 1995: 242), das die Mauer festhielt; jene, die den Zwang ausübten, wollte sie ermutigen, ihn zu mildern, also die Mauer (für wenige) ein wenig durchlässig zu machen; diese, die den Zwang (die Demütigung, um die milde Gabe einer Reise zur

West-Verwandtschaft betteln zu müssen, und das Verbot, überhaupt reisen zu dürfen) erlitten, zu entmutigen, dagegen anzugehen, nahm sie dabei in Kauf. Wer sich am Handel um die "menschlichen Erleichterungen" (Garton Ash, 1995: 239) für die Bewohner der DDR beteiligte, mochte die Schwere ihres Schicksals beklagen - der noch so zufällige Empfang von Almosen aus dem Westen bestätigte ihre "Entmündigung ..., die das Regime im Osten so systematisch betrieben hatte" (307). Nicht daß die Bundesrepublik der Diktatur in der DDR eine äußere Legitimation verschafft hätte, war ihr vorzuwerfen; vielmehr, daß sie es ihr abnahm, sich eine innere Legitimation verschaffen zu müssen. Die DDR blieb eine Diktatur, da ihr Legitimitätsanspruch durch keinen Legitimitätsglauben unterstützt wurde, der sich anders als durch Zwang herstellen ließ.

Die Bundesregierung forderte von den DDR-Machthabern ein, was diese ihrem Volk zu fordern untersagten; als eine Politik der "Stärkung des Regimes, um dessen Griff zu lockern", sollte die bonner Deutschlandpolitik wirken (Garton Ash, 1995: 303; vgl. Ludz, 1974: 53; kritisch Hassner, 1984: 306). Sie markierte mit kleinen Schritten einen Weg, dessen Ziel dadurch nicht eher erreichbar erscheinen mußte, jedenfalls völlig unaussprechbar blieb für jene, denen es zu erreichen untersagt war, die Deutschen in der DDR. "Die deutsche Einheit konnte nur erreicht werden, wenn man aufhörte, sie einzufordern!" (Garton Ash, 1995: 201) - nach diesem Grundsatz der bonner Realpolitik schien die Idealisierung der Einheit, die sich die Ostdeutschen bewahrt haben mochten, den Westdeutschen ziemlich abwegig zu sein. Die ostberliner Führung ließ sich nun jedenfalls das Zugeständnis abhandeln, wieder vermehrt Kontakte zwischen den Deutschen zuzulassen; sie vermochte diese Verbindungen zu kontrollieren. Die deutsch-deutschen Verhandlungen sollten beiden Regierungen als Instrument dafür dienen, ihre getrennten Interessen zu verfolgen; für Ostberlin war die Stabilität der DDR das Ziel, für Bonn der Zusammenhalt der deutschen Nation. Die Bundesregierung aber neigte dazu, im Instrument ihrer Politik das Ziel aufzufinden: nicht mehr in der Stärke der gegenseitigen Abneigung, sondern im Umfang der Verbindungen zur und Verbindlichkeiten der DDR-Regierung sah sie den Zusammenhalt der Nation aufbewahrt, da das Volk der DDR durch diese seiner Meinungsäußerung, der nationalen Option mithin, beraubt war. Also konnte man es - jenseits der einzelnen privaten Begegnungen, in der allgemeinen öffentlichen Meinung - behandeln, wie die Regierung es sich vorgenommen hatte; die Entwürfe, welche der DDR eine Liaison mit Preußen andichteten, in ihr eine Ausprägung des Protestantismus festgesetzt oder eine Linie der Arbeiterbewegung verfolgt sahen, machten in der DDR jeweils "eine andere mögliche Version Deutschlands" aus und betrachteten "das Leben in der DDR [als] eine andere mögliche Weise ..., als Deutscher zu leben" (312). So überzeugt, wie man die DDR solcherart (ab)qualifizierte, so stark verwischte man "die Unterscheidung zwischen Staat und Gesellschaft" (Garton Ash, 1995: 311), "den Herrschenden und den Beherrschten" (Hassner, 1984: 316; vgl. Lepsius, 1993: 219). Man reduzierte die DDR auf die Gedanken derer, die sie führten; als Diktatur (ob preußischer, protestantischer oder kommunistischer Prägung) besehen, stellte(n) sie eine deutsche Möglichkeit dar, die im Westen keinen Grund mehr fand, quasi eine aus der (west)-deutschen Geschichte abgestoßene Figur. Die Existenz der DDR (wenn wir sie nicht als eine Projektionsfläche für bisher unerfüllt gebliebene Vorsätze annehmen wollten) war für uns eine Entlastung (nie eine Bedrohung), da sie uns der historischen Rückstände, die sie allein noch bergen mochte, erleichterte: so fanden wir uns gut damit ab, daß es einen anderen deutschen Staat gab - er ging uns wirklich nichts mehr an.

Deutsche, von denen wir - waren es nicht gerade unsere Verwandten - nicht mehr viel wissen wollten (und konnten), blieben in der DDR zurück; wir waren dagegen zu West-Europäern geworden. Die Auffassung, die Bundesrepublik habe "den Westen von Deutschland separiert", war daher nicht unzutreffend, doch als den Vorwurf, welchen die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands an uns richtete, wollten wir sie nicht annehmen; da wir für uns mehrheitlich den Westen gewählt hatten, ließen wir uns von einer Sekte, die der Sowjetunion dazu gedient hatte, "die staatliche Einheit durch die Separierung ihres Besatzungsgebiets" zu verhindern, nicht vorschreiben, unter ihrer "Bedingung der Übertragung der kommunistischen Herrschaft auf ganz Deutschland", deutsch zu sein: sowjetdeutsch (Sywottek, 1983: 342). Eines war für uns sicher: solange "die gegenüber der Bundesrepublik rückständigen Verhältnisse in der DDR ... als Abbild der sowjetischen" anzusehen waren (308), blieb der real sozialistische Teil Deutschlands vom Westen abgetrennt. Wenn "der konstitutive Teil der 'Realität' die Rote Armee war" (Garton Ash, 1995: 268), dann blieb die SED die Hauptdarstellerin der DDR. Die bonner Deutschlandpolitik der siebziger und achtziger Jahre ließ nun das Bemühen erkennen, in der SED eine ostdeutsche Stimme zum Klang zu erwecken, die nicht unbedingt von moskauer Direktiven übertönt zu werden brauchte (dazu kritisch Hassner, 1984: 317f; Garton Ash, 1995: 252); das russisch-deutsche Mißverhältnis müßte, wenn es auch gegen den Westen sich tiefer als Auseinandersetzung ausdrücken sollte, im Osten Deutschlands sich nicht zur stärkeren Einvernahme auswirken, sofern die SED - ohne der auffälligen "sowjetischen Dominanz" zu bedürfen - der DDR eine "Stabilität" zu verschaffen in der Lage wäre (Garton Ash, 1995: 271). Der Grund ihrer Absicht, mit der DDR eine deutsche "Verantwortungsgemeinschaft" (303) wahrnehmen zu wollen, blieb mithin der Überzeugung verhaftet, mit der Adenauer Moskau im Namen des deutschen Volkes von der DDR abbringen wollte: die Beherrschung durch die Sowjetunion gereiche Ostdeutschland nur zum Schaden (und ihr selber nicht nur zum Nutzen); Evidenzen dafür beizubringen, fiel nicht schwer.

Aber die Sowjetunion hatte in Deutschland den Krieg gewonnen, und durch die SBZ und DDR - Rest des alten, Keim und schließlich Rest des neuen Deutschlands - suchte sie (sich) ihren Sieg zu behaupten. Die DDR blieb von dem Deutschland übrig, mit dem die Russen sich 1945 zurecht zu finden bereit gewesen waren; ihre Existenz sollte in Zukunft der Vorstellung anhängen, die sich die Russen von Deutschland machen wollten. Ihre Abhängigkeit von Rußland, das war die Sowjetunion, war der Deutschen Demokratischen Republik nicht zu nehmen; darin lag die Chance ihrer Eigenständigkeit.

3 Kritik der Sowjetisierung

Die Abhängigkeit von der Sowjetunion war für die Deutschen im östlichen Reichsgebiet zuerst als Unterwerfung durch deren siegreiche Armee spürbar gewesen, die sich hier als Besatzungsmacht einrichtete. Um die Russen 1945 als Brüder im Geiste begrüßen zu können, hätten sie des Selbstbewußtseins bedurft, für das andere, bessere (als Hitlers) Deutschland sprechen zu können, das angesichts ihrer (geradezu körperlich ausgedrückten) Begeisterung für, mindestens Anpassung an das herrschende Nazi-Regime und der folgenden (auch körperlich erfahrenen) Niederlage auszubilden ihnen kein geringes Maß an Selbstverleugnung abverlangte. Wenigen nur war dieses Selbstbewußtsein also ehrlich zuzutrauen. Alleine *die* Deutschen mochten den Russen verwandt erscheinen, die sich weniger ihrer (verhängnisvollen) nationalen Abstammung entsinnen als ihrer (verheißungsvollen) proletarischen Klasse wegen auffallen wollten; die Rotarmisten begrüßten sie als die Abgesandten einer universalen Macht, der sie sich schon eher zugehörig geglaubt hatten (vgl. Deutscher, 1980: 145f).

"Wohin man auch kommt, mit wem man auch spricht, ... alle behaupten, sie seien Gegner des Hitler-Regimes gewesen. ... Und ... viele bezeichnen sich als Kommunisten. ... Es stellt sich heraus, daß es in der Sowjetunion weniger Bolschewiken gibt als in Hitler-Deutschland", stellte Anton Ackermann (zit. nach: Laufer, 1996: 359) sarkastisch fest, als er im Juni 1945 in Moskau Bericht über "die Stimmung der Bevölkerung" in Deutschland erstattete; jenseits der "unehrliche[n] Beteuerungen" und "Anpasserei des Volkes" erkannte er freilich die Bekenntnisse redlicher "Leute, die ehrlich 10-12 Jahre abgesehen haben seit Beginn der Hitler-Herrschaft ..., die sehr viel durchgemacht haben, aber trotzdem unserer Sache treu geblieben sind"; sie sähen sich "mit dem Einmarsch der Roten Armee befreit ... und ... beginnen ... sehr aktiv zu werden". "Welche Stimmung herrscht bei den Leuten, die aus dem Untergrund kommen, oder die aus Konzentrationslagern kommen, oder aus Gefängnissen? Sie denken so: da die Rote Armee einmarschiert ist, ist klar, daß jetzt die Sowjetmacht errichtet wird. ... Und danach haben sie denn auch gehandelt. Sie exmittierten wohlhabendere Leute aus den Wohnungen und wiesen dort Arbeiter ein. ... In Pirna haben sie ... auch gleich mitgeteilt, daß der alte Gruß 'Guten Tag' abgeschafft wird, und nur noch der alte Kampfruf 'Rot Front' bleibt; der Sonntag wird abgeschafft, arbeitsfrei wird der Freitag. ... In Meißen gab es lauter deutsche Kommissare. Der erste Kommissar der Stadt war der Bürgermeister, sein Stellvertreter - ein Kommissar. Daneben gab es weitere Kommissare für die Industrie, für Versorgung, für Handel, für Finanzen, für den städtischen Wiederaufbau und zur Sozialisierung der Betriebe." (zit. nach: Laufer, 1996: 360; vgl.

Niethammer in: Niethammer/Borsdorf/Brandt, Hg., 1976: 200f; Naimark, 1995: 265ff) Mit der Kollektivierung der Landwirtschaft wurde in den Orten begonnen, wo der flüchtige Gutsherr einfach zu ersetzen war. Als Vorzeichen der Ablösung der alten Honoratioren waren die Umwidmungen von Straßen und Plätzen anzusehen: Luxemburg, Liebknecht und Thälmann standen jetzt dort, wo vorher der Name des einen oder anderen Kanzlers zu lesen gewesen sein mochte; um das Schwarz-Weiß gestutzt, das ihnen nicht mehr gehörig schien, wurden rote Fahnen aufgezo-gen; da die Nationalhymne nicht mehr gültig war, besann man sich auf die Internationale, die auch auf deutsch bekannt war (vgl. Naimark, 1995: 255f). Die zwölf Jahre lang gelähmt gewesenen früheren Kommunisten drängte es, gerade erst zur Aktivität gelangt (und mitunter schon vereint mit den linken Sozialdemokraten), sich deutlich wieder als Kommunisten in Erinnerung zu bringen, zwar mit Gebärden, mit denen sie im Konkurrenz-Kampf gegen die Nationalsozialisten 1933 unterlegen waren; ihr Handlungsstau löste sich in expressiven Gesten auf, die der kommunistischen Parteiführung, die unterdes-sen im moskauer Exil zeitgemäße Handlungsstrategien ausgearbeitet hatte, als schädliche Übertreibungen erscheinen mußten. Der Kampf, den der Kommunismus in Deutschland 1933 vorübergehend verloren hatte, gelangte jetzt von Moskau aus zu seinem geschichtsnotwendigen Sieg; damit dieser Weg nicht als Umweg erscheine, wollten die vom Kommunismus befallenen Deutschen seine vermeintliche Richtung so begeistert annehmen, daß sie ihn eigenständig zu übernehmen tauglich schienen; im Kommunismus nämlich - so deutsch wie sie waren - fanden sie den ihnen eingeborenen Geist. Daher - mit der revolutionären Sowjet-Macht im Lande - war die "Diktatur des Proletariats" am Zuge, so sahen sie es: das Deutschland, in dem die moskauer Zeit, also die Zeitrechnung der neuen Welt herrschte, würde (wie übrigens Polen) sogleich eine Sowjetrepublik sein können (Naimark, 1995: 255, vgl. 254, 266, 380).

Verbreiteter als die Exzesse einer solchen (nicht immer aus antifaschistischer Aktion hervorgehenden) Arbeiter-Opposition waren wohl die bereits einige Jahre lang im Untergrund wirkenden, programmatisch und personell feststehenden und jetzt wirklich selbstsicher auftretenden "Organisation[en], die ungefähr auf der Linie des Nationalkomitees 'Freies Deutschland' ... Intellektuelle vereinigte[n]" (zit. nach: Laufer, 1996: 359). Diese Geister hatte die KPD einst selber gerufen. Das (schwarz-weiß-rot beflaggte) Nationalkomitee, zu dessen Gründung "die kommunistische deutsche Emigration" von der sowjetischen Führung "ihr klassenkämpferisches Programm zugunsten eines 'patriotischen' aufzugeben" veranlaßt worden war (Schulze Wessel, 1995: 334), damit sich die Wehrmachtssoldaten ihr freiwillig ergäben, hatte sich inzwischen als Kopfgeburt erwiesen; seine erhoffte Wirkungsweise, durch die "Zusammenarbeit von Kommunisten und den kriegsgefangenen Soldaten, Offizieren und Generalen der Hitlerarmee ... das grosse Beispiel für die Organisierung des einheitlichen Kampfes in Deutschland gegen den Hitlerkrieg und für die Rettung Deutschlands vor der Vernichtung durch Hitler" zu schaffen (wie es 1945 in einem Unterrichtsmaterial für die Partei- und Antifaschulen in der Sowjetunion hieß [zit. nach: Keiderling, Hg., 1993: 163]), war nicht eingetreten. "Trotz größter Anstrengung ist unser Ziel, unsere ureigenste Aufgabe, der Sturz Hitlers aus eigener Kraft, nicht in Erfüllung gegangen. Unser Ziel ist durch die Armeen der Alliierten erreicht worden. Diese Tatsache [macht die] ... Weiterführung der Tätigkeit ... [eines] Nationalkomitees ... nicht möglich" - dieses Argument der Parteiführung machte sich Wolfgang Leonhard (1990: 475 und 471) ("gegen meine innere Überzeugung") zueigen, als er sich im Namen der KPD um

"die Auflösung eines glänzend arbeitenden Antifaschistischen Komitees in Berlin-Charlottenburg" zu kümmern hatte, das als "Nationalkomitee Freies Deutschland" firmierte. Der Anspruch der Selbst-Befreiung war nicht länger aufrecht zu erhalten.

Für die moskauer KPD-Führung - so Wilhelm Pieck im Januar 1945 vor der Parteischule (zit. nach: Keiderling, Hg., 1993: 158) - war die "*Schaffung von Volksausschüssen* in den Städten und Dörfern, von Betriebskomitees, Soldatenkomitees, bewaffneten Partisanen (Freischärler) in Gemeinschaft mit ausländischen Arbeitern und Kriegsgefangenen" nur bis zum "*Sturz des Hitlerregimes*" auf der Tagesordnung gestanden. Nachdem aber bis zum 8. Mai 1945 von einer "allgemeinen *bewaffneten Erhebung* der *Volksmassen* unter der Führung der Volksausschüsse" nicht die Rede sein konnte, sollte alleine die "*Organisation der Partei*" am Werk sein, die "fortgeschrittensten *Kräfte*" heranzuziehen: "Wir werden in gleicher Front mit der *ruhmreichen Roten Armee* marschieren, teils voraus teils hinterher - wir werden mit ihren Organen in Deutschland zusammenarbeiten und ihnen bei der Durchführung ihrer Aufgaben - bei der militärischen Besetzung behilflich sein. Wir handeln damit auch im Interesse des deutschen Volkes, dem an einer reibungslosen Durchführung der Besetzung nur gelegen sein kann, weil sie dadurch wesentlich gemildert sein wird."(155) Die Mitglieder von lokalen Komitees, die sich der kommunistischen Organisation nicht einfügen wollten, wurden fortan, gerade da sie "bereits vor 1933 einer Arbeiterpartei angehört hatten", von den Agenten der KPD "des Sektierertums" bezichtigt, wenn sie als alte Kommunisten zu weit links abwichen, oder aber "des Reformismus und des Revisionismus" geziehen, wenn sie aus der Sozialdemokratie stammend angeblich rechts verharrten (vgl. Im Zeichen, 1974: 450).

Was die einen voreilig auf die Tagesordnung setzen wollten, glaubten die anderen deswegen fürchten zu müssen: den Sowjetstaat, den einzuführen den Deutschen freilich untersagt war. Denn die Verhältnisse waren nicht so.

Schön wär's gewesen: "Würde Deutschland ein sozialistischer Staat, ein Sowjetstaat - dann würden alle Probleme, an denen unsere Nation krankt, bald gelöst sein. Die bürgerliche Demokratie kann nur einige dieser Probleme lösen. Würde Deutschland ein Sowjetstaat - dann würde keine Clique mehr die Nation für eigennützige Interessen mißbrauchen können. Einen imperialistischen Krieg würde Deutschland niemals mehr führen. Würde Deutschland ein Sowjetstaat, dann würden zum ersten Male, seit es eine deutsche Nation gibt, alle sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen - alle staatlichen Entscheidungen - ausschließlich den Interessen der Nation untergeordnet. Würde Deutschland ein Sowjetstaat - dann würden alle Klassengegensätze und Klassen absterben, und die Einheit unseres Volkes würde gesicherter sein als jemals. Würde Deutschland ein Sowjetstaat - dann würde die feste unzerbrechliche Einheit zwischen allen Deutschen durch keine fremden Imperialisten erschüttert werden können, da der Partikularismus absterben würde. Die rückständige Seite des Preußentums würde fallen, und die gute Seite würde zum Gemeingut aller Deutschen werden. Die Deutschen würden noch bessere Soldaten sein - aber auch als Soldaten Menschen bleiben -, sie würden freie Soldaten und keine Sklaven sein. ... Wenn Deutschland ein Sowjetstaat würde - dann würde die deutsche Nation in ein festes unzerbrechliches Freundschaftsverhältnis mit allen Nationen der Sowjetunion kommen - unsere Nation würde in den großen Bund der sozialistischen Sowjetrepubliken aufgenommen werden können. Der gestärkte Sowjetbund wäre von keiner Koalition kapitalistischer

Staaten zu besiegen." Für Wilhelm Florin, (bald verstorbenes) Mitglied der Exilführung der KPD in Moskau, war es Anfang 1944 (zit. nach: Erler/Laude/Wilke, Hg., 1994: 125-130) also bequem einzusehen gewesen, daß es "für unser Volk ... das allerbeste [wäre], wir würden ein sozialistisches Deutschland, einen Sowjetstaat haben"; "innerhalb Deutschlands" aber, so wußte er bereits, stellte sich "die Lage" anders dar: "Die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse ist zur Zeit schwach, und damit ist die Arbeiterklasse nicht stark genug, die sozialistische Zielsetzung als aktuelle Aufgabe im Zusammenhang mit der Beendigung des Krieges zu stellen. ... Folglich muß die KPD eine Politik machen, um für das Bestmögliche[!] eine gemeinsame Front von Verbündeten zustande zu bringen." Die "Gründe ..., warum die Kommunistische Partei keinen direkten Kurs auf die sozialistische Revolution hat", waren ihrer Führungsgruppe also so "klar" gemacht worden, wie sie der Parteibasis als undurchsichtig erschienen.

"Es gab einige Überraschungen, als Ulbricht den Satz verlas: *Völlig ungehinderte Entfaltung des freien Handels und der privaten Unternehmerinitiative auf der Grundlage des Privateigentums*", erinnert Wolfgang Leonhard (1990: 485) die Resonanz auf den "Gründungsaufruf", mit dem die KPD (nach moskauer Instruktionen) als erste deutsche Nachkriegspartei im Juni 1945 das Licht der Öffentlichkeit erblickte, die für ein Sowjetsystem nicht geschaffen schien. "Der Aufruf wirkte ... eher verwirrend als klärend", so reagierten nach ihrem führenden Funktionär Erich Gniffke (1966: 27) die Sozialdemokraten auf ihn; ihrer Ambition, der Sozialisierung des produktiven Kapitals den Weg zu bereiten, kam ausgerechnet "ein kommunistischer Aufruf, der nicht kommunistisch, noch nicht einmal sozialistisch war", in die Quere: "Die Probleme, die in diesem Aufruf umrissen worden waren, hätten von einer Mittelstandspartei nicht anders formuliert werden können." Damit traf Gniffke den Kern des Angebotes der Kommunisten, für das Zustandekommen einer demokratischen, durchaus auch bürgerlichen Sammlungsbewegung zu sorgen, das den Sozialdemokraten mit einem gewissen Recht als taktisch vorgeschoben erschien, als es 1948/49 vorübergegangen war - übergegangen nämlich in den Anspruch, die Richtung dieser Bewegung vorzuschreiben, sie eigenmächtig zu verändern. Die von der KPD vorgelegten (überhaupt nicht vulgärkommunistischen) Prämissen zu ignorieren, hätte der SPD 1945 allerdings die vollständige Isolation eingebracht; ein Zusammengehen mit der KPD verfolgte sie damals selber mit der taktischen Berechnung, in der einigen Arbeiterpartei ihren eigenen sozialistischen Ansichten zur Mehrheit zu verhelfen (vgl. Malycha, 1996: 43f).

"Nicht der Sozialismus steht auf der Tagesordnung, sondern die Demokratie", flötete Ulbricht (zit. nach Gniffke, 1966: 33, und Laufer, 1996: 368) indes und beschwor zu "berücksichtigen, daß Deutschland weiterhin ein kapitalistisches Land bleibt". Die "Demokratische Republik" war in der Programmatik der KPD seit 1937 der "zentrale Begriff", der die mit "dem Sturz bzw. der Abwehr faschistischer Bewegungen" ausgefüllte "Zwischenphase" kennzeichnete, während welcher von "der sozialistischen Revolution" nicht die Rede sein sollte (Staritz, 1995: 67). Die KPD zog 1945 also den nominell antifaschistisch-demokratischen Bürgerblock der sozialdemokratisch majorisierten Arbeitereinheit vor. "Wenn Hitler, ungeachtet dessen, daß er Hunderte von Kommunisten vernichtet hat, nicht alle aktiven Kommunisten ausrotten konnte, so ist natürlich um so eher die große Mehrheit der Sozialdemokraten verblieben, weil sie nicht aktiv gekämpft haben, nicht in die Konzentrationslager kamen, sich mit dem faschistischen Regime abgefunden hatten, doch sie halten sich sogar für Helden, die

sehr viel ertragen haben, obwohl sie in Wirklichkeit keinen Finger gerührt haben, um Hitler daran zu hindern, sein verbrecherisches Tun zu treiben. Doch diese sozialdemokratischen Massen tauchen jetzt wieder auf", warnte ein führender Kommunist (Anton Ackermann am 7.6.1945, zit. nach: Laufer, 1996: 361) vor den angeblichen Opportunisten, denen jetzt keine andere "gemeinsame Interessengrundlage" als die (wohl populäre) "Feindschaft gegenüber den Kommunisten und der Sowjetunion" zu unterstellen sei. "Wir müssen selbst Hand anlegen in der Schaffung einer solchen Sozialdemokratie, die mit uns zusammenarbeitet", hieß daher die Folgerung eines anderen Kommunisten (Sepp Schwab am 24.4.1944, zit. nach: Erler/Laude/Wilke, Hg., 1994: 168), diese Sozialdemokratie bis zu einem von der KPD und (KPD)SU bestimmten Zeitpunkt zur Vereinigung zuzurichten. Der Vorteil, dabei offensichtlich mit der handfesten Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht agieren zu können, sicherte der KPD die Vorherrschaft in der neuen Partei, deren Fortleben er zugleich aber mit dem Vorurteil belastete, eine Zwangsgeburt zu sein, die Kopfgeburt der fremden Obrigkeit, und sonst gar nichts; zeitlebens hatte die nun einmal als zwangsvereinigt vorgefundene SED auf das Mißtrauen des Volkes zu reagieren, das (danach) auf repräsentativ-demokratische Weise zu befragen sie nicht geschaffen war.

Als der vom KPD- zum SED-Vorsitzenden promovierte Wilhelm Pieck in einer Versammlung der jungen Partei "den Eindruck erweckt [habe], als würde die Partei eng mit der Sowjetischen Militäradministration zusammenarbeiten, ja sogar ihr unterstellt sein", sei der von der SPD ihm im Vorsitz beigeseelte Otto Grotewohl "in seiner Rede gezwungen gewesen zum Ausdruck zu bringen ..., daß die SED eine deutsche Partei sei und keine Filiale der Sowjetischen Militäradministration", berichteten deren Vertreter, die also gewöhnlich die SED-Tagungen beobachteten (zit. nach: Haritonow, 1996: 902). Daß die SED mit der Unterstützung der Besatzungsmacht ihre Unabhängigkeit von ihr zu behaupten hatte, kennzeichnet das Dilemma dieser ihrem Anspruch nach deutschen Einheitspartei aufs Genaueste. Ihre Vertrautheit mit den Russen, die in weiten Teilen der Bevölkerung als anrücklich galt, konnte die Mitgliedschaft in der SED gleichwohl nicht wenigen Menschen als attraktiv erscheinen lassen, ehemaligen SPD-nicht weniger als KPD-Mitgliedern. Vom Arrangement mit der Besatzungsmacht konnten sie sich zwar kaum übermäßige materielle Vorteile, aber immerhin die Ermäßigung der Sorgen versprechen, die ihnen der verlorene Krieg bereitet hatte; wer sich vor Übergriffen sicher glaubte, mochte dann auch die Verbesserung seiner Wohnungslage und sein berufliches Fortkommen in Aussicht nehmen können, um die Selbständigkeit der Lebensführung zurückzuerlangen.

Materielle Vorteile *alleine* durch die Gunst der Russen zu erlangen, bedeutete vor allem, sich einer neuen Form der Selbstaufgabe zu fügen. Mit "den berühmten 'Pajoks', jenen großen Paketen mit Lebensmitteln, Zigaretten, Tabak, alkoholischen Getränken und Schokolade", konnte - so viel war nicht zu verteilen - kaum die Masse der Mitglieder zur Parteitreu angehalten, vielmehr nur diejenigen den Parteiauftrag zu erfüllen gezwungen werden, deren aktive Funktion die Besatzer für "wichtig" hielten, weil sie - als alte Arbeiterfunktionäre in ihrem Wirkungsbereich angesehen - die Strenge der Besatzung atmosphärisch mildern konnten; falls sie der Parteibasis bekannt wurde, dürfte die Verteilung der "Pajoks" ihren Unmut erregt haben, da sie nach der "hierarchische[n] Abstufung" erfolgte, die von oben vorgegeben war und dort unten gar nicht ankam; den in den Genuß von "Pajoks" kommenden Funktionären war also an dem

dadurch von der Besatzungsmacht gewährleisteten "Kaderschutz" gelegen, sie auch vor der Aufdeckung ihrer Privilegierung zu bewahren; wäre ihre "Abhängigkeit von den Russen" nämlich offenbar geworden, hätten die sich materiell (auch von "den Russen") benachteiligt vorkommenden Arbeiter sie nur noch als deren, nicht mehr ihre eigenen, Funktionäre anerkannt (Leonhard, 1990: 609f; vgl. Gniffke, 1966: 59; Pike, 1992: 430; Naimark, 1995: 65). Die Vorzugsbehandlung einiger deutscher Funktionäre durch die sowjetischen Besatzungsorgane machte die Behauptung, daß eigentlich ihre "Interessenlage und Zielstellung ... die gleichen" seien (Doernberg in: Scherstjanoi, Hg., 1993: 39), wenig glaubwürdig; die Korruption stellt eine Verbindung dar (und bloß), welche ideeller Ressourcen, des Vertrauensvorschlusses oder der Vernunftabwägung, entbehren muß; die Zustimmung, die materiell erworben worden ist, macht (andere) emotionale oder rationale Begründungen überflüssig. Der SED-Funktionär, der sein materielles Wohlergehen offensichtlich nur den Russen verdankte, konnte keine anderen als materielle Gründe für die gedeihliche Zusammenarbeit mit ihnen glaubhaft machen. Dafür, ihm nicht zu glauben, genügte mithin, ihm seine bevorzugte Stellung zu neiden; die ideelle Überzeugung, mit den Russen auszukommen zu können, stand gar nicht zur Debatte.

Die Definition eines SED-Funktionärs schloß die Bestimmung seines Verhältnisses zu den Russen ein; selbst die Behauptung seiner Eigenständigkeit war nur unter der Grund-Voraussetzung der Abhängigkeit sinnvoll: die Russen hatten zuerst bestimmt, *wer* in der Ostzone das Sagen hatte - *was* er zu sagen hatte, konnte davon unterschieden sein. Gerade das engagierte SED-Mitglied *begab* sich nicht erst in die Abhängigkeit von den Russen, sondern nahm in der als Kriegsfolge *gegebenen* Abhängigkeit eine Möglichkeit zu handeln an. Es gab nicht nur die Gründe dafür, das Mittun in der SED für verwerflich zu halten, sondern auch Argumente, diese Partei als deutsche (Ver-)Handlungsmacht (mit den Russen) für unterstützungswürdig zu halten; die Geschichte der zur SED übergetretenen Sozialdemokraten wäre gerechterweise als ein Weg der Enttäuschung zu beschreiben, der am Anfang eine Erwartung entsprach, die nicht als hirnrissig abzuqualifizieren ist - so wurde er bedacht und beschränkt. "Weil es mir unter allen Umständen im Interesse Deutschlands nötig erschien, eine Vertrauensbasis zur Besatzungsmacht zu finden, habe ich vom ersten Tage an mir zum Grundsatz gemacht, ohne Vorbehalt mit den Vertretern der SMA und mit den Vertretern der Kommunistischen Partei zu verkehren. Und als die Vereinigung der beiden Parteien organisiert wurde, habe ich mitgemacht, weil ich glaubte, daß auf der Grundlage dieser Einheitspartei das Mißtrauen der Besatzungsmacht gegen die Sozialdemokraten leichter zu überwinden sei. Es war mir klar, daß die Besatzungsmacht ihren ganzen Einfluß ausüben würde, um die Führung in der neuen Partei den Kommunisten zu verschaffen. Aber als Politiker und Marxist wußte ich, daß man Volksbewegungen und Parteiströmungen auch mit der absoluten Autorität einer Besatzungsmacht nicht willkürlich erzeugen kann, sondern sie nur als politische Gegebenheit zu verwerten imstande ist. Da die Sozialdemokraten in der neuen Partei weit mehr als die Hälfte ausmachten und die weitaus größere Zahl der geschulten Funktionäre mitbrachten, konnte es nur eine Frage der Zeit sein, wann sich die Sozialdemokraten in der neuen Partei durchgesetzt haben würden.

Diese Rechnung ist nicht aufgegangen, weil ich die innerparteiliche Demokratie für selbstverständlich hielt, die in Wirklichkeit nicht eine Stunde bestanden hat" - Ende 1948 gelangte dieser ehemalige Sozialdemokrat ("Austrittserklärung von Ernst Thape

vom 29. November 1948", in: Malycha, 1996: 300-307) somit zu der Einsicht, daß die mit seinem Eintreten "für die Einheit der Arbeiterschaft", dem Einschluß in die SED also, verbundene "Hoffnung, daß die UdSSR im eigenen Interesse Wert darauf legt, das deutsche Volk in seiner Mehrheit zu gewinnen, täglich geringer geworden" sei: "Und jetzt ist mir klar, daß man in Rußland Besatzungspolitik nach strategischen und nicht nach wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten macht. Militärs kümmern sich niemals um die Gewinnung eines Volkes. Sie verlassen sich auch innerpolitisch auf die Macht. ... Es ist [aber] für die Zukunft Deutschlands von ausschlaggebender Bedeutung, daß eine deutsche sozialistische Arbeiterpartei die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung auf der Grundlage des freiwilligen Entschlusses ... hinter sich hat. Weil das bei der Struktur der SED niemals eintreten wird, denn eine kleine kommunistische Minderheit beherrscht mit Hilfe der Besatzungsmacht den Apparat, deshalb kann ich nicht mehr Mitglied der SED bleiben." Von diesem Ende her spricht die sozialdemokratische Überlieferung nur noch von der Zwangsvereinigung: als Unterwerfung der Mehrheit demokratisch eingestellter SPD-Mitglieder durch eine kommunistische Führungsschicht. "Kommunistische Funktionäre, die sich als Beauftragte der Besatzungsmacht verstehen, treten arrogant, fordernd und bevormundend auf." (Merseburger, 1995: 257) Die Sozialdemokraten, die zum Schweigen gebracht werden, bilden das Potential des "Volkswillens", der nach Kurt Schumacher allein wieder mit der Gründung der SPD zur Sprache gebracht werden kann (372). An der Rolle Otto Grotewohls gilt allein als umstritten, wann er denn nun "umgedreht" worden sei (291), also nicht mehr als Sozialdemokrat gelten dürfe; unstrittig ist dann, daß sein Kalkül, der SED (deren Design zunächst auch gar nicht kommunistisch erschien) einen sozialdemokratischen Stempel aufdrücken zu können, von vornherein zum Scheitern verurteilt war (und überdies verwerflich, da es nur der Befriedigung seiner persönlichen Ambitionen zuzurechnen sei) (vgl. Meuschel, 1992: 50 und 62f; Merseburger, 1995: 256f und 314). Die Einheitssozialisten sollten schließlich als die "Helfershelfer der sowjetischen Außenpolitik" (Merseburger, 1995: 279) dafür sorgen, daß sich die deutsche Ostzone bereitwillig nach Moskau ausrichtete - ein Unterfangen, das freilich, auf Zwang beruhend (wie zu unterstellen ist), weitaus unkomplizierter durch die geschulte Kaderpartei KPD als mit einer von ideologisch unbestimmten Sozialdemokraten durchsetzten Massenpartei SED zu verwirklichen gewesen wäre. "Die Vereinigung hat uns Verluste gebracht", erklärte der ehemals kommunistische Leiter der berliner SED-Organisationsabteilung: "Die Partei ist zwar größer und zahlenmäßig stärker, insgesamt aber schwächer und passiver geworden. An die Stelle einer Kampforganisation ist nunmehr eine undefinierbare Masse, ein Sammelsurium der verschiedensten Elemente getreten." (zit. nach: Haritonow, 1996: 898f; vgl. Bouvier, 1996: 114)

Das Verlangen, die Organisationsstruktur dieser Partei am kommunistischen Paradigma auszurichten, erwies sich nachträglich (nachdem sich die gesamtdeutsche Option der SED nicht eingestellt hatte) als schwierig zu befriedigen; so war die seit 1947 geforderte Übermacht der "Betriebsgruppen", welche die in den "Ortsgruppen" lokalisierten "sozialdemokratischen Positionen im Organisationsgefüge der SED" bedrohte, für lange Zeit "lediglich auf dem Papier" gestanden (Malycha, 1996: 78-80, vgl. 106). Das strategische Ziel, die Macht innerhalb der SED zu erringen, kann man den moskauer Kommunisten wohl von Anfang an unterstellen, ihr Erfolg dabei ist aber so mühselig gewesen, wie es ihre taktischen Verrenkungen anzeigen. "Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre;

denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistisch-demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk", zitierte Wilhelm Pieck im November 1948 vor dem SED-Parteivorstand (zit. nach: Friedrich u.a., 1995: 393) die Etappenbeschreibung der KPD vom Juni 1945 (vgl. Erler/Laude/Wilke, Hg., 1994: 394): "Heute würden wir so etwas niemals mehr schreiben können; heute hat sich die Lage in Deutschland und in Europa und in der Welt so verändert, daß wir nur unter den erbittertesten Klassenkämpfen ... die Rechte der Arbeiter werden verteidigen und ihnen den Weg zum Sozialismus freimachen können. Damals aber galt es, der großen Scheu, die in den sozialdemokratischen Kreisen vor einer Revolution und vor einem gewaltsamen Wege vorhanden war, Rechnung zu tragen und zu begegnen, und schließlich nicht etwa als Opportunismus und Demagogie, eben auf Grund der Tatsache, daß damals ein Teil Deutschlands von der Sowjetarmee besetzt wurde, war es selbstverständlich, daß hier eine der wichtigsten Forderungen durchgesetzt wurde: Zerschlagung des reaktionären Staatsapparats, Zerschlagung der Militärmacht in Deutschland als der Stützen der Reaktion, mit der sie jeder sozialistischen, demokratischen Entwicklung entgegengetreten würden." Damit waren in Ostdeutschland die Sozialdemokraten in die kommunistische Strategie eingebunden worden, dadurch konnten sie diese Strategie aber auch noch lähmen; die Polemik gegen die westdeutsche Sozialdemokratie konnte der SED jedenfalls nicht als Integrationsideologie dienen (vgl. Wolle, 1996: 270).

Aus der Rückschau von 1948 erwies sich die Anfang 1946 "im Auftrag der KPD-Führung formulierte These Anton Ackermanns über einen 'besonderen deutschen Weg' zum Sozialismus", die "von vielen Sozialdemokraten [in der SBZ] als Versuch wahrgenommen [worden war], die Modellfunktion der Sowjetunion ohne öffentliche Distanzierung von der sowjetischen Besatzungsmacht zu verwerfen" (Malycha, 1996: 58; vgl. Fulbrook, 1995: 33; Pike, 1992: 44), als erledigt - mit der Ackermann-Formel war (für die Kommunisten) durchaus erfolgreich die Integration der ostdeutschen Sozialdemokraten in die neue Einheitspartei zu vollziehen gewesen. "Abgesehen von einem ganz kleinen Teil hundertprozentig moskauhöriger Funktionäre, denen neue Gedanken überhaupt zuwider waren, lösten die[se] Thesen [1946] eine große Erleichterung aus" - damit schrieb (der Renegat) Leonhard (1990: 521) an der Legende, die (den später vom moskauer Ulbricht verstoßenen) Ackermann zum Moskau-Kritiker erklärt. Aber jede "Abgrenzung von der Entwicklung in der Sowjetunion" bezeichnete noch die Abhängigkeit von ihr; das Verhältnis war zu definieren, da es die Richtlinien bestimmte. Mit dem moskauer Startsignal durchlief "Ackermanns These ihren Siegeszug durch die Partei" (521), bis sie erschöpft war. Mit "stalinistischer Verketzerung" (Badstübner-Peters, 1993: 198) ist ihre Einziehung nicht zu begründen; "zeitweilig befürwortete selbst Stalin die Betonung nationaler Besonderheiten" (1997: 298). Stalin war immer wieder anders richtig zu interpretieren, da sich die Welt laufend veränderte: "*Vorsichtige Politik* [sei jetzt] notwendig" (also kein "*Kampf* mit offener Brust u. Wiederhalt [nach dem] Beispiel [der] *Teutonen*"!) - das trug Wilhelm Pieck 1948 aus Moskau heim, dem SED-Zentralsekretariat vor: "Nicht auf [den] *Plan* pochen, sondern differenzieren" solle man danach, "wie [die] werkt[ätigen] Massen um [die] Partei [zu]

sammeln" seien; das bedeutete einen "Weg zum Sozialismus im Zickzack" (zit. nach: Badstübner/Loth, Hg., 1994: 267f). Solange die SED die Westdeutschen noch nicht für einen sowjetophilen (protosozialistischen) Einheitsstaat einnehmen konnte (vgl. Furet, 1996: 520), durfte sie die Ostdeutschen nicht für sich zum Sozialismus zu führen; damit sie dies künftig können werde, sollte erst einmal den Ostdeutschen ihr gutes Auskommen mit der Sowjetmacht anzusehen sein - dafür war ihnen der Treueschwur zur Sowjetunion abzurufen. Also hielt die SED-Führung 1948 "diese Theorie vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus [für] deshalb so gefährlich, weil wir ja - und am exponiertesten Gen[osse] Ackermann - nicht gesprochen haben von einem besonderen demokratischen, einem besonderen friedlichen, sondern von einem besonderen *deutschen* Weg zum Sozialismus" - womit nämlich bedauerlicherweise "dieser antibolschewistischen Hetze Vorschub [zu] leisten" unterlaufen sei, die vom Westen verbreitet werde: "daß man sagt: das ist alles asiatisch, das ist russisch, das geht uns nichts an, wir in Westeuropa und in Deutschland gehen unseren besonderen Weg"; "gefährlich" ankommen könne diese These, da "sogar in den Reihen unserer Partei noch sehr starke Überreste der nationalistischen Ideologie" am Leben seien, welche durch "diese Theorie des besonderen deutschen Weges zum Sozialismus" stabilisiert würden (Fred Oelßner am 15.9.1948, zit. nach: Friedrich u.a., Hg., 1995: 397f). Wo wir sind, ist Deutschland - diese Selbstbehauptung der Einheitspartei immer noch besonders zu betonen, hieße der Vermutung Nahrung zu geben, sie kollidiere mit der Behauptung der russischen Besatzungsmacht, für ihr Deutschland einzutreten. "Diese *These* vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus war ein Zurückweichen vor antisowjetischen Stimmungen", bekannte Ackermann (15.9.1948, zit. nach: Friedrich u.a., Hg., 1995: 382) also in der Öffentlichkeit, um nicht von einer *Theorie* zu reden: "Das war durchaus nicht gewollt."

Wer sich der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zurechnete, wollte dem *Antisowjetismus* keinen Vorschub leisten, der Deutschland schon einmal ins Verderben gestürzt hatte; sich daher zur Agentin eines nationalen Neubeginns erklärend, hatte diese Partei, die sich, vom geringsten Argwohn gegen die sowjetische Herrschaft (in Deutschland) getroffen, *antibolschewistisch verhetzt* vorkam, aber auch (oder nur) als die Partei der Sowjetunion zu gelten: als bolschewistische Partei. Er "trete ... aus aus der 'Partei neuen Typs', richtiger, aus der Ulbrichtschen KPD 1932", erklärte Erich Gniffke (1966: 364-372, in seinem Brief "An die Partei neuen Typus, vorm. Sozialistische Einheitspartei Deutschlands") im Oktober 1948 seinen Bruch mit einer SED, die der eingefleischte Kommunist Walter Ulbricht - vom "Vertreter der KPdSU(B) bei der Administration, Oberst Sergej Tulpanow", unterstützt - durch die "Unterwerfung der Sozialdemokratie" auf den "Separatismus abgestellt" habe, nämlich auf den einseitig "revolutionäre[n] 'volksdemokratische[n]' Weg" der Ostzone. In der Tat war Ulbrichts Strategie von Anfang an abzusehen gewesen: "Er besetzte fast alle Positionen in Berlin und in der Zone mit Alt-, aber noch mehr mit Neukommunisten, schaltete seine Kader dazwischen und belegte jeden Sozialdemokraten, der ihm nicht paßte, mit dem Bannfluch: 'Agent!' " (Gniffke, 1966: 367; vgl. Leonhard, 1990: 439f) Da er die SED nicht von der Mehrheit des Volkes, nicht einmal der Arbeiterschaft, akzeptiert wußte, schrieb er ihr "die 'Aufgabe als Avantgarde" zu, die "sich in der Zusammensetzung ihrer Mitgliedschaft und in ihrem ideologischen Niveau von der Masse unterscheiden" müsse, statt sich ihrer Stimmung anzupassen (*Einheit*, 1948: 779, zit. nach: Malycha, 1996: 88). Die Minderheit sah er vorerst im Recht, das Wohl für die Mehrheit zu defi-

nieren: präziser denn als Umgestaltung zur "Partei sowjetischen Typs" ist die Unterdrückung der sozialdemokratischen Traditionslinien in der SED als Prozeß der *Bolschewisierung* zu bezeichnen, dessen sprachliche Formen (das "Politbüro" vor allem) dem Parteaufbau der KPdSU abgebildet sind (Pike, 1992: 42f; Naimark, 1995: 313). "Seit Bestehen der bolschewistischen Macht, insbesondere nach Auflösung der Konstituierenden Versammlung", ist nach Benno Ennker "die politische Herrschaft im Sowjetstaat auf eine äußerst schmale Legitimationsbasis im Hinblick auf Repräsentation und verbürgte Partizipation der Gesellschaft beschränkt [gewesen]. Die Bolschewiki haben diesen Mangel an gesellschaftlicher Repräsentation durch eine von Repräsentation wohl zu unterscheidende Inkarnation der Arbeiterklasse und ihrer Interessen in der Führung zu kompensieren versucht. Dieser Inkarnationsgedanke, der es erlaubte, die Klasse durch die Partei zu substituieren, war der Kern des Avantgardekonzepts" (Ennker, 1996: 90f). "Was demokratisch sein mochte an einer Sozialdemokratie, die sich nach europäischen Vorbildern orientierte", so hat Dietrich Geyer (1962: 345) früher die bolschewistische Lösung des "Organisationsproblem[s] der russischen Sozialdemokratie" erklärt, "sollte aufgesogen werden von der Autorität einer anonymen Parteispitze, welche zugleich über den 'Volkswillen' der Partei entschied". "Wenn er sich auch weiterhin als 'Sozialdemokrat' verstand, so beruhte dieses Bekenntnis ... auf seinem Parteibegriff, aus dem die berufsrevolutionäre Organisation nicht fortgedacht werden kann, ja mit dem sie identisch ist", ließ sich über Lenin sagen, dessen Partei "über die Arbeiterbewegung hinaus[trat], ... um das Proletariat voranzustößen auf einem Wege, über den es sich Rechenschaft nicht notwendig zu geben hatte" (342). Auf der Grundlage "der Leninschen Lehre von der Partei neuen Typus" entschieden also die führenden SED-Funktionäre, "daß die Aufgabe dieser Partei neuen Typus nicht darin bestehen kann, die ganze Arbeiterklasse oder gar das ganze werktätige Volk in ihren Reihen zusammenzufassen, sondern, daß es eine Partei sein muß, in der die besten und klassenbewußtesten Elemente der Arbeiterklasse vereinigt sind, jene, die auf dem Boden der marxistisch-leninistischen Theorie stehen", damit sie für die ganze Arbeiterklasse eintreten könnten (zit. nach: Friedrich u.a., Hg., 1995: 377; vgl. Malycha, 1996: 87f und 104f). "Die organisierte Funktionärspartei war Vollzugsorgan" des historischen Plans, den selbsttätig nachvollziehen dem "Volk", zumal dem jüngst noch irre geleiteten deutschen, nicht zuzutrauen war, "den zu bewältigen [vielmehr] die 'Volkstribunen' aufgerufen blieben" (Geyer, 1962: 422). Alleine der dem deutschen historischen Versagen folgende Gewaltstreich, daß das leninistische Avantgarde-Prinzip der deutschen Arbeiterbewegung erst durch ein Rußland, dem der Generalissimus Stalin präsierte, eingeführt werden mußte, um sich auf dem Gebiet der Ostzone durchzusetzen, ergibt einen Anlaß, von einer "Stalinisierung" der SED zu reden (das tun Bouvier, 1996: 113; Malycha, 1996: 148; Lemke, 1997: 45; vor allem Weber, 1991: 15, der dieses "Terrorssystem ... nicht einfach als 'Kommunismus' " bezeichnen will, weil seine "Formen unter Stalin entwickelt wurden"). Diese Bezeichnung, die als Epochenbegriff hingehen mag, erklärt freilich mehr von der historischen Befangenheit der Bezeichnenden als sie das Bezeichnete präzise kennzeichnet.

Hermann Weber hat die "Stalinisierung" der SED bewußt als die Fortsetzung und auch das Resultat der "Stalinisierung" der KPD in der Weimarer Republik dargestellt - einer "Geschichte der gelungenen Unterwerfung und Übermächtigung" (so die Kritik von Mallmann, 1996: 2, der mehr über die von der "Richtlinienpraxis der Parteiführung"

nicht abgedeckten "Sozialkontakte und moralischen Horizonte" der Parteimitglieder zu erfahren sucht). Die Kommunisten, welche die Einheitssozialisten übernahmen, waren vor 1933 von Moskau durch Stalin zur Hörigkeit erzogen und danach in Moskau von Stalin gebannt gewesen (vgl. Weber, 1991: 12, 15 und 21); daß sie Stalin ihr Überleben verdankten, teilten sie den ihnen Untergebenen mit, indem sie deren Überleben ebenso von Stalin abhängig (erscheinen) machten. Die von SED beherrschte DDR ist demnach der durch die Fremdbeherrschung als Fremdherrschaft zum Staat gekommene deutsche Kommunismus: "Das Land wird von einer fremden Macht besetzt gehalten. Daß nach außen die Macht von den deutschen Führern einer diktatorischen Partei ausgeübt wird, vermag diese Tatsache nicht zu verbergen." (Bendix, 1960: 513; dagegen überzeugend Weitz, 1997: 392) Fatalistisch wie die (west)deutsche Politik hat mithin die sie nachvollziehende Forschung die Handlungsspielräume der (ost-)deutschen Akteure in der zweifellos von sowjetischen Herrschaftsvorstellungen definierten Arena derart begrenzt, daß sie die Chance nicht genügend ausloten konnte, die mindestens bis 1952 anhaltende Vorstellung der Sowjetregierung, sich mit einem deutschen Einheitsstaat aussöhnen zu können, mit einer flexibleren Deutschlandpolitik beider Teilstaaten auszunutzen. Gerne wurde die "konsequente Sowjetisierung der SBZ/DDR ... mit einem sowjetischen Verzicht auf Gesamtdeutschland" identifiziert (Lemke, 1997: 44, stellt diese Identität in Frage); man übertrieb den Sowjetisierungs(selbst)zwang des östlichen Teilstaates, um ihn hinter sich lassen zu können.

Das den "sozialökonomisch viel weiter entwickelten" Deutschen als rückständig vorkommende Regime russischer Prägung fand in der - traditionell rußlandfeindlichen - (west)deutschen Sozialdemokratie einen nicht weniger erbitterten, dabei die unterdrückten Ostdeutschen - wie man glaubte - weitaus überzeugenderen Gegner als ihn die rheinische Bundesregierung abgeben konnte (Weber, 1993: 165; vgl. Merseburger, 1995: 516; Kowalczyk/Mitter, 1996: 70). Die CDU beschuldigte man, den Westen von der deutschen Nation entfremdet zu haben, die SED, im Osten den deutschen Sozialismus verraten zu haben; die SPD, zur Machtlosigkeit verdammt, konnte dagegen für alle Deutschen den richtigen Sozialismus aufbewahren. Hermann Webers Geschichtserzählung ist (auch methodisch) ein Werk der fünfziger Jahre; als sein Motiv hat er selber benannt, dem "Stalinismus", der "ein eigenständiges, diktatorisches und gegen die demokratische Arbeiterbewegung gerichtetes Regime" verkörpere, seine beanspruchte Nähe zum traditionellen "Sozialismus" zu bestreiten (Weber, 1993: 161) - wer, wenn nicht die Sozialdemokratie, sollte also die Tradition der deutschen Arbeiterbewegung in Deutschland fortführen? Bloß für fremdbestimmt erklärt, konnte indes Walter Ulbricht mit seinen Pseudo-Sozialisten in den Handlungsraum eintreten, den die Sozialisten Kurt Schumachers - mit dem Anspruch nationaler Repräsentanz - auszufüllen versäumt hatten. Die westdeutschen Sozialdemokraten sahen die ostdeutschen Funktionäre - ihre (ehemaligen) Genossen zum Teil - fester an den moskauer Kommunismus gebunden, als sie es hätten sein müssen; indem sie sie den Moskauern überließen, bestätigten sie diese Bindung. Die Erzählung der durch die SED vollzogenen *Sowjetisierung* der DDR hat also die sozialdemokratische Erwartung von 1946 wiederholt, daß sich die Sozialisten in der SED nur für die moskauer Politik einsetzen könnten.

Die DDR, wie sie von der Hermann Weber (1993: 159ff) folgenden Schule der westdeutschen Kommunismus-Forschung beschrieben worden ist, litt unter dem Resultat des Zweiten Weltkrieges, daß der deutsche Osten "unter Befehlsgewalt Moskaus

stand"; zur Sicherung ihrer Herrschaft sei den Sowjets, nachdem ihr Einfluß auf diesen Teil Deutschlands zurückgedrängt war, nur "die 'sowjetische Gesellschaftsordnung', also der Stalinismus" zur Verfügung gestanden; so "beschränkten sie sich darauf, ihr eigenes System auf den von ihnen okkupierten Teil Deutschlands zu übertragen"; "die Ostzone ... übernahm von der Sowjetunion die zentralgesteuerte Staatswirtschaft und das politische System der stalinistischen Diktatur": "Die gesamte Macht übte nun - in Auftrag und unter Kontrolle Moskaus - die SED-Führung unter Walter Ulbricht mit bürokratisch-diktatorischen Methoden aus"; daran änderte sich im Wesentlichen nichts, da noch die von Erich Honecker geführte SED "auf ihren stalinistischen Strukturen beharrte" (166): "Die SED übte als Hegemonialpartei eine allumfassende, diktatorische, unkontrollierte Herrschaft aus" (1991: 182) - ihre absolute Herrschaft behauptete sie ja selber, manchmal als Diktatur des Proletariats, öfters als sozialistische "Demokratie" definiert (Friedrich/Brzezinski, 1996: 233). Nach Hermann Weber jedoch ist nach dem schwankenden Legitimitätsanspruch der Staatspartei gar nicht zu fragen - er kann unverändert dem "Kurzen Lehrgang der Geschichte der KPdSU(B)" entnommen werden (dazu Pike, 1992: 41f; Malycha, 1996: 107; Wollé, 1996: 263; Klein, 2000: 118). Als den Agenten der durchgreifenden "Stalinisierung der DDR" hatte das Sowjetregime eben die sozialistische Einheitspartei eingesetzt, die - erst einmal zur "Partei neuen Typus", nämlich "Stalinschen Typs" formiert (Malycha, 1996: 108) - der gesamten Gesellschaft ihre Regeln der Kommunikation und ihren Mechanismus der Konsensherstellung *von oben* aufzuzwingen in der Lage war: in der "Allmacht der SED-Führung" kulminierten die "Strukturdefekte", die Weber (1993: 161) der Geschichte der DDR unterlegt. Die SED hatte "zur Gründung der DDR alle wesentlichen Bedingungen für die Nachahmung des sowjetischen Modells geschaffen" (161) - sie selber war die Hauptbedingung der Nachahmung dieses Modells: mit dem ihr von der Sowjetunion verliehenen "Machtmonopol" (Weber, 1991: 181; vgl. Gibianskij, 1999: 32) stand und fiel ihr Staat, die DDR. "Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben" - dieses ihm 1945 von Wolfgang Leonhard (1990: 440) in den Mund gelegte Wort traute man Walter Ulbricht durchaus zu; später, als die SED-Führung ihre ursprüngliche Identität mit dem Volk behauptete, war selbst die Fassade der repräsentativen Demokratie eingebrochen. Das Regime der SED, das sich nicht mehr bemühte, den "Legitimitätsanspruch" durch einen im politischen Verfahren der Wahl transportierten und transparent gemachten "Legitimitätsglauben" abzudecken, konnte schließlich durch die erste freie Wahl nur abgeschafft werden (Meuschel, 1992: 22f).

Die Aufrichtung der Diktatur im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands mit der Ausführung des Plans der sowjetischen herrschenden Partei gleichzuschalten, dazu hat der hergebrachten Herrschaftsgeschichtserzählung ihr oberflächliches Überwältigungsvokabular genügt. Wilfried Loth hat, dieses Vokabular gewissermaßen persiflierend, in letzter Zeit mehrfach darauf hingewiesen, daß diejenigen deutschen Kräfte, die den westlichen Parteien nicht mehr einflußbar vorkamen, denen also alleine noch die Beherrschung der SBZ und DDR zukam, schon aus eigenem Antrieb für die Ausgestaltung der Diktatur eintreten konnten, bevor erst der (möglicherweise anders geartete) Anstoß aus Moskau dazu kam; Loth (1996: 226) übertreibt allerdings, wenn er Ulbricht alleine für den Übeltäter hält, "der den Nachvollzug der bolschewistischen Revolution auf dem Boden der sowjetischen Besatzungszone in erster Linie betrieb; ohne ihn ist die DDR nicht denkbar. Subjektiv nur ein Musterschüler Stalins, war er

tatsächlich ein Revolutionär aus eigenem Recht". Stalinistischer als Stalin selber, bolschewistischer als die erste bolschewistische Partei, sowjetischer als die maßgebliche Sowjetregierung, wollte Ulbricht nicht auf deren Weisungen warten, da er deren Weisheit selber zu besitzen wähnte. Was Ulbricht als Stalins Willen zu antizipieren vorgab, mußte Stalin notgedrungen nachvollziehen; während der sowjetische Diktator sich vielleicht noch um das einheitliche, angeblich bürgerliche Deutschland sorgte, besorgte der deutsche schon "die sozialistische Revolution" (Loth, 1994: 224), welche den östlichen Teil faktisch als Separatstaat hinstellte; die Einheitspartei, die Stalin 1946 zu gründen gut hieß, sollte für Deutschlands Einheit eintreten, jene, die Ulbricht bis 1948 zu einer quasi bolschewistischen Partei umgründete, setzte die Abtrennung der sowjetischen Zone durch.

Das Konstrukt von Loth soll hier noch nicht abschließend überprüft werden. Bedeutsam ist jetzt alleine sein Hinweis, daß die Behauptung sowjetischer Direktiven die vorliegenden deutschen Verantwortlichkeiten zu verschleiern neigte - was die Rücksprüche der Historiker wie die Selbstrechtfertigungen der Akteure betraf. Nach Monika Kaiser (1997: 122) konnten "Strukturen und Funktionsmechanismen des sowjetischen Modells ... im Sinne einer selbstgewollten Sowjetisierung von deutschen Funktionären ohne sichtbaren Druck übernommen" werden; alleine, ob sie hier entsprechend (erfolgreich oder auch nicht) funktionieren, wäre zu fragen. Auf der Grundlage des in ihren Kreisen verbreiteten Glaubens, daß sich "sowjetischer Einfluß" (Kaiser, 1999: 189) nur erfolgreich auswirken könne und dürfe, konnten ostdeutsche Funktionäre "erhöhte Durchsetzungschancen für eigene Konzepte" wittern, wenn sie sich auf sowjetische Vorgaben beriefen; insofern wäre nicht nur mit Michael Lemke (1997: 50) zu fragen, inwieweit man (und wer überhaupt) deutscherseits "Sowjetisierungsschübe ... selbst veranlaßte bzw. provozierte" - noch mehr Spannung würde es versprechen, die Spuren von unter sowjetfreundlichem Vorwand angelegten sowjetskeptischen Projekten auffinden zu können. Das "sowjetische Vorbild" anzunehmen mochte schließlich auch bedeuten, die (Jugend-) "Fehler ... vermeiden" zu wollen, unter denen die (alt gewordene) Sowjetunion selber noch litt (zit. nach: Niethammer/Plato/Wierling, 1991: 142). Sich der zeitgenössischen Sowjetunion anzugleichen, stand im sowjetisch besetzten Deutschland nicht unbedingt auf der Tagesordnung (vgl. Lemke, Hg., 1999: 13f). Als sowjetisch hat alleine die Form der Beherrschung gelten dürfen, für welche zuerst die Rote Armee in Deutschland gestanden ist; der Inhalt des Regimes steht damit nicht unverrückbar, daß es offensichtlich einer "Sowjetisierung" zu unterliegen beginnt: "Als 'sowjetische' Erfahrung galt schlechthin so gut wie alles, was etablierte Kommunisten je praktiziert hatten" (Foitzik, 1996: 36f).

Für "*Sowjetisches Eigentum Deutschland*" stand die Abkürzung SED, schrieb ein hoffentlich unentdeckt gebliebener Graffiti-Künstler 1947 an eine Hauswand (Naimark, 1995: 384), die deutschlandpolitische Präention kennzeichnend, die der Einheitspartei unterstellt wurde - samt ihrer moskauer Herkunft. Deutlich war aber auch einem von dem Zeitzeugen Erich Gniffke (1966: 365f) noch 1948 benannten "zweiten Gleis" seine moskauer Herkunft und eben daraus erwachsene Geltung anzusehen, von dem aus Ulbrichts Politik nur wie der "Nebenkurs" aussah - dem Gleis, auf dem sich noch mehrere Jahre lang etwas bewegte, was der von der Forschung, hier Andreas Malycha (1996: 95), voreilig behaupteten "Angleichung an das sowjetische Modell" widerstrebte. Die bis zu Stalins Offerte eines neutralen Gesamtdeutschlands 1952 immer wieder

vorliegenden Andeutungen, daß die SPD in Ostdeutschland wieder zugelassen werden könnte, einerseits (vgl. Loth, 1994: 216, und 1996: 80f) ,wie andererseits die seit der Kominform-Gründung 1947 zögerliche Gleichstellung der SED mit den kommunistischen Parteien der osteuropäischen Länder, dazu das erklärte Verharren ihres Regimes vor der von diesen bereits erreichten "Stufe der Volksdemokratie" (Malycha, 1996: 95), weisen darauf hin, daß dieser deutschen sozialistischen Einheitspartei von der moskauer Führung nicht die Gestalt einer kommunistischen Spalterpartei auferlegt war: ob sie die SPD ergänzen oder ersetzen sollte - Stalin hielt jedenfalls die SED zur gesamtdeutschen Aufgabe bereit und fähig, setzte sie mithin als "diplomatische Dispositionsmasse" ein (Foitzik, 1999: 384). Mit Wilfried Loth sind durchaus die Anzeichen dafür zu erkennen, daß der Diktator - nicht aus purer Menschenfreundlichkeit den Deutschen gegenüber, sondern aus seinem Eigeninteresse als sowjetischer Führer - eine (nicht nur taktische) flexible deutschlandpolitische Strategie zu verfolgen bereit war, also mit allen ihm möglichen Mitteln, unter Preisgabe der für das Sowjetsystem in Rußland geltenden ideologischen Maximen, einen demokratischen deutschen Einheitsstaat zu etablieren suchte, der die wirtschaftlichen und Sicherheitsbedürfnisse Sowjetrußlands besser abdecken könnte als der deutsche Rest, der ihm in der sowjetischen Besatzungszone zur Verfügung stand: Mit der "Perspektive", daß es "2 Deutschlands geben" werde, hatte Stalin im Juni 1945 seine Furcht (oder Erwartung) benannt, daß die Westmächte sich zur Abtrennung des westdeutschen Territoriums entschließen könnten; um die "Einheit Deutschlands [zu] sichern", sprach er sich für eine "einheitliche" Partei nach dem Bilde der KPD aus (zit. nach: Badstübner/Loth, Hg., 1994: 50; vgl. Bodensieck, 1993: 50). Was deren Regime aber in seiner Zone bewirkte, bedeutete das Gegenteil des Vorsatzes, den Beitrag des kommunistisch-sozialistischen Teiles zum künftigen Gesamtdeutschland zu stärken - den Eindruck, daß die Besatzungsmacht nur als Exekutionsorgan der wirtschaftlichen Ausplünderung wirke, konnte die von ihr durchgesetzte SED, eine Partei auf Befehl mithin, welche den Deutschen alles andere als Partizipationsaussichten versprach, nur verstärken.

Die Art der Herrschaftsausübung in Ostdeutschland ließ die Botschaft, daß der "einsam gewordene Kremlherrscher" (Loth, 1996: 192) noch 1952 dabei blieb, sich ein - militärisch nicht mehr ins Gewicht fallendes, insofern neutrales - mit den Institutionen westlicher Demokratien ausgestattetes Deutschland als den günstigsten Garanten für die Sicherheit der Sowjetunion vorzustellen, als unglaubwürdig erscheinen. Stalins die "Wiederherstellung Deutschlands als einheitlicher Staat" vorgebenden Noten ließen vielmehr einzig die Konsequenz zu, welche Ulbricht im deutschen Namen vollzog; die Westmächte konnten sich den "Friedensvertrag", der den "Abzug aller Besatzungstruppen" aus Deutschland ermöglichen würde", um es "dem deutschen Volk ... selbst [zu] überlassen, sich für die ihm genehme Gesellschaftsordnung zu entscheiden" (IML, 1966, 7: 161), abzuweisen erlauben, da die westdeutschen Arbeiter schon die mit dem "Generalvertrag" (Loth, 1989: 287) - "Generalkriegsvertrag" in der SED-Diktion (Müller/Reißig, 1968: 199) - eingeleitete militärische Integration der Bundesrepublik in den Westblock nicht durch einen Generalstreik zu sabotieren unternommen hatten. Stalin war wohl so realistisch, daß er gegenwärtig sein Instrumentarium zur "Mobilisierung 'patriotischer' Kräfte" im Westen für nicht anwendbar hielt (Loth, 1996: 181), auch die Möglichkeit "eines bewaffneten Kampfes um die Einheit Deutschlands ... keinen Moment" ins Kalkül zog (191). Er ließ vielmehr - nachdem die Westmächte und deren deutsche Vasallen als Separatisten dastehen sollten - seinen

Vasallen Ulbricht mit der DDR zum Sozialismus ziehen; daß "die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu stärken ... die demokratischen Kräfte in Westdeutschland noch wirksamer zu unterstützen" bedeute (IML, 1966, 7: 169), war Ulbricht als moskauer Meinung abzunehmen, auch wenn sie uns nur als propagandistische (Selbst-)Täuschung vorkommt; die Perspektive auf das vereinte Deutschland wurde zugleich verlängert und radikalisiert: ganz sozialistisch sollte es eines Tages sein.

Seinen 1949 die Gründung und 1952 die Befestigung der DDR bedeutenden "Staatsstreich", von dem Wilfried Loth (1996: 162) spricht, hat Ulbricht durch seine "Machtergreifung" (135) in und mit der SED (zumindest subjektiv) als Gefolgsmann Stalins vollzogen. "In letzter Instanz hatte sich Stalin [1952] seine Niederlage in der Deutschlandpolitik und die daraus resultierende Blockpolitik in Europa, die er nicht wollte", vermutet Loth (1996: 191), "selbst zuzuschreiben. Nicht nur, daß die Ulbrichts Produkte seines mit unerbittlicher Grausamkeit durchgesetzten Herrschaftsanspruchs über die kommunistische Weltbewegung waren; er trieb das Mißtrauen gegen alle tatsächlichen Demokraten so weit, daß schließlich nur noch diejenigen als Verbündete übrigblieben, die sich ihm bedingungslos unterordneten". Er galt den deutschen Kommunisten als die letzte Instanz, weil er mit dem Krieg für sie die Herrschaft in der DDR gewonnen hatte. Da er sich diese im Osten nur als Statthalter hielt, fand sich auch im Westen kein Freiwilliger, der ihm als Verbündeter dienen wollte. Daß die DDR alleine als Stalins Deutschland, später als die sozialistisch definierte Nation zurück blieb, ist mit Loth (im Vorwort zu Mallmann, 1996: XII) als ein Effekt jener "Mechanismen kommunistischen Steuerungsversagens" zu bezeichnen, auf denen die Geschichte der DDR beruhte. Daß Ulbricht immer glaubhaft machen konnte, er handle im Auftrag Moskaus - im Namen Stalins also, solange der zu "den Klassikern des Marxismus" zu zählen war (Staritz, 1996: 147) -, verhalf ihm seinen Herrschaftsanspruch in der SED-Spitze durchzusetzen und kostete ihn zugleich sein Ansehen in der Bevölkerung (und womöglich der SED-Basis): als "eine Folge der Schwächen des Sowjetsystems" (Loth, 1996: 237) - seines mangelnden Bedarfs und Gehalts an partizipatorisch definierter Legitimität - erscheint es also, daß sich ein Deutscher quasi als Sowjetisierer für alle betätigen konnte! Die Gesellschaft mit Mitteln zu beherrschen, die ihre Zustimmung zur Durchführung dieser Herrschaft nicht abzufragen erlauben, hieß für die Herrschenden einseitig propagandistisch die vollständige Kontrolle (von oben) zu behaupten - sie am Ende auch vollständig zu verlieren. Jede Erhöhung des Anspruchs ihrer Deutungskompetenz über die Gesellschaft wies den SED-Führern weitere Verluste an praktischer Handlungskompetenz nach. Die Behauptung deutschlandpolitischer Ambitionen ging mit dem Verlust von Handlungsoptionen einher, da die SED keine andere Einheit versprechen konnte als die von ihr in der DDR dargestellte: die Arbeiter-(und-Bauern-)Macht als Herrschaft der künftig für die Menschheit eintretenden Klasse(n) (vgl. Meuschel, 1992: 86). Die auf der SED-Konferenz im Namen des Sozialismus 1952 "beschlossene Auflösung der Länder, die 'nationalen Streitkräfte' und die Kollektivierung der Landwirtschaft" (Staritz, 1995: 20) strichen die Eigenständigkeit der DDR, angeblich ihre Zukunftsträchtigkeit, heraus - lösten sie auch von den letzten Zusammenhängen, die als gesamtdeutsche präsent waren. "Die deutschlandpolitische Strategie der SED verkümmerte angesichts der Konzentration auf den 'Aufbau des Sozialismus' in Ostdeutschland zu einer vagen Revolutionshoffnung für das westliche Deutschland, die nicht mehr operationalisiert wurde und das Handeln immer weniger bestimmte." (Loth, 1996: 190)

Die Stalin-Noten mochten die SED zwar kurzfristig in Unruhe versetzen, da sie anscheinend nicht nur die soziale Revolutionierung der DDR abubrechen, sondern vor allem die diese vollziehende Partei ihrer führenden Rolle zu berauben schienen; bei der SPD, um die sie als Partner in einem Bündnis " 'patriotischer' Kräfte" gegen die militärische Integration der Bundesrepublik in Westeuropa warben, stießen sie jedoch auf taube Ohren (Loth, 1996: 181), da sie die SED zwar dem gesamtdeutschen Parteienwettbewerb auszusetzen versprachen, ihr jedoch die Legitimität des Gründungsaktes nicht bestritten; die Sozialdemokraten hätten über Stalins Angebot allenfalls verhandelt, um es gegen die kommunistisch geführte Einheitspartei, und zwar gegen deren Existenzberechtigung, zu instrumentalisieren - es konnte danach keine Wahl zwischen SED und SPD geben, da die SED zuvor nicht gewählt worden war (und wäre). Die westdeutschen Sozialdemokraten blieben in den fünfziger Jahren dem Fatalismus Kurt Schumachers verpflichtet, der "die SPD als Instrument für eine gesamtdeutsche Politik einzusetzen" unmöglich hielt; da eine "konstruktive Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit der sowjetischen Besatzungsmacht im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung und der SPD ... außerhalb seiner Vorstellungskraft" gelegen hatte, war nach Schumacher die SPD mit Otto Grotewohl alleine in der Ostzone dem Kalkül "der russischen Außenpolitik" auszuliefern gewesen, der Überwältigung durch die KPD mithin, die nichts als deren "Werkzeug" darstellte (Sühl, 1989: 123, 112 und 114).

"Die Teilung Deutschlands ist die größte Stärke der sowjetischen Außenpolitik", lautete, Kurt Schumacher folgend, das Fazit der Sozialdemokraten (Merseburger, 1995: 524) - eine Ansicht, die Konrad Adenauer dagegen wohl als Irrtum erkannte. Jedenfalls ist der Kanzler, zwar erst 1955, darauf gekommen, mit der Sowjetunion in Verhandlungen einzutreten, um sie von ihren Anstrengungen abzubringen, die östliche Zone fortdauernd zu unterwerfen. Stalins Nachfolgern mochte es zuzutrauen sein, die Kosten ihrer Unterdrückung realistisch einzuschätzen; immerhin waren von den Unruhen in der DDR 1953 selbst die Lager Sibiriens erschüttert worden, die deren angeblich faschistische Anstifter in Empfang zu nehmen hatten (vgl. Schlögel, 1984: 55; Baring, 1983: 96f; Solschenizyn, 1976: 281f). Nach dem kommunistisch vorgesehenen Stereotyp drohte Stalins unheimlich häufig deklamierte Weissagung, "daß die Hitler kommen und gehen", während "das deutsche Volk aber und der deutsche Staat ... bestehen" blieben (Filitov, 1995: 117; vgl. Deutscher, 1980: 129; Tjulpanow, 1987: 20; Naimark, 1995: 76; Klein, 2000: 112), nur wirklich zu werden, wenn die deutsche Gesellschaft der (polit-ökonomisch definierten) Agenten beraubt werde, die (wie es die westdeutschen Kapitalisten vormachten) ihr die Restituierung des Faschismus besorgten. Mit ihren zur SED-Herrschaft gelangten deutschen Genossen, auf die sie bei der Formulierung und Verwirklichung ihrer Deutschlandpolitik Rücksicht zu nehmen hatten, blieben sich die sowjetischen Kommunisten mithin darin einig, daß dem Volk, das 1933 den Nazis gefolgt war, der Weg zur Demokratie nach dem kommunistischen Muster erkämpft werden müsse: "Das Volk, wenn es gefragt wird", hieß es (nach Heiner Müller, 1996: 48) noch 1953, 1956 oder 1961, "wählt Hitler"; an jeder freien Wahl war es vorläufig zu hindern. Die "Vorurteile im gesellschaftlichen Bewußtsein der einfachen Massen" behinderten 1945 die Selbst-Wahrnehmung der "nationalen und klassenmäßigen Interessen der deutschen Werktätigen" (Tjulpanow, 1987: 35); damit beschrieb die zur Wahrung dieser Interessen bestimmte Administration eine Voraussetzung, die (uneingestanden) nicht an Geltung verlor: die Diktatur (im Namen der "Demokratie") (Geyer, 1989: 32). "Die Mitarbeiter der SMAD ... haben ... die revolu-

tionären Kräfte des Volkes niemals ersetzen wollen, noch ersetzen können", dekretierte die Dogmatik der Einheits-Sozialisten dann, als sie selber dies einer "marxistisch-leninistischen Partei" gemäß getan hatten (Fiedler, 1977: 112); dabei haben sie diese Kräfte erstickt, da sie sich zu einem anderen als dem von der SED vereinnahmten Deutschland auszuwirken drohten.

"Die Sowjetregierung, das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und die Sowjetarmee haben immer zwischen Hitler, seiner Clique, den deutschen Monopolisten und Imperialisten und dem deutschen Volk unterschieden" (Tjulpanow, 1987: 34); "die Wurzeln von Militarismus und Nazismus in Deutschland müssen ausgerottet werden, es selbst aber muß als einheitlicher, friedliebender und demokratischer Staat erhalten bleiben" (Semjonow, 1995: 201), hieß das Programm des sowjetischen Besatzungsregiments in Deutschland. Daß diese Unterscheidung ihren für die kommende (als Hitler-Jugend sozialisierte) Generation gültigen Ausdruck in der (von ihr vielleicht als Mahnung an ihre Jugend erduldeten) territorialstaatlichen Teilung Deutschlands fand, war also ein unbeabsichtigter Effekt der sowjetkommunistischen Politik in Deutschland (vgl. Lemke, Hg., 1999: 16, zur "Frage der Effektivität der Moskauer Sowjetisierungspolitik"). "Wenn die russische Außenpolitik sich im Interesse Rußlands mit der SED identifiziert, dann ist das ein Rechenfehler der russischen Außenpolitik", analysierte bereits im Herbst 1948 der schon erwähnte, aus der SED austrittswillige Sozialdemokrat (Ernst Thape am 29.11.1948, zit. nach: Malycha, 1996: 305). Wenn die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands nur als Vermittlerin der Politik der Besatzungsmacht, "Agentin Moskaus" im Volksmund, wahrgenommen werde, könne sie keine Autorität als "nationale Partei" erlangen, klagte der hochrangige SMAD-Funktionär Semjonow (zit. nach: Naimark, 1995: 325; vgl. auch Bonwetsch/Bordjugov/Naimark, Hg., 1997: 262 und 277), um die ihm vertraute "Propagandaverwaltung" des Genossen Oberst Tjulpanow für diesen in der deutschen Öffentlichkeit entstandenen Eindruck verantwortlich zu machen - deren Umbenennung in "Informationsverwaltung" sollte die Deutschen von der Vermutung abbringen, daß neuerlich die Unterdrückung der Nation im Namen einer nationalen Erhebung auf der Tagesordnung stand (Bonwetsch/Bordjugov, 1995a: 257).

Bald fünfzig Jahre danach weiß der zwischen 1946 und 1949 als Politischer Berater in der SMAD beschäftigte Semjonow (1995: 262) noch, daß er den ihm (formal) Untergebenen eben 1948 dafür rügen mußte, "daß Tjulpanow auf Aktivtagungen der SED erklärte, in der sowjetischen Besatzungszone sei nun der Übergang von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zum Aufbau des Sozialismus und zur Errichtung der Diktatur des Proletariats gekommen"; "derartige Erklärungen dürften auf keinen Fall ohne vorherige Sanktionierung durch das ZK der KPdSU(B) abgegeben werden", habe er Tjulpanow deutlich gemacht, dessen Propagandaverwaltung allerdings in ständiger Verbindung mit dem ZK stand (vgl. Creuzberger, 1996: 40f)! Daß Semjonow (1995: 263) Walter Ulbricht zu erklären veranlaßt haben will, "daß derartige 'linksextrême Auffassungen' dem Kampf für den Aufbau eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen Deutschlands zuwiderliefen", spricht für das "[ge]trübte Verhältnis" zu dem SED-Spitzenfunktionär, das der ehemalige Politische Berater noch in seinen Erinnerungen beklagt: "Da er es meist mit Tjulpanow ... zu tun hatte, übernahm Ulbricht nicht immer die besten taktischen Methoden - es fehlte ihm an Elastizität und Geduld." (273) Dem Vorwurf gegen Ulbricht, der also auf Tjulpanow zielte, war in der

SMAD nur Gewalt zu verleihen, wenn die für den SMAD-Funktionär zuständige moskauer Adresse als sein Absender auszuweisen war. Tjulpanows Gegner innerhalb der SMAD konnten sich, wie inzwischen das moskauer Archiv eröffnet hat, mit "seinen Vorgesetzten im Zentralkomitee" in der Tat darüber verständigen, daß er abgelöst werden sollte: "Für den Geschmack seiner Vorgesetzten war er zu ungestüm, zu prokommunistisch, zu sehr auf eine Bolschewisierung des Ostens orientiert, hatte er zu wenig Interesse am Organisieren und identifizierte sich zu eng mit Ulbricht und der SED", lassen sich die Ergebnisse einer Untersuchung zusammenfassen, die eine ihm aus Moskau ins Haus geschickte Kommission seiner Arbeit widmete (Naimark, 1995a: 302). Ihn nach Hause zu schicken, gelang seinen Gegnern daraufhin trotzdem nicht; erst kurz vor Ende des Besatzungsregimes wurde er endgültig nach Moskau beordert, wo er sich dem (fingierten) Vorwurf zu stellen hatte, einen westlichen Agenten in seiner Verwaltung gedeckt zu haben (vgl. Bonwetsch/Bordjugov, 1995a: 265f; Naimark, 1995: 346ff).

Der Fall des zuletzt noch zum Generalmajor beförderten Tjulpanow zeigt hervorragend die Funktionsweise der sowjetischen Politik in Deutschland, die uns aufgrund ihrer polykratischen Struktur einigermaßen undurchsichtig bleiben muß; wenn der Protagonist im Rückblick auf seine Tätigkeit erklärte, daß die "Sowjetregierung ... keine vorher ausgearbeitete 'Besatzungstheorie' " besaß, räumte er (sich) zugleich die Möglichkeit ein, selber die Richtlinien der Besatzungspolitik auszuarbeiten, solange er sie innerhalb der Besatzungsbehörde als von Moskau (bestenfalls Stalin selbst) aus gelenkt, der veröffentlichten Meinung dazu als "Thesen der marxistisch-leninistischen Theorie" (jedenfalls Stalins selbst) ausgeben konnte (Tjulpanow, 1987: 334). Da der in der Öffentlichkeit "allgegenwärtige Kahlkopf" eine "große persönliche Autorität" ausstrahlte, sogar als "unter den Deutschen populär" angesehen werden konnte, war er für seine Eigenmächtigkeiten nicht einfach abzustrafen (Bonwetsch/Bordjugov, 1995a: 248 und 257; vgl. dagegen Foitzik, 1999: 136f). "Was die ZK-Kommission [ihm] als Unverständnis für die Klassenkräfte und als voreilige, besorgniserregende Politik gegen das Klein- und Mittelbürgertum" ankreidete (und auch in der schweigenden Öffentlichkeit "der sowjetischen Zone als Anpassung an das sowjetische Vorbild mit der Konsequenz einer ostdeutschen Separatentwicklung empfunden" worden sein mag) (Bonwetsch/Bordjugov, 1995a: 261; vgl. Naimark, 1995: 346), stellte Tjulpanow indes als realitätstüchtige Politik dar; da "die SMAD die Rolle einer sozialistischen Besatzungsmacht übernommen habe, aber keiner der sowjetischen Kommunisten jemals daran gedacht habe, einmal diese Funktion ausüben zu müssen" (Im Zeichen, 1974: 245; vgl. Leonhard, 1990: 597f), konnte die "Führungsgruppe in der Informationsverwaltung", wenn es ihr auch "insgesamt theoretisch klar [zu sein hatte], daß ... die antifaschistisch-demokratische Umwälzung ... die progressiven Kräfte unter den Deutschen anspornen und aktivieren würden", es praktisch nach Gesichtspunkten der Opportunität aushandeln, "wie rasch und in welchen Formen sich die antifaschistisch-demokratischen Verhältnisse weiterentwickeln würden" (Tjulpanow, 1987: 70). "Die Fortsetzung des antifaschistischen Kampfes im politisch befreiten Deutschland bereicherte und vervollkommnete die Theorie ständig und hob sie auf ein höheres Niveau", schreibt Tjulpanow (1987: 70) elegant; vehement bestreitet er aber noch 1987, "zu jener Zeit" vor vierzig Jahren die "Politik der 'Sowjetisierung' Deutschlands" betrieben zu haben, deren "uns die Westpresse dauernd zu bezichtigen versuchte, indem sie jede demokratische Maßnahme als angeblich sozialistische hinstellte". Die Etablierung

eines von der Sowjetunion kontrollierten, angeblich sozialistischen, Deutschlands war kein realistisches Ziel der sowjetischen Deutschlandpolitik gewesen; das ihr nach dem Zerschlagen der Anti-Hitler-Koalition übrig gebliebene (bald staatssozialistisch aussehende) Restdeutschland, das die DDR wurde, war nicht das Wunschergebnis der sowjetischen Politik - deren Ambitionen zu erschließen bleibt einem freilich nur, sich an ihre Implementierung in der sowjetischen Besatzungszone zu halten, da ihr das weitere Wirkungsfeld versagt blieb. Was als *Sowjetisierung* zu bezeichnen wäre, ließe sich *nicht als Plan* feststellen, sondern müßte die Winkelzüge der Akteure nachzeichnen, die damit einem Plan nachzukommen versuchten, den sie stetig für wahr zu halten vorgaben.

Eine "Sowjetisierung" der sowjetischen Besatzungszone - der Begriff (inflationär gebraucht: von Arlt, 1994: 127, bis Zernack, 1994: 462) sollte einer Kontingenzbewältigung (vgl. dazu Münkler, 1997a: 127 und 138f) dienen, die der sowjetischen Politik nur unzureichend gelungen ist - stand 1945 nicht auf der Tagesordnung der sowjetischen Politik, da diese Zone der Teil des von noch drei anderen Mächten verwalteten Deutschlands war. Der Begriff suggeriert, daß es Moskau - unter welchem Vorwand auch immer - stets darum gegangen sei, "die kommunistische Diktatur nach Maßstäben und Zeitbegriffen durchzusetzen, die dem sowjetischen Interesse und den jeweiligen Gegebenheiten angemessen waren"; dabei schien "die Einheitsfront- und Blockpolitik" auch in den übrigen "Ländern Osteuropas ... bis ins Jahr 1947 der parlamentarischen Demokratie näher zu sein als dem Sowjetsystem" (Geyer, 1989: 33f; vgl. Hobsbawm, 1995: 216) - noch darüber hinaus begab sich "die Etablierung der Alleinherrschaft der kommunistischen Partei, deren Ziel die Vernichtung ganzer Sozialgruppen und letzten Endes des Privateigentums als solchen ist" (Nolte, 1985: 149), in jedem dieser Länder, bestimmten national(kommunistischen) Prägungen gemäß, auf verschiedenem Wege (vgl. Zernack, 1994: 462; Simon, 1991: 19). "Die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands bzw. die DDR spielte hier wohl eine Sonderrolle: Sie war das einzige rein militärisch verwaltete Land des späteren Ostblocks, andererseits wurde sie in gewisser Hinsicht sogar von der Stalinisierung verschont" (Lemberg, 1991: 360) - hier wollte sich die Rote Armee als den deutschen demokratischen Traditionen wohlwollende Schutzmacht erweisen, die diesen Teil für den Anschluß des westlichen, in ihrem Sinne noch zu demokratisierenden, Deutschlands bereit hielt. Daß die "Sowjetisierung ... also nichts anderes" bedeute als die Befestigung der kommunistischen Vorherrschaft, läßt sich allenfalls zur Unterscheidung vom ursprünglichen Sinn des Wortes festhalten: "Es versteht sich von selbst, daß damit nicht die Einführung des 'Rätesystems' gemeint war", bemerkt Nolte (1985: 149). "Die Beseitigung dieses Systems unter Erhaltung einiger oberflächlicher Kennzeichen ... war für das Regime der Russischen Bolschewistischen Partei ebenso grundlegend wie die Zersprengung der Konstituierenden Versammlung, d.h. die Zerstörung oder besser Nicht-Zulassung des Parlamentarismus." "Die Devise - '*Alle Macht den Sowjets!*' - , der in den ersten Tagen der Revolution größte suggestive Bedeutung zukam und die bis auf die heutigen Tage eine magische Formel geblieben ist, ... war von Anfang an eine reine Beschwörung: Die Räte haben nie die Funktion der höchsten Staatsorgane ausgeübt und tun das auch bis heute nicht", stellt Sinjajew (1989: 275) fest: "Das Wort trat an die Stelle der Realität." Ein Räteystem hätte von den Russen gar nicht eingeführt werden können; sie hätten es sich selbständig entwickeln lassen müssen! "Jeder führt sein eigenes Sy-

stem ein, soweit seine Armee vordringen kann", soll Stalin (laut Milovan Djilas, zitiert und interpretiert von: Wagner, 1989: 246; Naimark, 1995: 378; Bender, 1996: 65; Creuzberger, 1996: 177; Loth, 1996: 20; Adomeit, 1998: 59; Gibianskij, 1999: 32) bereits im April 1945 erklärt haben. Wo die kommunistische Bewegung feindliches Terrain erobern mußte, hatte sie sich - wie im Oktober 1917 in Rußland selber - erst einmal zur militärischen Diktatur zu formieren; daß "bei der Sowjetisierung zwischen einerseits den Regionen unterschieden werden [müßte], die unmittelbar in die Sowjetunion eingegliedert worden sind, und andererseits den Satellitenstaaten nach dem Zweiten Weltkrieg", verweist auf die Reichsidentität der Sowjetunion; daß unter den Staaten im sowjetischen Vorfeld gerade "solchen, die eher 'befreit' worden sind", anders als "solchen ..., die [vor allem nationalen] militärischen [antifaschistischen] Widerstand (im Untergrund) geleistet haben" (Lemberg, 1991: 358), nur das Arrangement mit der sowjetischen Vorherrschaft blieb, nicht der Ausbruch aus ihr gelingen konnte, spricht für das Legitimationsdefizit jedes Systems bolschewistischer Prägung, das außerhalb Rußlands von den Russen dominiert erscheint, sich der Nation nicht als Körperschaft ihres Willens darstellen zu können: "Der 'Kommunismus in einem Land' ist unfähig, etwas anderes in diese Länder zu exportieren als sich selbst" (Furet, 1996: 517); er sieht auch in Prag, Warschau oder Berlin nach dem Kommunismus Moskaus aus. Belgrad ist nur auf einen eigenen Weg geraten, weil "die jugoslawischen Kommunisten ihre eigene Revolution gemacht" hatten (Hacker, 1983: 395); da hier früher "Moskau ... eine brutale Einmischung gar nicht nötig hatte" (Gibianskij, 1999: 78), konnte diese später abgewehrt werden.

Die Erfahrung, daß "innerhalb der Sowjetunion ... ein Kern 'nationaler Prägung' nicht nur nicht zerstört, sondern sogar konserviert worden" war (Lemberg, 1991: 366; vgl. dazu Kappeler, 1993: 309f; Malia, 1994: 71f und 90ff; Kotkin, 1995: 12), mußten (hauptsächlich) die im Ersten Weltkrieg verloren gegangenen "Gebiete des Zarenreiches" über sich ergehen lassen: "Der Hitler-Stalin-Pakt und der Sieg im Zweiten Weltkrieg ermöglichten es der Sowjetunion, in den Fußstapfen des Zarenreiches das Sammeln der Länder der Rus' abzuschließen" (Kappeler, 1993: 309). "Das erste Exempel der 'Sowjetisierung' in einem fremden Lande wurde ... 1939 in Ostpolen vollzogen"; sie "nahm ... die Gestalt der Vernichtung der führenden Schichten durch eine ausländische Macht mittels umfassender Deportationen an, aber unter Mitwirkung einheimischer Helfer" (Nolte, 1985: 150); die "Verantwortung wurde einer Interimsverwaltung unter der Führung von sowjetischen Militärs ... übertragen", die "sich in vielen Fällen auf ausgebildetes Personal stützte, das früher bei der örtlichen polnischen Verwaltung beschäftigt war" (Gross, 1991: 66). Die "previous Soviet occupations, like those of Eastern Poland and the Baltic region from 1939 through 1941, gave concrete forms to the Soviet's notion of how the Eastern zone should be organized"; viele der in der deutschen Ostzone als Besatzungsoffiziere wirkenden Rotarmisten hatten also schon vorher Erfahrungen gesammelt, wie ein militärisches Besatzungsregime einzurichten sei (Naimark, 1995: 467, vgl. 379; außerdem Creuzberger, 1996: 22f; Semjonow, 1995: 56ff). Jedoch kann "die Darstellung der Sowjetisierung" hier nicht mit dem "Vorwurf der 'Russifizierung' ... verbunden" werden (Lemberg, 1991: 365), wo es - mit den Begriffen von Kappeler (1993: 222f) - überhaupt nicht um die nationale "Assimilation" der unterworfenen Völkerschaft ging, eher die "Segregation" und "Diskriminierung" eines Teils der Bevölkerung, welcher die ganze Nation zu einem Irrweg verführt hatte - die Faschisten waren auszurotten, damit die Deutschen wieder zu sich

selber fänden. Dazu hätten die Deutschen *befreit werden* sollen; ihre Passivität war damit angezeigt.

Die "Sowjetisierung durch das Reich Stalins, das sie in erster Linie in der Kontinuität der russischen Reichsgeschichte verstanden, als Unterdrückung" zu empfinden, lag den osteuropäischen Völkern nahe, die schon "immer ... der 'Vorfeld'-Politik" der Großmächte, einmal Rußlands, ein andermal Deutschlands, ausgeliefert waren (Zernack, 1994: 462, hebt die Polen hervor). "Je offensichtlicher es ist", heißt es bei Vajda (1991: 55), "daß das national-imperiale *Imaginaire* des großrussischen Nationalismus das einzige ideologische Band für das russische Imperium darstellt, desto weniger ist es möglich, daß die sowjetische Ideologie die Gesellschaften dieser Satellitenländer bei der Stange halten kann". Den "Panslawismus als Idee des neuen sowjetischen Hegemonialreiches zu bemühen, das konnte nicht gutgehen", meint Wagner (1989: 265); er "hätte zumindest für den größeren Teil der osteuropäischen Völker durchaus zu einer sie verbindenden und inspirierenden Idee werden können, wäre er nicht wie einst durch den Zarismus so nunmehr durch den Kommunismus diskreditiert worden". Unterdrückt fanden sich die Polen oder Balten von den Russen, vor der Niederwerfung durch die Deutschen bewahrt, wiederum ihres eigenen Sieges beraubt - wenig sah dies Schicksal Osteuropas freilich dem Deutschlands gleich, das dessen Not weniger zu teilen schien, als es sie verursacht hatte. Die Russen hätten ihren osteuropäischen Verbündeten gerade darin die Souveränität zutrauen dürfen, sich dem "deutschen Drang nach Osten" widersetzen zu wollen (Wippermann, 1981: 77). In Osteuropa schuf die Sowjetunion sich jedoch Untertanen, die dadurch einer gegen Deutschland gerichteten Interessen-Identität mit den Russen nicht einsichtig werden konnten, da sie von ihnen wie zuvor von den Deutschen in Abhängigkeit gehalten wurden, während den Ostdeutschen jetzt immer noch der Ausweg offen zu stehen schien, durch die Vereinigung zu einem Deutschland zu gelangen, welches in eine Europa zu beherrschen abzuschließende Kooperation mit Rußland eintreten würde.

Von einer neuerlichen nationalen Erhebung der Deutschen hätten die Osteuropäer mithin den Rückfall in ihre alte Überheblichkeit fürchten müssen; zu deren Sicherheit also hatten die Deutschen nicht nur ihr Vaterland, sondern auch das "Zwischeneuropa" (Geyer, 1986: 158), welches sie früher gerne nur zur eigenen Befriedigung in Dienst genommen hatten, an die Russen verloren. Die Versicherung Otto Grotewohls, die ostdeutschen Parteigänger Moskaus seien keine "Quislinge" (zit. nach: Creuzberger, 1996: 96; Malycha, 1996: 75 - übrigens ein ungehöriger Vergleich, der die Sowjets in die Nachfolge der Nazis zwingt!), verriet noch die Erniedrigung, welche die Deutschen dabei verspürten, anstatt sie zu beherrschen, selber in eine Ordnung mit den angeblich auf niedrigerem zivilisatorischen Niveau befindlichen Osteuropäern zusammen gezwungen zu sein - das Zwangs(industrialisierungs)regime, welches deren Status noch angemessen sein mochte, konnte die Deutschen nur noch weiter zurück werfen, als dies die Nazis bereits verschuldet hatten. Freilich konnte ein (nach der sowjetischen Einverleibung sogenannter) Osteuropäer nicht zu Unrecht behaupten, daß es auf "dem Territorium, in dem das System des realen Sozialismus zustande kam", außer der DDR auch andere Länder gab, "deren vorrevolutionäre Struktur in aller Hinsicht eher westeuropäisch war ... als die mancher westlicher Länder" (Vajda, 1991: 89) - in mancher Hinsicht westlicher als die des Deutschen Reiches. "Die DDR und die ČSSR wurden unter ihr wirtschaftlich-soziales Niveau gedrückt. Bulgarien hat vom sozialistischen 'Weltsystem' vorübergehend profitiert" (Beyme, 1994: 67); was in "den